

Douglas Carswell, Doris Leuthard, August Strindberg, Robert Holzach

Nummer 45 – 6. November 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCH



Rettet unsere Lehrer!

Mehr Freiheit, weniger Burnout: Auswege aus dem Hamsterrad.
Von Philipp Gut und Peter Keller

Steuern sparen mit Margret Kiener Nellen

Vermögen zwölf Millionen, Einkommen null: Wie die Berner
SP-Nationalrätin ihre Finanzen optimiert. *Von Roger Köppel*

Erfolgreiches Eritrea

Das angebliche Land des Grauens ist besser als sein Ruf. *Von Alex Reichmuth*



F O L L O W Y O U R O W N S T A R



*the
Rolling Stones*

EL PRIMERO CHRONOMASTER 1969
TRIBUTE TO THE ROLLING STONES



ZENITH

SWISS WATCH MANUFACTURE

SINCE 1865

Intern

Die wirblige Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen musste 2006 unfreiwillig aus dem Vorstand des Mieterverbands zurücktreten, weil sie als Vermieterin ihren Mietern gesetzeswidrig zu hohe Kosten verrechnet hatte. Die Medien sprachen damals einhellig von «Raffgier». Von dem Rückschlag liess sie sich



Steuroptimierung: SP-Millionärin Kiener Nellen.

allerdings nicht beirren. Im Gegenteil. Derzeit kämpft Kiener Nellen auf allen Kanälen für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, über die am 30. November abgestimmt wird. Die linke Juristin ist gegen die «Steuroase» Schweiz, aber auch gegen die ganz legale Praxis des Steuerparens und der Steuroptimierung. Recherchen der *Weltwoche* haben nun Pikanter ergeben: Kiener Nellen ist zwölfmal Millionärin, die zuletzt null Franken Einkommen versteuerte. Das belegen die offiziellen Auszüge aus dem Steuerregister ihrer Wohn-gemeinde Bolligen. Weitere Nachforschungen machen zudem zweifelsfrei deutlich, dass Kiener Nellen klassische Steuroptimierung betreibt, und zwar gleich doppelt. Ausserdem versuchte sie gegenüber der *Weltwoche* ihre Steuerpraktiken mit Unwahrheiten zu vernebeln. Das alles ist legal, aber angesichts der politischen Agenda der Nationalrätin natürlich hochgradig heuchlerisch: Wasser predigen und Wein trinken. **Seite 14**

Ein Drittel aller Lehrer stehe vor dem Burnout, so der Befund einer neuen Nationalfondsstudie. Nun mag «Burnout» ein schwammiger Begriff sein, Tatsache bleibt: Die Lehrer leiden. Worunter aber genau? Und

wie wäre Abhilfe zu schaffen? Philipp Gut und Peter Keller, beide selber ehemalige Lehrer, die sich seit gemeinsamen Seminarzeiten kennen, haben sich bei Praktikern umgehört und skizzieren Auswege aus dem Hamster-rad. **Seite 24**

Das britische Unterhaus, so sagt man, sei die Mutter der Parlamente. Das mag sein – ihre Kinder, die Abgeordneten, behandelt diese Mutter aber meistens arg stiefmütterlich. Das gilt vor allem für ihre Unterbringung im ehrwürdigen Palast von Westminster, wie sich *Weltwoche*-Reporter Wolfgang Koydl bei seinem Treffen mit Douglas Carswell überzeugen sollte. Der frischgebackene Ukip-Abgeordnete, der vorher für die Konservativen im Parlament sass, freut sich, dass er wenigstens ein eigenes Büro hat: ein fensterloses Loch von der Grösse eines begehbaren Kleiderschranks. Das heisst: Begehbar ist so eine Sache. Mit Schreibtisch, Aktenschrank, Regal und Besucherstuhl ist der Raum so voll, dass man sich gerade um die eigene Achse drehen kann. **Seite 52**

Vor zwei Wochen strahlte das Fernsehen SRF 1 einen sehenswerten Dokumentarfilm aus über Bruder Gerold Zenoni im Kloster Einsiedeln. Der sympathische Benediktinermönch ist für die Einkleidung der Schwarzen Madonna verantwortlich. Er ist aber auch ein passionierter Sammler von Wilhelm-Tell-Objekten und grosser Kenner alter und neuer Schriften. Sein Wissen über die Literatur gibt er gerne weiter, und so hat er für die *Weltwoche* einen überraschenden Artikel über den schwedischen Jahrhundertautor August Strindberg und dessen Beziehung zur Schweiz verfasst. **Seite 72**

Ihre Weltwoche

Intelligent anlegen.

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Alex Reichmuth, Markus Schär,
Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Deborah Neufeld, Daniela Niederberger,
Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),
Simon Keller, Martin Kappler (Assistent)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits,
Sandra Noser, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





ABOVE & BEYOND

NEW DISCOVERY SPORT SCHWEIZER PREMIERE: AUTO ZÜRICH, HALLE 4.

Entdecken Sie den Beginn einer neuen Ära. Flexibilität wird zu einer elementaren Eigenschaft von Eleganz. Und wegweisende Technologie inspiriert zu einem völlig neuen Raum- und Fahrerlebnis. Entdecken Sie den neuen Discovery Sport. Wir freuen uns auf Ihren Besuch an der Auto Zürich.

discoverysport.ch



facebook.com/LandRoverSchweiz

Weil

Was der Freispruch bedeutet. Bundesrat und Ecopop.

Von Roger Köppel

Ein amerikanisches Gericht hat den ehemaligen Schweizer UBS-Manager Raoul Weil nach kurzer Beratung freigesprochen. Das Urteil ist auch deshalb bemerkenswert, weil es gegen den hierzulande grassierenden Anti-amerikanismus einen wohlthuenden Akzent setzt. Die USA sind ein Rechtsstaat. Selbst ein öffentlich angeprangerter Schweizer Banker, dem *lusche* Praktiken nachgesagt werden, kann sich auf einen fairen Prozess verlassen. Der Freispruch ist auch ein Qualitätszeichen für das amerikanische Rechtssystem.

Was mich persönlich enttäuschte, war das Verhalten des Schweizer Kronzeugen der Anklage, Martin Liechti. Der frühere Amerika-Chef der UBS gehörte mit rund fünf Millionen Franken Jahreslohn zu den bestbezahlten Führungskräften der Bank. Seine Position lässt sich mit der eines Obersten in der Schweizer Armee vergleichen. Sein früherer Vorgesetzter Weil hätte entsprechend den Rang eines Generals eingenommen. Liechti war für das korrekte Verhalten in seinem Regiment verantwortlich. Er musste schauen, dass die Waffen geputzt waren und die richtigen Munitionskanister bereitlagen. Das sicherzustellen, war nicht die Aufgabe seines Vorgesetzten.

Vor Gericht versuchte Liechti, seinen Ex-Chef anzuschwärzen. Er stellte sich als kritischen Untergebenen dar, der seine tauben Vorgesetzten auf heikle Praktiken aufmerksam gemacht habe, was von den Chefs allerdings nicht entsprechend gewürdigt worden sei. Mit Verlaub: Wenn Liechti tatsächlich den Eindruck gehabt haben sollte, dass er in einer schummrigen Firma arbeitete, dann hätte er jederzeit aufhören und auf seinen gigantischen Lohn verzichten können. Dass er die Eigenverantwortung zu relativieren, ja regelrecht nach oben abzuschieben versuchte, stellt seinen Charakter als Führungspersönlichkeit in Frage. Allerdings müssen sich auch Liechti einstige Vorgesetzte fragen, warum sie den Berner so weit nach oben haben kommen lassen.

Klar, Liechti soll von den Amerikanern seinerzeit erheblich unter Druck gesetzt worden sein, damit er willig kooperiere. Fairerweise muss man ein gewisses Verständnis aufbringen für den mehrfachen Familienvater, der kurz in einer US-Zelle schmorte, dann allerdings von der Justiz vorübergehend in einem schönen amerikanischen Hotel einquartiert



Qualitätszeichen für das US-Rechtssystem.

wurde. Handkehrum: Schlimmer als Liechti hatte es der Hauptangeklagte Raoul Weil. Was hier in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet wurde: Weil verbrachte nach seiner Verhaftung zwei Wochen unter Schwerverbrechern und Mördern in einem italienischen Gefängnis. Einmal wurde ihm von einem Mitgefangenen eine Klinge an die Kehle gesetzt mit dem Ziel, ihm ein paar Millionen Franken abzupressen. Weil machte enorm viel mit auf dem Weg zu seinem Freispruch.

Was bleibt? Raoul Weil kann sich freuen. Er mag als Manager zu spät auf das sich wandelnde Rechtsempfinden der Amerikaner im grenzübergreifenden Vermögensgeschäft

reagiert haben. Ein Krimineller ist er nicht. Für den Schweizer Finanzplatz bleibt die Zukunft ungewiss. Die US-Steuerbehörden werden wegen des Weil-Freispruchs ihren Druck nicht zurücknehmen.

Die Diskussion um die Ecopop-Initiative erreicht den Vibrationsgrad der Hysterie. Neuerdings wird die SVP verantwortlich gemacht, wenn sich das Vorhaben an der Abstimmung vom 30. November durchsetzen sollte. Angeblich hätten die Parteichefs ihr «Fussvolk» nicht im Griff, als ob es sich bei der SVP oder generell: als ob es sich bei den Schweizer Parteien um devote Roboterkolonnen handelte, die von oben beliebig gesteuert werden. Die Diskussion geht am Wesentlichen vorbei. Es wäre höchst einfach, der Ecopop-Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Bundesrat müsste nur hinstehen und den Leuten erklären, dass er alles unternehmen werde, um die am 9. Februar bereits angenommene Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Er müsste den Leuten endlich klarmachen, dass er das weitverbreitete Unbehagen an der weiterhin ungebremst voranschreitenden Zuwanderung ernst nimmt und alles in seiner Macht Stehende tut, um das Problem zu lösen. Anstatt die Ecopop-Verfechter zu beleidigen und in die extreme Ecke zu schieben, könnte der Bundesrat bei allem Respekt gegenüber den Initianten ihr Anliegen für überflüssig erklären vor dem Hintergrund seiner eigenen glaubwürdigen Anstrengungen, die Zuwanderung zu begrenzen.

Die interessante Frage lautet: Warum macht es der Bundesrat nicht? Warum verliert er sich in panischen Beschwörungen von Untergangsszenarien, die nach dem 9. Februar ohnehin nicht ernst genommen werden? Meine Befürchtung: weil der Bundesrat die Masseneinwanderungsinitiative nicht umsetzen will.

Ein Prognose, wie es laufen könnte: Der Bundesrat beteuert, er werde die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen. Gleichzeitig lässt er seine Unterhändler in Brüssel ein klares Nein zu Neuverhandlungen oder Abänderungen der Personenfreizügigkeit abholen. Das Njet aus Europa wird er zum Anlass nehmen, um den von Bundespräsident Didier Burkhalter angestrebten Plan zu aktivieren, die Schweiz durch einen Rahmenvertrag enger an die EU zu binden. Es kommt zur Schicksalsabstimmung über die für die Schweiz angeblich lebenserhaltenden Bilateralen, die Burkhalters Rahmenabkommen in ungeahnter Weise festschrauben würde. In diesem Rahmenvertrag ist die abgelehnte Personenfreizügigkeit wieder drin. Würde der Bundesrat die Abstimmung gewinnen, wäre der 9. Februar annulliert, und die Schweiz stünde einem EU-Beitritt durch die Hintertür näher denn je.

Warten wir ab.





Eritreas unbekannte Seite: Seite 30



Göttin mit Heiligenschein: Leuthard. Seite 28



Ein Verbrechen an der Landschaft: Seite 40



Mr Think-Tank: Gerhard Schwarz. Seite 36

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 11 **Kommentar** Menschenrechte, absurd
- 11 **Im Auge** Olafur Sigurvinsson, Marketing-Strategie
- 12 **Finanzplatz** High Noon für den Bankenplatz
- 13 **Personenkontrolle** Schlatter, Baron von Hornstein Esterházy, Möckli, Corleone, Cook, Henkel etc.
- 13 **Nachruf** Klaus Bölling, Journalist
- 14 **Steuern sparen mit Margret Kiener Nellen**
Wie die Berner SP-Nationalrätin ihre Finanzen optimiert
- 16 **Die Deutschen** Gerech
- 16 **Wirtschaft** Politik ohne Kompass
- 17 **Ausland** Mauerfall und europäische Irrtümer
- 19 **Brief aus Berlin** Willkommenskultur
- 20 **Mörgeli** Gemeinnütziger Eigennutz
- 20 **Bodenmann** «De Sieche ais a d Schnurre»
- 21 **Medien** Der Untergang des Untergangs
- 21 **Gesellschaft** Coming-out
- 22 **Leserbriefe** / Darf man das?

Hintergrund

- 24 **Rettet unsere Lehrer!**
Bildungsakademiker machen Praktikern das Leben schwer

28 St. Doris spricht

Die Energieministerin enttäuscht ihre Verehrer

30 Eritrea ist besser als sein Ruf

Die verschwiegenen Erfolge des afrikanischen Landes

34 Frauenförderung

Regula Stämpfli über *social freezing*

36 Avenir Suisse

Zwischenbilanz von Gerhard Schwarz?

39 Justiz

Illegaler Lauschangriff von Zürcher Strafverfolgern

40 Warum ich Ecopop unterstütze

Andreas Honegger nennt Gründe, die für ein Ja sprechen

44 Stillstand im Schlamassel

Die gescheiterte Reform von Beat Feurer (SVP) in Biel

46 «Russland hat viel Potenzial»

Wie Oerlikon-Präsident Tim Summers den Konzern rettete

49 Essay

Die Mär von der bequemen Frau

50 Das Subventionstheater

Der Negativrekord des Zürcher Theaters Neumarkt

52 «Dieselbe Freiheit wie die Schweiz»

Douglas Carswell, der erste Ukip-Unterhausabgeordnete

57 Militär

Fünf europäische Verteidigungsministerinnen

58 Aufbegehren unerwünscht

Hooligans decken die Feigheit der deutschen Politik auf

60 Die Brillanz der Verteidigung

Der Freispruch von UBS-Banker Raoul Weil in den USA

62 Robert Holzachs Vermächtnis

Vorabdruck aus der Biografie von Claude Baumann

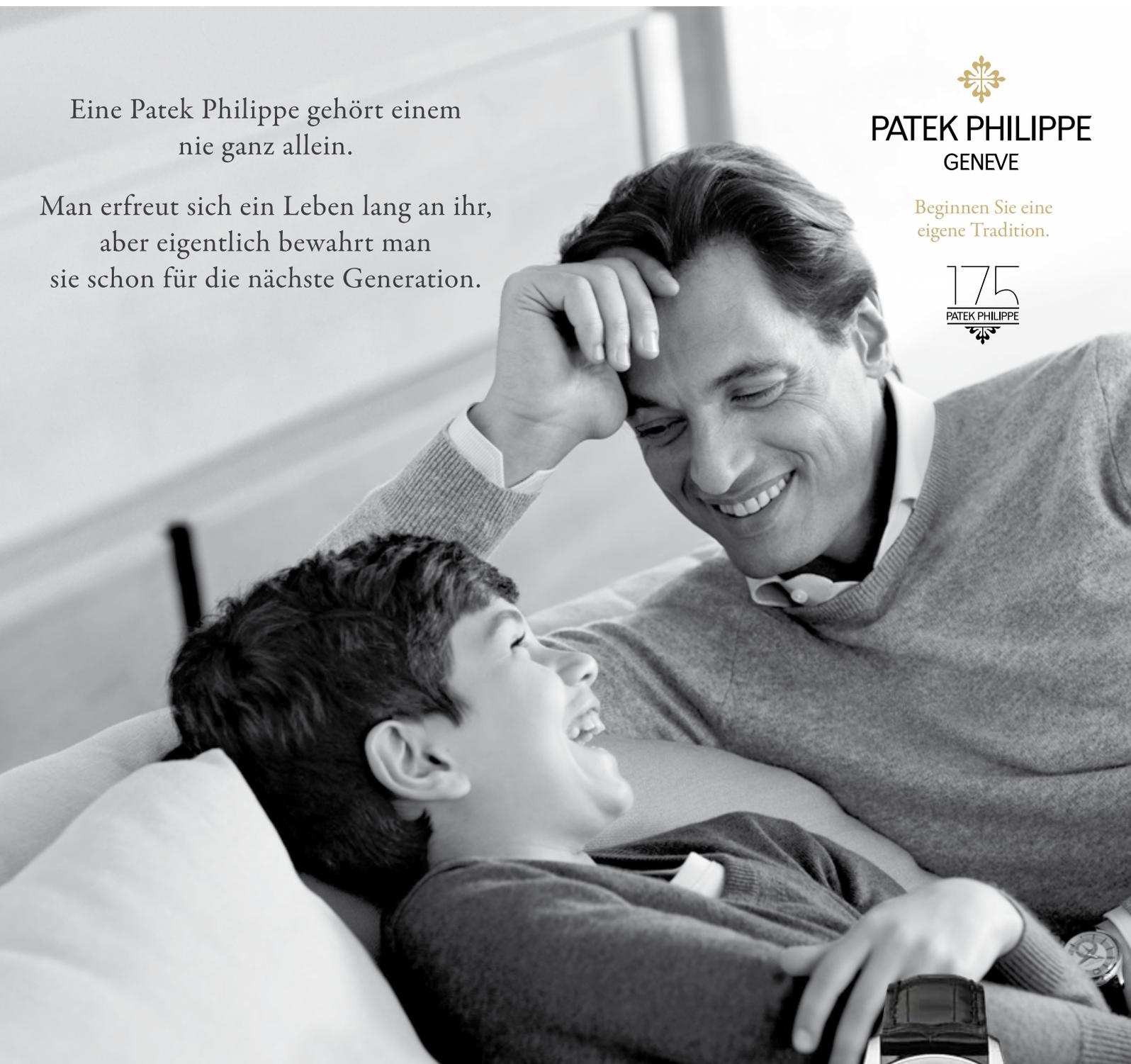
Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



GUBELIN

gubelin-watches.ch



Jahreskalender Ref. 5205G



«Weil Frauen immer so schön strahlen»: Firmengründer Levchin. Seite 66

Interview

66 «Das erste Teil des Puzzles»

Vor zwölf Jahren gründete Max Levchin das Online-Bezahlsystem PayPal. Mit der Fruchtbarkeits-App Glow hilft er Frauen, schwanger zu werden

Stil & Kultur

70 Stil & Kultur Monica Bellucci, fotografiert von Peter Lindbergh

72 Bestseller

72 «Wie man sich den Himmel vorstellt»

Der schwedische Jahrhundertautor August Strindberg über die Schweiz

75 Literatur Pierre Lemaitres schelmischer Weltkriegsroman

75 Jazz Kenny Barron / Dave Holland

76 Top 10

76 Kino «Mr. Turner»

77 Fernseh-Kritik «Tagesschau»

78 Namen Ein lustiges Hotel

79 Hochzeit Sandra Meister und Maurizio Di Benedetto

79 Thiel Weltausstellung

80 Wein Denis Mercier: Petite Arvine 2013, Fendant 2013

80 Zu Tisch Der Kunsthof, Uznach

81 Velo Schindelhauer «Ludwig VIII»

82 MvH trifft Franca Sozzani, Vogue Italia-Chefin

Autoren in dieser Ausgabe

Tatjana Festerling



Die Marketing-Spezialistin ist Gründungsmitglied der Partei «Alternative für Deutschland». Sie schreibt, wie sie die Hooligan-Demo gegen gewalttätige Islamisten in Köln erlebt hat und warum sie hofft, dass diese Deutschland zur Besinnung bringt. Seite 58

Andreas Honegger



Andreas Honegger, 66, war während fast dreissig Jahren Redaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* und sass während sechzehn Jahren für die FDP im Zürcher Kantonsrat. In seinem Beitrag nennt er acht Gründe, die ihn dazu gebracht haben, die Ecopop-Initiative zu unterstützen. Seite 40

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store | ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHEN

Kochen können wir nicht.
Aber rund um Ihre Anlagen sorgt
auch bei uns ein Expertenteam
für das beste Ergebnis.



Beratungstermin vereinbaren unter www.zkb.ch/anlagen

Unser Anlagenteam betreut Ihre Investitionen mit ausgewiesener Expertise, ganz nach Ihren individuellen Vorgaben. Unser Ziel ist Ihr nachhaltiger finanzieller Erfolg.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank

Wohlverdient.

Informiert Sie sofort, wenn Ihr Lohn eingetroffen ist:

UBS e-banking mit Benachrichtigungen.



Jetzt testen:
www.ubs.com/ebanking

Best Bank in
Switzerland



Menschenrechte, absurd

Von Markus Schär — Die SVP könnte sich keine bessere Propaganda für ihre Initiative «Landesrecht vor Völkerrecht» wünschen: Der Gerichtshof für Menschenrechte zerfetzt das Dublin-Abkommen.



Eigene Regeln: EGMR-Richterin Keller.

Diese Geschichte könnte sich kein SVP-Werber ausdenken – denn alle würden ihn auslachen: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg rügt die Schweiz, weil sie sich an einen völkerrechtlichen Vertrag hält. Ja, absurder noch: Die Hüter über die Menschenrechte strafen die Schweiz, weil sich Italien nicht an den völkerrechtlichen Vertrag hält.

Eigentlich ist es eine Geschichte, die sich heute in Europa zehntausendfach abspielt. Der Afghane Golajan Tarakhel und die Pakistanerin Maryam Habibi leben fünfzehn Jahre im Iran und zeugen fünf Kinder. Im Juli 2011 kommt die Familie an der kalabrischen Küste an; die italienischen Behörden erfassen sie im Identifikationssystem und erkennen dabei, dass sie eine falsche Identität angegeben hat. Zwei Wochen später reist die Familie weiter nach Österreich; dort stellt sie ein weiteres Asylgesuch, kommt also nochmals ins Eurodac-System. Die Österreicher lehnen das Asylgesuch ab, denn gemäss dem Dublin-Abkommen dürfen Asylbewerber nur in einem Land die Aufnahme beantragen. Italien zeigt sich bereit, die Familie zurückzunehmen; doch diese reist weiter in die Schweiz.

Am 15. November 2011 fordert sie Asyl in der Schweiz, weil sie «in Italien unter schwierigen Lebensbedingungen leiden und keine Arbeit

finden würde». Am 24. Januar 2012 lehnt das Bundesamt für Migration das Eintreten auf das Gesuch ab und ordnet die Rückschiebung nach Italien an, strikt nach den Regeln des Dublin-Abkommens. Die Familie gelangt ans Bundesverwaltungsgericht, das den geringsten Grund nutzt, um sich für den Verbleib von angeblich Verfolgten auszusprechen, mit einem Rekurs und, nach umgehender Ablehnung, mit einem Wiedererwägungsgesuch. Das Bundesverwaltungsgericht lehnt es am 21. März 2012 ab, weil es keinerlei neue Fakten bringt. Nach mehr als vier Monaten sollte sich die Dublin-Regel also endlich durchsetzen lassen: Asylbewerber müssen innert weniger Tage in jenes Land zurückkehren, wo sie ihr erstes Gesuch gestellt haben.

Ein klarer Fall, würde man meinen. Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks) beschliesst aber, aus Gründen, die sich nur ihm erschliessen, den Fall von seiner mit Bundesgeld betriebenen Rechtsberatung in Lausanne an den EGMR weiterziehen zu lassen. Die Richter in Strassburg, bei denen sich über hunderttausend Fälle stapeln, müssen also auch entscheiden, ob die Schweiz die Menschenrechtskonvention verletzt, wenn sie die Regeln des Dublin-Abkommens befolgt.

14:3

Ein heikler Fall, das ist auch allen in Strassburg klar: Eine Verurteilung der Schweiz macht das Dublin-Abkommen endgültig zu Makulatur. Der Gerichtshof lässt deshalb nicht nur, wie üblich, eine kleine Kammer mit sieben Richtern, sondern eine grosse mit siebzehn Richtern über den Fall entscheiden. Er nimmt Stellungnahmen von Italien, Schweden, Norwegen, Grossbritannien und den Niederlanden – für die der Richterspruch auch gilt – entgegen und führt am 12. Februar 2014 eine öffentliche Anhörung durch. Am 4. November fällt er sein Urteil: Vierzehn der siebzehn Richter, darunter auch die Schweizer Richterin Helen Keller, rügen die Schweiz. Das Bundesamt für Migration brachte zwar über seine Pflichten hinaus in Erfahrung, dass die Familie in ein Heim in Bologna käme, aber es klärte nicht gründlich genug ab, «ob die Asylbewerber in einer dem Alter der Kinder angemessenen Art versorgt würden» – deshalb verletzt die Schweiz die Menschenrechte.

Immerhin: Niemand kann mehr der SVP vorwerfen, sie mache das Dublin-Abkommen, die Menschenrechtskonvention und die völkerrechtlichen Verträge insgesamt lächerlich. Dafür sorgt Strassburg selbst.

Sag die Wahrheit



Olafur Sigurvinsson, Marketing-Strategie

Julian Assange, 43, der Märtyrer der Transparenz, der seit zwei Jahren im Exil auf zwanzig Quadratmetern in der Botschaft Ecuadors in London ausharrt, um einer Anklage wegen Vergewaltigung in Schweden – und dem langen Arm der US-Justiz wegen Geheimnisverrats – zu entgehen, ist eines der bekanntesten Gesichter der Gegenwart. Ein gutaussehender Mann, bleich, weisses Haar, Rebell für die richtige Sache, ein modernes Heiligenbildchen (bis auf die weniger gute Sache mit den beiden Frauen). Die Idee, einen Systembekämpfer zur Merchandising-Figur zu machen, hatten schon all die Wiederverwerter, die das mystische Che-Guevara-Porträt von Albert Korda aus dem Jahre 1960 auf Abermillionen von T-Shirts und Accessoires druckten. Der Revolutionär, gestorben 1967, konnte sich nicht mehr wehren; dem Fotografen in Kuba fehlten die Rechtskenntnisse des Kapitalismus. Der Untote überlebt als ewige Raubkopie. Mittlerweile sind berühmte Gesichter ohnehin Brands. Beckham, Messi, Ronaldo verkaufen sich als Markenzeichen wie Apple, Coca-Cola oder Ferrari.

Als der isländische Unternehmer Olafur Vignir Sigurvinsson, 50, mit dem Vorschlag zu seinem Freund Assange kam, erklärte sich der Wikileaks-Enthüller rasch einverstanden, wie nun ihrerseits die *New York Times* enthüllte. Die Ware mit dem Wikileaks-Logo soll in Indien produziert und vom gleichen Unternehmen vertrieben werden, das die Rechte an der US-Basketball-Liga hält. «Tell the truth», sag die Wahrheit, lautet Assanges Textilbotschaft. Sigurvinsson ist überzeugt: «Wikileaks wird einer der hundert Top-Brands.» Mit seiner eigenen Firma Datacell hatte Sigurvinsson im Internet bereits eine weltweite Spendensammlung für Wikileaks organisiert, bis ihn Visa und Mastercard boykottierten. Sigurvinsson dachte immer schon global. Er plante, mit arabischen Investoren, die Welt neu zu vernetzen, Asien von Island aus mittels Glasfaserkabelverlegung über den Nordpol auf kürzeren Wegen zu erschliessen. Das Projekt scheiterte. Offen ist, wie viel Sigurvinsson selber am Assange-Deal mit kassiert. Peter Hartmann

High Noon für den Bankenplatz

Von Florian Schwab — Das US-Justizdepartement und seine Schweizer Helfer stehen nach dem Freispruch des Ex-UBS-Bankers Raoul Weil mit abgesägten Hosen da.



Die Staatsanwälte zielten zu hoch.

Mit dem Mittagszug trifft im Westernfilm «High Noon» (1952) die Gangsterbande ein, die den Sheriff umbringen will. Nachdem ihn die ganze Kleinstadt im Stich lässt, ist der Hüter des Gesetzes auf sich allein gestellt. Seit her bezeichnet High Noon den Höhepunkt einer konfrontativen Auseinandersetzung. Eine solche fand in der letzten Woche vor einem Gericht in Südflorida statt.

Es ist ironisch genug, dass der Ex-Chef der UBS-Vermögensverwaltung, Raoul Weil, ausgerechnet in Miami, Florida, vom Vorwurf der «Verschwörung» gegen das amerikanische Steueramt freigesprochen wurde. Schliesslich ist Miami der Bankenplatz, dem ein Grossteil der lateinamerikanischen Klientel ihr Vermögen anvertraut. Kein Kundenberater käme hier, an der sonnigen Küste, auf die Idee, zu fragen, ob das Geld versteuert sei. Er fragt nicht einmal, wem es denn recht eigentlich gehöre. Nun sind die USA nicht, sagen wir, Venezuela, und die Miami-Banker reisen auch nicht nach São Paulo, Caracas oder Bogotá, um ihre Kunden dort in Steuerangelegenheiten zu beraten. Dennoch haftete dem Grossangriff des US-Justizdepartements (DOJ) auf den Schweizer Bankenplatz stets eine gewisse Doppelmoral an.

Und so ist es für den geschundenen Schweizer Finanzplatz ein bisschen wie Balsam, dass das DOJ und die Staatsanwälte nach ihrem zum

shoot-out stilisierten Flaggschiffprozess gegen den Topmanager mit abgesägten Hosen dastehen. Hätten sie eine Hierarchiestufe tiefer gezielt und etwa anstelle von Weil ihren späteren Zeugen Hansruedi Schumacher angeklagt, das Ergebnis hätte ein anderes sein können. Schumacher leitete das Nordamerika-Geschäft in der UBS-Vermögensverwaltung und trat aus der UBS aus, als diese neue Null-Toleranz-Richtlinien im Umgang mit amerikanischen Kunden erliess. Er gründete eine eigene Bank, die Neue Zürcher Bank, um das lukrative Geschäft aus alten UBS-Zeiten weiterzubetreiben. Die Staatsanwälte zielten aber zu hoch: Raoul Weil rangierte nach dem Nord- und Südamerika-Verantwortlichen Martin Liechti zwei Etagen höher als Schumacher; und ihm konnte keine Verschwörung nachgewiesen werden.

Ärgerlich für das DOJ ist zudem, dass es sein gesamtes Pulver verschossen hat: Sowohl Kronzeuge Liechti als auch Zeuge Schumacher erhielten umfangreiche Garantien im Gegenzug zu ihren belastenden Aussagen – unter anderem verpflichtete sich die US-Justiz, keine Informationen aus den Aussagen im Weil-Prozess gegen die beiden Belastungszeugen selber zu verwenden. Diese hatten insofern jeden Anreiz, Weil über Gebühr zu belasten und jede für die Anklage möglicherweise hilfreiche Kleinigkeit hervorzukramen.

Faule Deals sind keine Lösung

Die Tatsache, dass Weil diesem juristischen Grossangriff standgehalten hat, ist für die vielen kleinen und grossen «Verschwörer», welche die US-Justiz am Wickel haben möchte, eine gute Nachricht. Die sogenannte «Probe», also Grossuntersuchung, des Justizdepartements gegen die Schweizer Banken hat einen empfindlichen Schlag erlitten. Nachdem bereits die Verantwortlichen der Bank Wegelin mit einer milden Strafe davongekommen sind, kann man als erste Moral der Geschichte festhalten: Das Getöse der US-Regierung steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen juristischen Tatbeständen. Wer es sich leisten kann, einen juristischen Prozess durchzustehen, und nach sorgfältiger Abwägung zum Ergebnis gelangt, dass seine Chancen vor einem US-Gericht intakt sind, der sollte sich stellen, anstatt mit faulen Deals seine Haut retten zu wollen. Vielleicht überlegen sich das auch die fast hundert Schweizer Banken, die sich in Kategorie zwei des sogenannten «Programms» des Department of Justice voreilig für schuldig bekennen wollen.

Personenkontrolle

Schlatter, Baron von Hornstein Esterházy, Möckli, Corleone, Cook, Henkel, Spillmann, Stamm, Noser

Der durch einen SRF-Dok berühmt (oder berüchtigt) gewordene Schaffhauser Querulant **Erich Schlatter** irrlichtert nach diversen längeren Knast- und Klinikaufenthalten wieder. So erreichte uns aus dem süddeutschen Koblenz die Nachricht, dass sich Schlatter dort unter dem Leihnamen **Baron von Hornstein Esterházy** in einem Restaurant ein Festbankett angeordnet liess, wobei er vergessen habe, die Rechnung zu begleichen. Unter demselben Pseudonym kündigte Schlatter am 1. August in Schaffhausen die Eröffnung eines «24-Stun-



«100-Stern-Restaurant»: Querulant Schlatter.

den-Thermalbades» mit «100-Stern-Restaurant» an. Vor gut einem Jahr wurde Schlatter im Aargau verhaftet, weil er splinternackt und betrunken im Mercedes seiner Therapeutin **Regina Möckli** durch die Gegend raste. Nach einem kurzen Freigang mit anschliessender Brandstiftung kam er Anfang Jahr zurück in die geschlossene Klinik, im Juli wurde er aber offenbar wieder freigelassen. Schlatter soll nun auch als **Monsignore Angelo Corleone** sein Unwesen treiben. Fortsetzung folgt. (axb)

Man stelle sich vor, ein hoher Manager hätte seine Heterosexualität als «Gottesgeschenk» gepriesen – der Aufschrei von Schwulenorganisationen wäre garantiert gewesen. Tatsächlich feierte Apple-Chef **Tim Cook** seine Homosexualität als Geschenk Gottes. Und wurde danach selber gefeiert. Kritische Argumente waren kaum zu vernehmen. Ausnahme in der Schweiz: **Christiane Hanna Henkel** von der *Neuen Zürcher Zeitung*. Sie ortete in dem medialen Coming-out einen Machtmissbrauch. Ein Manager wie Cook wird letztlich von seinen Aktionären mit Amt und Würden ausgestattet und muss bei öffentlichen Einlassungen stets die Wirkung auf die Kunden bedenken. Nun weiss man nicht, wie viele Kunden des Elektronikonzerns Apple Homosexualität ablehnen,



Linienrichter des Zeitgeists: NZZ-Chef Spillmann.

aber es werden im Mittleren Westen der USA schon einige sein. Wenden sich diese aufgrund des cookschen Bekenntnisses von Apple ab, dann hat der Chef seine persönlichen Interessen über jene der Firma gestellt. Auf diesen möglichen Interessenkonflikt wies die NZZ-Redaktorin hin. Tags darauf wurde sie öffentlich von ihrem Chefredaktor **Markus Spillmann** in den Senkel gestellt. Henkels Meinung sei nicht jene einer «auch gesellschaftlich liberalen» NZZ, und bei der Publikation ihres Kommentars hätten «sämtliche Kontrollmechanismen» versagt. Der Text sei ein «Fehlgriff». Ein Fehlgriff ist auf jeden Fall, dass Spillmann seiner Redaktorin öffentlich in den Rücken fällt. Streitbare Thesen sind dem Linienrichter des Zeitgeists offenbar nicht genehm. (fst)

«Man muss kein Ökonom sein, um zu wissen, dass Gold auch in hundert Jahren noch Gold wert sein wird», so **Luzi Stamm**, einer der Väter der Goldinitiative. Die linke Woz widerspricht: Seit der Lancierung der Initiative vor vier Jahren sei der Preis der Feinunze Gold von 1600 auf 1200 Franken abgesackt. Das Argument der Initianten, das Volksvermögen schützen zu wollen, habe sich «in Luft aufgelöst». Das simple Gegenargument schlug in den sozialen Medien ein; auch FDP-Nationalrat und Unternehmer **Ruedi Noser** verbreitete es. Fakt ist: Der Goldpreis ist seit 2011 um 30 Prozent eingebrochen – nachdem er vorher seit 2000, während die Nationalbank 1170 Tonnen verscherbelte, um 250 Prozent zugelegt hatte. Und was den Satz von Luzi Stamm angeht: Der Franken verlor – als stärkste Währung der Welt! – seit 1900 fast 90 Prozent seiner Kaufkraft, jene des Goldes verdreifachte sich. (sär)



«Gold wird Gold sein»: SVP-Nationalrat Stamm.

Nachruf



Deutscher Gentleman: Autor Bölling.

Klaus Bölling (1928–2014) — «Ja, bitte?» Die misstrauische Stimme in der Ohrmuschel war unverkennbar. Als er merkte, wer anrief – «Sie sind also an Ihrem Desk, lieber Herr Born» –, entwickelte sich jeweils ein höchst angenehmes Gespräch über mögliche Themen für Klaus Böllings wöchentlichen *Weltwoche*-Kommentar. Am nächsten Tag, regelmässig wie die Uhr, traf auf dem Fax sein Text ein, an dem jeweils kein Wort geändert werden musste. Einen idealeren Mitarbeiter konnte sich kein Ausländredaktor wünschen als diesen Vollblutjournalisten mit grossem Wissen. Der «Herr Bölling» war ein freundlicher Mensch, auch wenn er sich über Narren und Schufte echauffieren konnte, ein unterhaltsamer Causeur, bescheiden, obschon nicht ganz uneitel. Ein deutscher Gentleman, ein preussischer Beamter alter Schule, treu, gerade und pflichtbewusst. Von 1974 bis 1982 war er als Bonner Regierungssprecher «das allseits bekannte Gesicht und die Stimme der Regierung von Helmut Schmidt» (Steinmeier). Er übte das Amt zur allseitigen Zufriedenheit aus, vor allem auch zu der seines Herrn und Meisters, der ihn jetzt überlebt hat. Bölling verbrachte seine Urlaube gern in der Schweiz, obschon er mit den Hotels oft kein Glück hatte. Einmal funktionierte die Toilette nicht, ein andermal liessen ihn Baggergeräusche nicht schlafen, oder er hatte Schwindelanfälle, die «meine Ärzte» nicht diagnostizieren konnten. Bei alledem verlor er nie den Humor. Seine Frau Uschi, die lange in Berlin einen Zeitungskiosk betrieben hatte, war ihm in seinen letzten Jahren eine kluge und herzengute Stütze. *Hanspeter Born*

Steuern sparen mit Margret Kiener Nellen

Von Roger Köppel — Unerbittlich kämpft Margret Kiener Nellen gegen Steuersparer und Pauschalbesteuerte. Tatsache ist: Die Berner SP-Nationalrätin ist Multimillionärin und selber hochgradig steueroptimiert. Bei 12 Millionen Franken Vermögen versteuert sie null Franken Einkommen. Wie geht das?

Pikante Zahlen bringen die prominente Linkspolitikerin Margret Kiener Nellen ins Schleudern. Die Sozialdemokratin führt seit Jahren einen mitleidlosen Kampf gegen «Steuersünder» und «Steuroptimierer». Grimmig fordert sie aktuell die Abschaffung der «Pauschalbesteuerung», über die am 30. November landesweit abgestimmt wird.

Nun zeigen Recherchen der *Weltwoche*, dass die SP-Nationalrätin aus dem noblen Berner Vorort Bolligen weit weniger versteuert als die von ihr pauschal angefeindeten Pauschalieren. Gemäss dem letzten Steuerausweis (2011) ist die Sozialdemokratin eine Vermögensmultimillionärin ohne steuerbares Einkommen. Zusammen mit ihrem Ehemann Alfred verfügt sie über ein steuerbares Vermögen von 12,35 Millionen Franken bei einem Einkommen von null Franken. Ist die Kritikerin der Steueroptimierung selber steueroptimiert?

Interessant ist auch die Vermögensentwicklung. 2004 versteuerte das Ehepaar Kiener Nellen null Vermögen und ein Einkommen von 200 200 Franken. Das Vermögen stieg in der Folge kontinuierlich, während das Einkommen um die 200 000 Franken variierte. Im Jahr 2009 verzeichneten die Steuerbehörden einen markanten Vermögenszuwachs auf 4,59 Millionen Franken. Ein Jahr später verdoppelte sich das Vermögen auf 10,949 Millionen Franken. Für das letzte rechtskräftig verfügte Steuerjahr 2011 lautet die Veranlagung der Steuerbehörde Bern-Mittelland wie erwähnt null Franken Einkommen und 12,35 Millionen Franken Vermögen. Damit gehören die Kiener Nellen laut der Vermögensstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung zu den 666 reichsten Bernern – ohne einen Rappen Einkommenssteuer zu bezahlen.

Um allen Missverständnissen zuvorzukommen: Wir behaupten nicht, dass bei Kiener Nellen Hinweise auf illegale Aktivitäten vorliegen. Auch wird nicht angedeutet, dass die weitverbreitete Praxis des legalen Steuersparens anrühlich oder verwerflich sei. Solche Ansichten verbreitet nicht die *Weltwoche*, dafür umso vehementer allerdings die quirlige SP-Politikerin und ehemalige Bolliger Gemeindepräsidentin.

Unermüdlich wirbelt Kiener Nellen seit Jahren gegen «Superreiche», gegen «Pauschalbesteuerte», gegen das «Steuerhinterziehungsgeheimnis», insgesamt gegen Gutbetuchte, die bei Kiener Nellen im Verdacht stehen, sich «finanzielle Vorteile» bei den Steuern zu verschaf-

fen. Die übermotivierte Nationalrätin gehört zu den wortreichsten Kritikern des aus ihrer Sicht zu laschen schweizerischen Steuerrechts. Das ging so weit, dass sie im März 2011 im deutschen Fernsehen die steinbrücksche Kavallerie zu einer Intervention aufforderte. Das Ausland, so Kiener Nellen, müsse «politischen und diplomatischen Druck» gegen die Schweiz aufbauen, damit hier endlich «aufgeräumt» werde mit diesen «exotischen Steueroasen». Die Episode kann auf Youtube besichtigt werden.

Schneider-Ammann «nicht tragbar»

In einem Aufsatz für den *Tages-Anzeiger* legte Kiener Nellen unmissverständlich dar, dass es ihr nicht nur darum geht, Leute ins Visier zu nehmen, die sich illegal um ihre Steuerpflicht drücken. Die gutverdienende Nationalrätin hat es grundsätzlich auf die Bekämpfung des ganz legalen Steuersparens abgesehen: «Wer angestellt ist, kann die Steuern nicht optimieren. AHV-Rentnerinnen und –Rentner auch nicht. Sollen sie bezahlen, was gewisse Wohlhabende uns vorenthalten?»

Es versteht sich von selbst, dass Kiener Nellen Anfang Jahr am lautesten den Rücktritt von

Die übermotivierte Nationalrätin forderte Steinbrücks Kavallerie in der ARD zur Intervention auf.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann forderte, als dieser wegen früherer unternehmerischer Steueroptimierung unter Beschuss kam. Dass die Berner Steuerämter Schneider-Ammanns Steuerpraxis als «gesetzeskonform und in Ordnung» taxierten, besänftigte die Unerbittliche nicht im Geringsten. Wegen der «gravierenden Verfehlung» sei der Wirtschaftsminister «nicht mehr tragbar».

Ni liess Margret Kiener Nellen einen Zweifel daran aufkommen, welche Verwerflichkeiten sie im Blick hat. Als ehemalige Gemeindepräsidentin von Bolligen wisse sie von Leuten, «die in Luxusvillen residieren und null Einkommen und null Vermögen versteuern». Unter dem Eindruck ihrer eigenen aktuellen Steuerrechnung stellt sich die Frage, ob Margret Kiener Nellen sich selber meinte.

Wie ist es möglich, dass die Kritikerin des Steuereinsparens bei 12 Millionen Franken Vermögen null Franken Einkommen versteuert? Wir überraschen die Politikerin mit unseren Befunden während einer Zugfahrt. Kiener

Nellen beteuert, keine Steueroptimierung betrieben zu haben. Auch habe es im besagten Jahr weder abzugsfähige Hausrenovationen, Alimentenzahlungen noch einen Einkauf in eine Pensionskasse gegeben. Der Grund für die Einkommens-Null liege darin, dass sie wegen einer zu hoch gutgeschriebenen Erbschaft Einspruch einlegte und die Veranlagung daher weder definitiv noch rechtskräftig sei.

Wie in den vorangehenden Jahren habe sie als Nationalrätin, Verwaltungsrätin und Anwältin auch 2011 ein steuerbares Einkommen von rund 250 000 Franken gehabt. Der enorme Vermögenszuwachs sei auf die Firmenaktien ihres Mannes Alfred zurückzuführen, der 2004 die Mehrheit des Schweizer Füll- und Verschlusstechnik-Unternehmens Amax übernahm. Die Amax-Aktien hält das Ehepaar Kiener Nellen laut Handelsregister allerdings indirekt, über die Holdinggesellschaft Alfar AG.

Mindestens eine Million Gewinn pro Jahr

Alein diese Tatsache straft Kiener Nellen Aussage Lügen, wonach die Kiener Nellen keine Steuern optimieren. Holdingstrukturen wie die Alfar AG dienen auch und vor allem der legalen Steueroptimierung. Gewinne aus der operativen Firma (Amax) können nach nur einmaliger Besteuerung aus dem Unternehmen steuerfrei in die Holding ausgeschüttet werden. Man kann davon ausgehen, dass die mit zwölf Millionen Franken bewertete, erfolgreiche Amax pro Jahr mindestens eine Million Franken Gewinn erzielt. Diese Gewinne anschliessend steuerfrei in die Holding auszuschütten, ist legal, entspricht aber der von Margret Kiener Nellen angeprangerten Praxis des Steueroptimierens, weil daraus keine private Einkommensbesteuerung resultiert.

Die Holding ist das eine. Wie aber kam es zum Nulleinkommen der Vermögensmultimillionärin aus Bolligen? Kiener Nellen's Antwort, die entsprechende Veranlagung durch die Steuerbehörden sei nicht rechtskräftig, schafft weitere Verwirrung. Die verantwortlichen Berner Steuerämter beteuern nämlich auf Rückfrage der *Weltwoche*, dass es sich beim besagten Steuerausweis 2011 um eine endgültige und rechtskräftige Einschätzung ohne hängige Einsprachen handle. Die Eheleute Kiener Nellen versteuerten im Jahr 2011 definitiv null Einkommen bei 12,35 Millionen Franken Vermögen. Nochmals: Wie ist es möglich, dass die nach Berner Massstäben «superreiche» Familie Kiener Nellen null Einkommen versteuert? Auf neuerliche



Dreister geht's nicht: Multimillionärin Kiener Nellen.

Rückfrage verspricht Kiener Nellen Aufklärung für den nächsten Tag.

Immer neue Erklärungen

Tatsächlich kommt eine ausführliche Antwort per E-Mail. Jetzt allerdings wird eine ganz andere Erklärung geliefert. Nicht mehr Einsprache aufgrund der Erbschaft sei der Grund für das Nulleinkommen, sondern der Umstand, dass sich ihr Ehemann 2011 in die Pensionskasse eingekauft habe, schreibt Kiener Nellen. Die PK-Einzahlung sei ganz legal vom steuerbaren Einkommen abgezogen worden.

Wir kommen des Rätsels Lösung näher: Wenn sich ein Unternehmer mit einem Vermögen von 12 Millionen Franken in die Pensionskasse einkauft, dann tut er das nicht, weil er seine Altersvorsorge absichern will. Er tut es, weil er Steuern sparen will. Jemand, der über eine Firma verfügt, die jährlich über eine Million Gewinn abwirft, und der ein steuerbares Vermögen von über 12 Millionen Franken ausweist, muss nicht wenige Jahre vor der Pension ein paar hunderttausend Franken in die PK einzahlen, weil er um seinen Altersbatzen fürchtet.

Nach Angaben seiner Ehefrau zahlte Alfred Kiener Nellen 400 000 Franken in die zweite Säule ein. Da dieser Einkauf abzugsfähig war, resultiert die für 2011 ausgewiesene Einkommensnull. Pikant: Ohne Einkauf in die PK wären im Kanton Bern auf den 400 000 Franken rund 35 Prozent Einkommenssteuern fällig geworden, also rund 142 000 Franken. Diesen Betrag haben die Ehegatten Kiener Nellen durch den PK-Einkauf an Steuern satt gespart.

Gegenüber der *Weltwoche* schreibt Margret Kiener Nellen, ihr Gatte werde sich in seinem 65. Altersjahr ab Juni 2017 die eingezahlten 400 000 Franken wieder auszahlen lassen. Der Bezug werde dann «mit der Einkommenssteuer besteuert.» Die sich windende Kiener Nellen versucht erneut, in die Irre zu führen. Richtig ist: Wenn sich ihr Mann in drei Jahren die 400 000 Franken wieder auszahlen lässt, wird nicht die ordentliche Einkommenssteuer berechnet, sondern die viel tiefere «Sonderveranlagung Vorsorge».

112 000 Franken Steuern gespart

Die bernischen Steuerbehörden haben dazu auf ihrer Homepage ein vorgefertigtes Rechenformular aufbereitet. Trägt man die 400 000 Franken ein, beträgt die fällige Steuer nicht 142 000 Franken wie bei den Einkommenssteuern, sondern nur 30 000 Franken. Die Kiener Nellen sparen durch ihr Pensionskassenmanöver saftige 112 000 Franken Steuern. Das ist mehr, als manche Berner Familie pro Jahr an Einkommen nach Hause bringt.

Oder um es in der Sprache Kiener Nellen auszudrücken: Die Nationalrätin und ihr Ehemann machen sich hier eindeutig «Steuer-schlupflöcher bei der zweiten Säule» zunutze. Gegen solche Praktiken, die sie heftig kritisiert und selber pflegt, reichte Margret Kiener Nellen 2005 höchstpersönlich eine Interpellation im Nationalrat ein. Dreister geht's nicht.

Fazit: Margret Kiener Nellen wird nicht müde, gegen «Pauschalbesteuerte» und «Steeroptimierte» zu schimpfen, weil sie angeblich zu wenig Steuern zahlen. Tatsache ist: Die von der SP-Politikerin verunglimpften Steuerzahler zahlen in der Schweiz weit mehr Steuern als Margaret Kiener Nellen, nämlich nicht null, sondern im Durchschnitt rund 120 000 Franken nach Aufwand berechnete Einkommenssteuern pro Jahr – jedoch ohne die Möglichkeit von Tricks wie Holdings oder Pensionskassen.

Demgegenüber sind die Kiener Nellen gleich doppelt steueroptimiert: einmal durch die Holdingstruktur der Alfar AG und zweitens durch die PK-Einzahlungen des Ehegatten. Margret Kiener Nellen's Feldzug gegen «Steeroasen» und «Steeroptimierung» darf angesichts der aktuellen Fakten mit einem Zitat des verstorbenen österreichischen Kabarettisten und Schauspielers Helmut Qualtinger neu gedeutet werden: «Die moralische Entrüstung ist der Heiligenschein der Scheinheiligen.» ○

Gerecht

Von Henryk M. Broder — Ständig werden neue Lücken entdeckt, die geschlossen werden müssen.



Nichts treibt meine deutschen Mitbürger so sehr um wie die Frage nach der «Gerechtigkeit». Waren die Reparationszahlungen, die Deutschland nach dem Ersten Welt-

krieg leisten musste, gerecht? War es gerecht, dass wir den Zweiten Weltkrieg verloren haben? Ist es gerecht, dass berufstätige Frauen im Schnitt etwa zwanzig Prozent weniger verdienen als Männer? Wäre es nicht gerecht, in den Zügen der Bundesbahn die erste Klasse abzuschaffen oder sie für alle Reisenden zu öffnen?

Ständig werden neue «Gerechtigkeitslücken» entdeckt, die unbedingt geschlossen werden müssen – wie der Riss in einer Leitung, aus der Wasser herausströmt. Vor etwas mehr als einem Jahr kam der bayrische Ministerpräsident darauf, dass es «ungerecht» sei, wenn Ausländer gebührenfrei deutsche Autobahnen benutzen dürfen, während wir fast überall im Ausland für die Benutzung von Schnellstrassen eine Abgabe zahlen müssen. Der damalige Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, veröffentlichte im *Bayernkurier*, dem Hausblatt der CSU, einen flammenden Appell für die Einführung einer PKW-Maut. Er schrieb: «Wir pochen darauf, dass sich die ausländischen Autofahrer an den Kosten für unsere Infrastruktur beteiligen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit! Es ist ein Zeichen von Angst und Einfallslosigkeit, wenn SPD und Grüne sich hinter angeblichen europarechtlichen Bedenken verschanzten. Rot-Grün hat einfach keinen Mumm, sich in Brüssel für die deutschen Interessen einzusetzen.»

Nun hat Dobrindt, inzwischen Verkehrsminister im Kabinett von Angela Merkel, einen Plan vorgelegt, wie der Gerechtigkeit auf deutschen Strassen zum Durchbruch verholfen werden soll. Wie immer in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung ist es ein sehr aufwendiger Plan. Es könnte sein, dass die Kosten für die Erhebung der Maut die Einnahmen übersteigen werden. Aber das macht nichts, denn es geht nicht um Geld, es geht um Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit gibt es nicht umsonst. Und schon taucht eine weitere «Gerechtigkeitslücke» am Horizont auf. Ist es gerecht, dass Ausländer zum CO₂-Ausstoss in Deutschland beitragen, ohne dafür zur Kasse gebeten zu werden? Die zuständige Umweltministerin wird sich demnächst dieser Lücke annehmen.

Politik ohne Kompass

Von Silvio Borner — Im Wochentakt hebt der Bundesrat mit kleinen Eingriffen wichtige Märkte aus. Was in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet, summiert sich zum unabsehbaren Schaden.

Die Schweiz gibt im internationalen Standort-Wettbewerb rasch viel Terrain preis, obwohl die vergangenheitsbezogenen Rankings des World Economic Forum und von anderen das Gegenteil zu belegen scheinen. Im Vordergrund stehen dabei die wirtschaftsfeindlichen Volksinitiativen, die via Umverteilung im Innern oder Abschottung gegen aussen die Rahmenbedingungen verschlechtern. Selbst wenn die meisten Initiativen abgelehnt werden, verunsichern sie das Umfeld.

Weniger Beachtung finden die Bundesratsitzungen, an denen im Wochentakt verschiedene wichtige Märkte durch dumme, aber folgenschwere Regulierungseingriffe ausgehebelt werden. Sie schaffen ein Dickicht, das private Unternehmungen mit hohen Kosten eindeckt und so die Investitionslust dämpft. Wir wollen gar nicht von den grossen Operationen in den Bereichen des Bankgeheimnisses, der Energie- oder der Altersvorsorge reden, sondern von den «kleinen» Eingriffen in den letzten beiden Sitzungen.

Beginnen wir mit der Lohnpolizei, die auf Antrag von Bundesrätin Sommaruga die angebliche Lohndiskriminierung mit staatlichen Kontrollen verbieten will, obwohl sie nur noch in falschen Statistiken vorkommt. Damit war zu rechnen, aber nicht mit der Zustimmung von je einem Bundesrat von BDP, CVP und – man staune – auch der FDP. Eine gesetzliche Verpflichtung zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit gab es ja schon vorher. Aber was jetzt vorgeschlagen wird, ist ein administrativer Leerlauf, der sowohl der öffentlichen Verwaltung wie – vor allem – den privaten Unternehmen hohe Kosten aufbürdet.

Enthemmter Schneider-Ammann

Kürzlich hat das Stimmvolk gleich zweimal hintereinander staatlichen Interventionen in die Lohnstrukturen eine kräftige Abfuhr erteilt. Die schon fast krankhafte Gleichstellungspolitik scheint das aber nicht zu kümmern. Bundesrat Schneider-Ammann blieb hier für einmal standhaft. Leider war und ist das bei den flankierenden Massnahmen ganz anders. Mit der Lohnpolizei auf Baustellen und im Gastgewerbe und den grassierenden Allgemeinverbindlichkeits-Erklärungen von Gesamtarbeitsverträgen haben wir die internationalen Vorteile eines liberalen Arbeitsmarktes schon weitgehend verspielt. Schnei-

der-Ammann spannt hier hemmungslos mit den Gewerkschaften zusammen.

Der zweite Streich betrifft den Wohnungsmarkt, wo Schneider-Ammann eine Führungsrolle zu haben scheint. Die sogenannte Formularpflicht gibt jedem Neumieter das Recht, den Mietzins des Vormieters einzusehen. Diese total marktwidrige Massnahme soll angeblich der Transparenz dienen. Leider ist das Gegenteil der Fall. Transparenz sollte man über die aktuelle Marktsituation in einer bestimmten Region haben und nicht über das, was der Vorgänger bezahlt hat, der vielleicht dreissig Jahre unter dem Mieterschutz viel zu billig gewohnt hat. Das Schlimmste ist aber auch hier der bürokratische Aufwand, spielte doch bis jetzt bei Mieterwechseln der Markt einigermaßen und korrigierte so aufgestaute Verzerrungen durch kostenorientierte Mietzinsregulierung. Klagen waren selten, werden aber mit der Formularpflicht rasant anschwellen. Auch Umgehungs-

versuche werden nichts als zusätzlichen Aufwand verursachen. Wie in Genf ersichtlich, sind solche rückwärts blickenden Preisregulierungen Gift für die Investitionen. Sie reduzieren das Angebot und verschlimmern so die Marktsituation, ganz abgesehen davon, dass unsere Pensionskassen-Gelder die vielleicht letzte ausgewogene, risiko- und ertrags-

gerechte Anlagemöglichkeit verlieren.

Der dritte unnötige Fehltritt geht ganz auf Schneider-Ammanns Kappe. Es geht um den Gegenvorschlag zur Agrar- und Ernährungsinitiative des Bauernverbands. Nachdem das Parlament mit der neuen Agrarpolitik 2014–2017 einen ersten und weiss Gott nicht mutigen Schritt in Richtung einer ökologischen Ausrichtung der Direktzahlungen zum einen und einer Stärkung der Marktkräfte für die Produktion zum anderen unternommen hat, will die Bauernlobby mit der Tarnkappen-Initiative «Für Ernährungssicherheit» das Rad wieder zurückdrehen. Statt diesem durchsichtigen Manöver gelassen und argumentativ vor dem Volk entgegenzutreten, will unser Agrarminister einen Gegenvorschlag ausarbeiten, der den ohnehin schwammigen Verfassungsartikel noch mehr verwässern und den Protektionismus wieder stärken würde. Noch nie zuvor in der Geschichte hat ein Bundesrat so opportunistisch den ordnungspolitischen Kompass ausgeschaltet.



Mauerfall und europäische Irrtümer

Von Hansrudolf Kamer — Ein Vierteljahrhundert nach dem Abbruch der Berliner Mauer ist die deutsche Vereinigung gefestigt, die europäische dagegen in der Krise. Europas Fliehkräfte nehmen zu.



Kurz vor dem 25. Jahrestag des Berliner Mauerfalls steht Helmut Kohl wieder im Rampenlicht. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler ringt immer noch um seinen Platz in der Geschichte. Sein

neustes Buch ist eine Abrechnung und Rechtfertigung, weil die Entwicklung seit 1989 nicht so verlaufen ist, wie er sich es vorgestellt hatte.

Der Kanzler der deutschen Einheit hat seinen unbestrittenen Rang in der Geschichte. Der Architekt Europas steht im Zweifel. Die Kontroverse über Kohls Europapolitik begann vor zwei Jahren, als Hans-Peter Schwarz seine grosse Biografie über Kohl veröffentlichte und die Euro-Krise die Gemüter beschäftigte.

Schwarz schreibt klar, Kohl habe Grosses gewollt und Grosses erreicht: die Deutschen in der DDR befreit, Deutschland wider alle Erwartung noch einmal staatlich vereinigt, ihm sei die Versöhnung mit den Gegnern im Kalten Krieg geglückt, er habe die Entwicklung hin zu Europa «unumkehrbar» gemacht.

Unumkehrbar ist, wie Schwarz dann einräumt, allerdings nichts. Geschichtliche Leistung ist vergänglich. Kaum angefochten ist aber auch hier, dass Kohl viel dazu beitrug, den alten Kontinent ohne Katastrophen aus dem Kalten Krieg herauszuführen.

Es gab Kriege und Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien und im Kaukasus. Die übergrossen Lager von Atomwaffen mussten abgebaut und diese in Sicherheit gebracht werden. Die Ukraine war ein besonders gravierender Fall. Es hätte auch im Zentrum Europas einiges schief laufen können.

Kohls Innenpolitik war weitgehend pragmatisch und vorsichtig. In seiner Deutschlandpolitik und dann seinen europäischen Anstrengungen ging er schliesslich grössere Risiken ein. Eines seiner Zitate lautete, man müsse den historischen Teig kneten, solange er weich sei.

Das Credo lautete immer: Deutsche Einheit und europäische Einheit sind zwei Seiten einer Medaille. Kohl hielt Europa für «machbar». Seine eigene Erfahrung zeigte ihm, dass Grenzen in Europa oft verändert wurden, und das Ende des Kalten Krieges bot neues Anschauungsmaterial. Vereinigte Staaten von

Europa hielt er lange für möglich und notwendig. Nach dem Urteil des Karlsruher Gerichtshofs über den Vertrag von Maastricht äusserte er sich dazu nur noch zurückhaltend.

Und Merkel?

Er stand unter Zugzwang. Washington (Präsident Bush der Ältere) und Moskau (Michail Gorbatschow), London (Margaret Thatcher) und Paris (François Mitterrand) erwarteten von ihm, dass er für die Einwilligung zur deutschen Vereinigung «etwas» liefere. Man zitierte damals gerne den «Scherz» von François Mauriac, er liebe Deutschland so sehr, dass er sehr zufrieden sei, dass es zwei davon gebe.

Kohl lieferte die deutsche «Einbettung» in Europa und den Euro. Das war grosse Politik, aber ohne wirtschaftlichen Realismus. Und der Euro war der klassische Schritt zu viel. Maastricht – die berühmten Stabilitätskriterien – liess sich nicht durchsetzen. Die damaligen Skeptiker wie Kohls Gegner Biedenkopf behielten recht. Es wurde geschummelt und gezerrt, die Augen wurden zugeedrückt, und die Grossen wurden schonend behandelt. Die «kulturellen» Unterschiede Europas meldeten sich mit Macht zurück. Die Europäisierung der D-Mark war ein Danaergeschenk.

Der Integrationsprozess stockt seit langem. Verfassungsträume blieben unerfüllt, und der

Euro wirkt nicht mehr spannungsdämpfend, sondern -verschärfend. Er stärkt die Euro-Skepsis. Deutschland wird nicht mehr als eingebetteter Sachwalter europäischer Interessen wahrgenommen, sondern als normaler Nationalstaat, der seine eigenen Ansprüche auch mit dem EU-Instrumentarium unzimperlich durchsetzt – so, wie es Frankreich stets praktizierte.

Dank seiner wirtschaftlichen Stärke – einer relativen Stärke – kann Berlin der Rest-EU seine Vorstellungen aufzwingen. Vor der Geburt des Euro hatte Deutschland wirtschaftlich ebenfalls eine Vormachtstellung. Doch wurde diese durch die machtpolitischen Gegebenheiten des Kalten Kriegs ausbalanciert. Heute nicht mehr. Vom Euro hat Deutschland profitiert, Frankreich, Italien und andere haben es nicht. Das ist die Ironie der jüngsten europäischen Geschichte.

Der Euro ist nicht die einzige Fehlentwicklung der forcierten Gangart. Dass man nun im Berliner Kanzleramt mit der Möglichkeit rechnet, dass Britannien die EU verlassen könnte, ist ein deutliches Signal. Ohne die Britischen Inseln wäre das Projekt gescheitert, das im Zeitalter der Globalisierung Europa Weltgeltung «auf Augenhöhe» mit Amerika und China verschaffen sollte. Die EU wäre dann noch eine regionale Zusammenarbeitsorganisation.

Gesunder Menschenverstand sagt, dass die britische Mitgliedschaft wichtiger ist als das Prinzip der Personenfreizügigkeit, starr und stur angewendet. Merkel ist nicht Kohl. Ihr fehlt der grosse Atem, und der Zeitgeist ist anders. Doch noch ist ihr zuzutrauen, dass sie einen Weg zwischen den Klippen findet – auch im eigenen Interesse.



Grosse Politik: Kohl, Gattin Maike, an der Buchpräsentation vom 3. November 2014.

Die grösste Schweizer Wirtschaftszeitung
www.handelszeitung.ch

BEHARRLICH

SEIT 1861



Willkommenskultur

Von Thilo Sarrazin — Der Islam kann nur zu Europa gehören, wenn er sich so weit wandelt, dass er die kulturellen Werte der Aufklärung innerlich akzeptiert und seine eigene Lehre bereinigt.



Der seriöse und nachdenkliche Zeitgenosse hat eine natürliche Scheu, sich zu Fragen zu äussern, von denen er nichts versteht. Darüber hinaus teilt er die Abneigung der meisten Menschen,

sich mit Angelegenheiten zu beschäftigen, die ihn langweilen (es sei denn, er wird dazu gezwungen, wie im Fall der jährlichen Steuererklärung). Zum Dritten aber vermeidet er gerne Positionen, die ihn in den Verdacht bringen, nicht ausreichend liberal zu sein.

Aus diesen drei Gründen findet eine breite Islamdebatte in Deutschland und in anderen Gesellschaften Europas seit Jahrzehnten nicht statt: In unserer säkularen Gesellschaft kennen die meisten Menschen ja kaum die christliche Religion, in deren Namen sie getauft wurden, geschweige denn eine fremde, wie den Islam. Zum anderen ist Religion ein Thema für Langweiler geworden, das zeigen die Einschaltquoten beim «Wort zum Sonntag». Zum Dritten gilt es als unliberal und durchaus anrüchig, die religiösen Überzeugungen und Gebräuche von Mitmenschen kritisch zu beäugen.

Im Zweifel gebührt der Liberalität der Vorrang. Da nimmt man es eben hin, wenn in muslimischen Familien nebenan oder in derselben Stadt die Freiheit und Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen beschnitten wird, bis hin zur Zwangsheirat oder Schlimmerem, und man nimmt es auch hin, dass durch solche Hinnahme der europäische Freiheitsbegriff als solcher schleichend aufgelöst wird.

In dieser Sicht sind Ereignisse wie der gelegentliche Ehrenmord an einer widerspenstigen Tochter, die iranische Fatwa gegen den Dichter Salman Rushdie oder die Mordanschläge auf den dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard lediglich Betriebsunfälle. Wer dahinter ein systematisches Problem vermutet, wird gerne «islamophob» genannt und damit psychologisch pathologisiert. Das wirkt. Im ach so kritischen deutschen Kabarett gibt es viele Witze über den Papst und die Kirche, aber kaum je einen über den Islam.

Ab und zu fällt ein Stein ins Wasser dieser liberalen Selbstgefälligkeit und produziert ein paar Kräuselwellen. Das geschah vor einigen Tagen, als ein salafistischer Muslim gegen den

Kabarettisten Dieter Nuhr Strafanzeige wegen Volksverhetzung erstattete. Dieser hatte unter anderem auf der Bühne gewitzelt: «Der Islam ist ausschliesslich dann tolerant, wenn er keine Macht hat. Und da müssen wir unbedingt dafür sorgen, dass das so bleibt.» Deutschlands Integrationspapst Professor Klaus Bade war empört über Dieter Nuhr und sagte: «Da verwechselt einer den Islam mit dem Islamischen Staat. Das hat etwa so viel miteinander zu tun wie eine Kuh mit dem Klavierspiel.»

Mit diesem hilflosen Unsinn spiegelte Deutschlands berühmtester Integrationsforscher die Ratlosigkeit des etablierten Meinungskonsenses. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Zahl der Salafisten aus Deutschland, die beim Islamischen Staat (IS) kämpfen, nicht nur 400, sondern möglicherweise 1800 beträgt und dass die Gesamtzahl der gewaltbereiten Salafisten in Deutschland jetzt auf 7000 geschätzt wird. Die Behörden wissen offenbar wenig bis nichts. In islamischen Glaubensgemeinschaften und Moscheen in Deutschland scheint es jedenfalls keine Informanten und Zuträger zu geben. Wie Geisterbeschwörung hört sich da die Feststellung an, dass die überwältigende Mehrheit der vier Millionen Muslime in Deutschland friedliebend sei. Das ist wahr, aber am 1. September 1939 wollte auch die überwältigende Mehrheit der Deutschen keinen Zweiten Weltkrieg.



Ratlosigkeit des etablierten Meinungskonsenses.

Der Islamische Staat ist eine besonders gewalttätige Ausprägung des Islam. Aber er kann jede einzelne Untat mit einer Sure aus dem Koran rechtfertigen, und die Übergänge zu anderen islamistischen Positionen sind gleitend. Zu einer konsequenten Bekämpfung des Islamischen Staates konnten sich bislang die Nachbarstaaten Türkei, Iran und Saudi-Arabien nicht entschliessen.

Es ist wohl realistisch, anzunehmen, dass die vom IS ausgelöste gewalttätige Neuordnung des Nahen Ostens noch viele Jahre dauern kann. Die damit verbundenen Aufgaben sollte man den Nachbarstaaten überlassen. Deutschland und andere europäische Länder sollten sich auf den Umgang mit ihren eigenen islamischen Minderheiten konzentrieren. Deren Abgrenzung vom Salafismus, der die Brutstätte des Terrors ist, fiel bislang eher verhalten aus, soweit sie überhaupt stattfand.

Zu einer neuen Politik gegenüber den muslimischen Minderheiten muss auch gehören, dass die Entstehung von Parallelgesellschaften, und mit ihnen auch von parallelen Geisteswel-

Es ist anzunehmen, dass die vom IS ausgelöste Neuordnung des Nahen Ostens noch Jahre dauert.

ten, stärker als bisher bekämpft wird. Eine richtig verstandene Willkommenskultur bedeutet, dass jene unwillkommen sind, die die Scharia über das staatliche Gesetz stellen, ihre Töchter unter das Kopftuch zwingen oder ihnen den Ehemann vorschreiben wollen. Der Islam kann nur dann zu Deutschland oder Europa gehören, wenn er sich so weit wandelt, dass er die kulturellen Werte der Aufklärung innerlich akzeptiert und seine eigene Lehre insoweit ändert und bereinigt.

Eine entsprechende Politik muss man auch nach aussen deutlich machen. Dann würde Deutschland als Zuwanderungsland für alle jene Muslime unattraktiv werden, die den Wohlstand des Landes suchen, seine Werte und Kultur aber ablehnen. Zu den entsprechenden Massnahmen müsste gehören:

- In staatlichen Bildungseinrichtungen ist das Tragen von Kopftüchern untersagt.
- Die Teilnahme am Schwimm- und Sportunterricht und an Klassenfahrten wird auch für muslimische Mädchen obligatorisch.
- In den Moscheen darf nach einer Übergangszeit nur in der Landessprache gepredigt werden.
- In den Schulen wird islamischer Religionsunterricht nur von staatlich geprüften Lehrern erteilt, die an deutschen Universitäten ausgebildet wurden.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Mörgeli

Gemeinnütziger Eigennutz

Von Christoph Mörgeli

Bei seinen gepflegten Reden zur Gemeinnützigkeit pflegt Jean-Daniel Gerber nur gerade seine Funktion als Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft zu betonen. Das ist jener Verein, der mittels Wettbewerb eine neue Nationalhymne sucht, in der das Wort «Gemeinnutz» in jeder Strophe dreimal vorkommen wird. In Brugg referierte Gerber unlängst über das Thema «Die eigennützige und die gemeinnützige Schweiz». Dabei kritisierte er gemäss *Aargauer Zeitung* «die Millionensaläre von Spitzenmanagern» als «unangemessen und ungehörig».

Was der oberste helvetische Gemeinnützigste Jean-Daniel Gerber bei seiner Schelte der Eigennützigsten für sich behält, ist das Faktum, dass er im Verwaltungsrat der Credit Suisse und der Lonza Group sitzt. Zusammen mit seinen Bundespensionsbezügen verdient der Wohltäter Gerber locker das von ihm kritisierte Millionensalär. Ob ein Ex-Staatssekretär und üppig berenteter Spitzenbeamter der höchsten Lohnklasse nach der Pensionierung zusätzlich bei Privatfirmen abkassieren darf, ist Geschmacksache. Ob jetzt mit diesem Bankenverwaltungsrat gewissermassen die CS unsere neue Nationalhymne bestimmt, ist Ansichtssache. Ob Gerber das Verhalten anderer Grossverdiener als «unangemessen und ungehörig» abkanzeln soll, ist Charaktersache. Dass Gerber bei der Gemeinnützigen Gesellschaft als einziges Komiteemitglied 12 000 Franken plus Reisekosten einsackt, ist Tatsache.

Auch im Wohnungswesen ist das Wort «Gemeinnutz» allgegenwärtig. «Gemeinnützigen Investoren gewährt der Bund Darlehen – neu auch für Landkauf.» So frohlockte der *Tages-Anzeiger* über einen staatlichen Förderpotopf von 450 Millionen Franken. Gemeinnützig nennen sich neuerdings jene Investoren, die Steuergeld einstecken. Früher galten noch jene als gemeinnützig, die etwas gaben. Heute handeln jene gemeinnützig, die etwas nehmen.

Dabei gibt's nichts weniger Gemeinnütziges als den «sozialen» Wohnungsbau. Entgegen den Regeln der Marktwirtschaft erhalten ein paar Bevorzugte Verbilligungen für Kauf und Miete von Wohnraum, worauf ausgerechnet wegen dieser Marktverzerrung für alle andern die Preise für Landerwerb, Bauen, Wohnen und Mieten ansteigen. Öffentlich finanzierte Wohnprivilegien für ausgewählte rote Bonzen und linke CVP-Nationalrätinnen sind nicht gemeinnützig. Sondern gemein eigennützig.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

«De Sieche ais a d Schnurre»

Von Peter Bodenmann — Die SVP-Basis ist immer klarer für die Ecopop-Initiative.



Die Nervosität steigt: SVP-Politiker Blocher und Maurer.

Wenn die SVP aus eigener Kraft stärker werden will, muss sie das immergleiche Doppelspiel beherrschen: einerseits Fremdenfeindlichkeit schüren und andererseits konkrete Massnahmen im Interesse des Kapitals verhindern. Um so den Topf am Kochen zu halten.

Der Bundesrat hat in Sachen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative kein brauchbares Konzept. Dies, weil die federführende Bundesrätin seit Jahr und Tag eigentlich die Einwanderung über Kontingente steuern will. Und weil genau das mit der EU nicht machbar ist. Dies bringt zurzeit die eiskalte Angela Merkel dem rechten Hip-Hopper David Cameron wenig schonend bei.

Die Folge der verqueren Politik: Einstimmig ist die zuständige Kommission des Nationalrates für das Wischivaschi-Konzept des Bundesrates. Jeder versteht es anders. Niemand verstand in der «Arena», was die zuständige Bundesrätin will. Für einmal hat Adolf Ogi recht. Der Bundesrat hätte in Sachen Zuwanderung die von Adrian Amstutz und This Jenny formulierte Limite von 40 000 bis 50 000 Nettozuwanderern akzeptieren müssen. Um gleichzeitig aufzuzeigen, wie dieses Ziel EU-kompatibel und ohne Gefährdung der bilateralen Verträge erreicht werden kann. Fehlanzeige.

Umso stärker steigt jetzt der Druck auf Christoph Blocher und Ueli Maurer. Nicht nur die Umfragen zeigen, dass die Basis der SVP klar für

die Ecopop-Initiative ist. Nein, auch eine Kantonalpartei nach der anderen empfiehlt ein Ja. Die Nervosität steigt: Für Blocher hat der Bundesrat, haben diese «Sieche» in Bern «ais a d Schnurre verdient». Und Maurer warnt uns vor Ebola und Ecopop zugleich.

Die eigene Basis treibt die SVP-Spitze vor sich her. Wird es Blocher und Maurer gelingen, nennenswerte Teile ihrer SVP-Basis zu einem Nein zu bewegen? Vermutlich nicht. Eine SVP, welche nicht beides kann, Brände legen und diese Brände löschen, wird für das Kapital unberechenbar und dysfunktional zugleich.

Links lähmt die eigene Bundesrätin die einst europafreundliche SP. Rechts ist der Freisinn wegen des xenophoben 18-Prozent-Müller ein Ausfall. Eigentlich müsste jetzt die grosse Stunde für CVP, BDP und Grünliberale schlagen. Stattdessen produzieren Darbellay, Landolt und Bäumlle eine Seifenblase nach der andern. Und lassen diese gleich selber platzen: Die angekündigte Volksinitiative zur Rettung der Bilateralen kommt nicht. Die Union zwischen CVP und BDP ebenso wenig. Einzig die Grünen sind zurzeit – vorab dank Balthasar Glättli – politisch halbwegs zurechnungsfähig. Jene Grünen, die einst für und mit Christoph Blocher die EWR-Vorlage versenkt haben.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Der Untergang des Untergangs

Von Kurt W. Zimmermann — Ein seltsames Paradox: Je weniger Konkurrenz die Journalisten haben, umso aggressiver werden sie.

Heute wollen wir kurz auf den Untergang der Menschheit zurückblicken. Die Menschheit ging bekanntlich an Hautkrebs, Erblindung und Hungersnot zugrunde.

Der allererste Hinweis in unseren Medien fand sich im September 1986 in der *Neuen Zürcher Zeitung*. «Rätselhaftes Ozonloch über der Antarktis», titelte das Blatt.

Es begann der Siegeszug des Lochs.

Das Ozonloch bescherte uns nun massenhaft «böartigen Hautkrebs» (*Sonntagsblick*). Es führte massenhaft zur «Zunahme von Augenerkrankungen» (*Basler Zeitung*). Ausserdem verhungerten die blinden Krebskranken, denn das Ozonloch führte massenhaft zu «verdorrten Getreidefeldern» (*Tages-Anzeiger*).

Bevor wir zum Grundsätzlichen kommen, noch kurz ein Blick auf den nächsten Untergang der Menschheit. Ebola wurde letzte Woche schon zur «globalen Epidemie» (*NZZ am Sonntag*). Es wurde schon zum globalen Harnagedon, als in Europa, den USA und Asien noch keine zehn Personen erkrankt waren.

Den Aufbau des Untergangs nennt man Alarmismus. Er gehorcht dem Prinzip, gemäss dem eine sehr partielle Bedrohungslage zu einem weltweiten Untergangsszenario hochzustemmen ist. Darum versagten auch Vogelgrippe, Sars, Schweinegrippe, Listerien und Rinderwahn, obwohl von den Medien als todsichere Massenvernichtungen dargestellt, bei der Ausrottung der menschlichen Spezies.

Warum also die Hysterie? Es ist ein seltsames Paradox. Journalisten konnten noch nie in ihrer Geschichte derart gelassen und unaufgeregt sein wie heute. Stattdessen tun sie das Gegenteil und dramatisieren bis zum Umfallen.

Gelassen und unaufgeregt können Journalisten heute deshalb sein, weil sie keine Konkurrenten mehr haben. Praktisch alle Schweizer Redaktionen arbeiten in einer Monopolsituation. Nur in einem Deutschschweizer Kanton, in Zürich, gibt es noch zwei verschiedene Zeitungen aus zwei verschiedenen Verlagen. Überall sonst, in Bern, Basel, Luzern und St. Gallen, herrscht Monokultur.

Im TV-Bereich ist es dasselbe. Auf nationaler Ebene hat im Newsjournalismus der Staatsfunk das Monopol. Bei den regionalen TV-Sendern gibt es mit Ausnahme der Ostschweiz ebenfalls keine Konkurrenzsituationen.

Selbst dort, wo Medienvielfalt ein öffentliches Thema ist, interessiert sich de facto niemand für geistigen Wettbewerb. Von den 117 000 Lesern der *Basler Zeitung* etwa lesen gerade mal 7000 gelegentlich die *NZZ*. Trotz ver-



Konkurrenzkampf im Kopf.

meintlich intensiven Internetwettbewerbs hält sich die Zahl der Nutzer von mehreren News-Sites genauso in überschaubarem Rahmen.

Das einzige Mediensegment, in dem es noch wahren Wettbewerb gibt, sind die Sonntagsblätter. Sonst ist Ruhe.

Journalisten haben also im Markt keine Mitbewerber mehr. Also verlagern sie den Konkurrenzkampf in ihren Kopf. Sie tun so, als ob sie harte Konkurrenz hätten. Sie versuchen diese Konkurrenz, die es nur in ihrer Einbildung gibt, mit Aggressivität auszustechen. Sie versuchen es mit mehr Dramatik und höherem Alarmismus.

Der Gipfel der Dramatik ist immer der Untergang. Kleinere Volksinitiativen führen darum regelmässig zum Untergang der Schweiz. Kleinere Klimaveränderungen führen regelmässig zum Untergang der Welt. Kleinere Epidemien führen regelmässig zum Untergang der Menschheit.

Doch irgendwann kommt immer der Untergang des Untergangs. Über der Antarktis zum Beispiel, so bestätigen selbst die grünen Wissenschaftler, schliesst sich nun die Luftschicht für immer.

«Nachruf auf das Ozonloch», titelte soeben die *NZZ*, genau 28 Jahre nach ihrer journalistischen Erstmeldung zum Loch. Das war erfreulich selbstironisch.

Coming-out

Von Beatrice Schlag — Schwulsein auf der Teppichetage.

Als Apple-Chef Tim Cook sich letzte Woche in einem Brief im Wirtschaftsmagazin *Bloomberg Businessweek* als Homosexueller outete, rieben sich manche die Augen. Nicht, dass der üblicherweise sehr diskrete Apple-Chef ein grosses Geheimnis verraten hätte. Dass er schwul war, hatte er Mitarbeitern gegenüber nie verheimlicht. Als er vor drei Jahren die Nachfolge von Steve Jobs antrat, wurde seine sexuelle Orientierung auch kurz in den Medien erwähnt. Es gab deswegen keinerlei Aufsehen.



Erstaunlicherweise war es ganz anders, als er letzte Woche selber kundtat, schwul zu sein. Die ganze Welt berichtete darüber. Dass in St. Petersburg daraufhin sofort das Denkmal für den – heterosexuellen – Steve Jobs abgerissen wurde, blieb die Ausnahme. Die meisten Berichte klangen anerkennend, mitunter allerdings auch etwas verwundert: War Homosexualität in Wirtschaftskreisen tatsächlich noch eine Schlagzeile wert in einer Zeit, in der immer mehr Länder die Homo-Ehe anerkennen und erfolgreiche schwule Politiker immer zahlreicher werden? Wen sollte die sexuelle Orientierung kümmern, wenn einer geschäftstüchtig genug ist, den Gewinn des Unternehmens zu mehren?

Man weiss, dass es in Teamsportarten wie Fussball knapp eine Handvoll bekennender Schwuler gibt, weil offenbar der Gedanke, sie könnten beim gemeinsamen Duschen nicht an sich halten, zäh die Köpfe verklebt. Dass Filmstars keine Rollen als Hetero-Liebhaber mehr bekommen, wenn man von ihrer Homosexualität erfährt, ist ebenso bekannt. Aber wo soll das Problem bei Entscheidungsträgern in der Wirtschaft liegen?

Man will ein paar Namen prominenter schwuler Unternehmer oder Manager aufzählen und merkt, dass einem kein einziger einfällt ausser eben Tim Cook, obwohl es Tausende geben muss. Kann es sein, dass, wer in der Wirtschaft Karriere machen will, schon als Lehrling den Mund zu halten beginnt, wenn er schwul ist? Es gibt keine andere Erklärung. Und also guten Grund, zu ahnen, dass die Homophobie nach wie vor galoppiert, auch wenn kaum einer noch laut sagt, dass er etwas gegen Schwule hat.

Leserbriefe

«Wenn wir es schaffen, dass unser Staat weiterhin Menschen wie Strahm hervorbringt, mache ich mir um die Schweiz keine Sorgen.» *Oliver Suter*

Steuerhinterziehung

Nr. 44 – «Pauschalsteuer»;
Editorial von Roger Köppel

Brillant und überzeugend legt der Autor dar, weshalb eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung für alle Beteiligten von Nachteil wäre. Falsch ist jedoch seine Annahme, bisher Pauschalbesteuerte könnten bei Abschaffung der Pauschalbesteuerung mit einer schlaunen Strategie erreichen, dass sie weiterhin nur Steuern in der gleichen Grössenordnung bezahlen müssten wie bisher. Hier wurde Herr Köppel falsch informiert.

Wer in seiner Steuererklärung unter «Einkommen» statt seines tatsächlichen Einkommens einen Fantasiebetrag einsetzt, dürfte sich in der Regel der Steuerhinterziehung schuldig machen, und ein «Recht jedes Schweizer Steuerpflichtigen», die Steuererklärung nicht einzureichen, gibt es nicht. Wer seine Steuererklärung nicht einreicht oder verlangte Informationen nicht erteilt, verletzt seine Verfahrenspflichten. Das hat unter anderem zur Folge, dass die Behörde ihn nach Ermessen einschätzen kann. Dabei dürfen aus allen zur

Verfügung stehenden Quellen, auch aus dem Internet und aus der Presse, Rückschlüsse auf Einkünfte des Steuerpflichtigen gezogen werden. Wenn, wie hier, das Fehlen von Informationen auf Pflichtverletzungen zurückzuführen ist, darf die Schätzung an die obere Grenze des Vertretbaren gehen. «Die Verletzung von Verfahrenspflichten darf sich nicht lohnen», heisst es in einem einschlägigen Entscheid des Bundesgerichts.

Peter Hafter, Küsnacht

Gewinn in jeder Hinsicht

Nr. 44 – «Vier schlechte Ideen»; Rudolf Strahm über Fehlentwicklungen in der Schweiz

Ich danke Ihnen beinahe auf den Knien für diesen luziden Essay. Endlich nennt jemand die Dinge präzise, unpräzise und äusserst klug beim Namen. Ich habe Strahms unabhängigen und an den realen Verhältnissen geschulten Geist schon immer gemocht. Mit diesem Beitrag unterstreicht er einmal mehr die Notwendigkeit, über die Dinge intelligent, frei und in bester (notabene liberaler) schweizerischer Tradition nachzudenken. Wenn wir

es schaffen, dass unser Staat weiterhin Menschen wie Strahm hervorbringt und die Medien sie in dieser Form auch zu Wort kommen lassen, mache ich mir um die Schweiz keine Sorgen. Die Lektüre dieses Essays ist für links wie rechts ein Gewinn. In jeder Hinsicht.

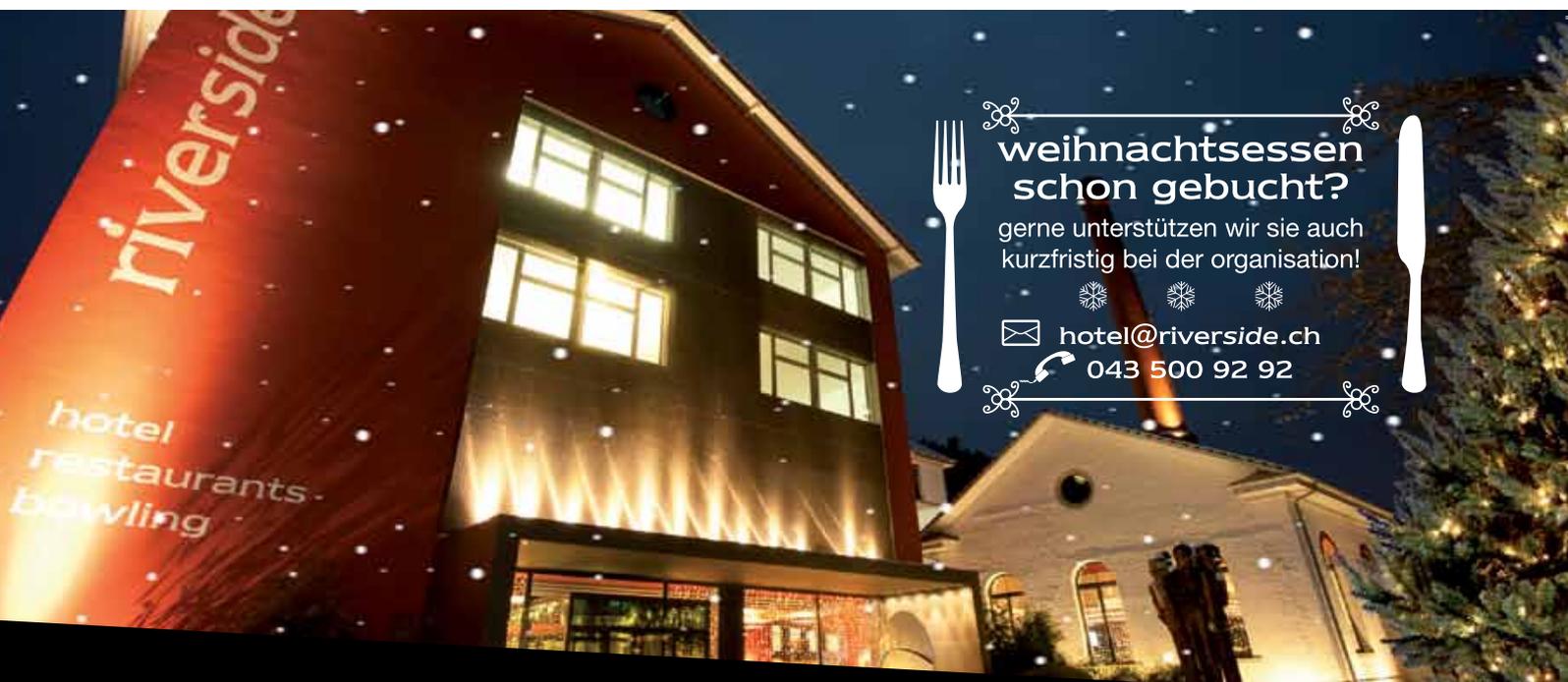
Oliver Suter, Zollikon

Leben entstand auf der Erde

Nr. 44 – «Wir Ausserirdischen»; Rico Bandle über Physikprofessor Ben Moore

Mit Interesse habe ich diesen Artikel gelesen. Moore ist sicher ein hervorragender Astrophysiker, aber er ist nicht Biologe. Er sucht die Gründe für die Entstehung von Leben auf der Erde immer noch im Universum. Das Leben an sich ist aber auf der Erde selbst entstanden. Ob der Homo sapiens dann gemäss Darwin auch daraus hervorgegangen ist, ist eine andere Frage. In seinem Buch «Der Synchronizitäts-Schlüssel» beschreibt David Wilcock sehr genau, wie in reinem Wasser, das in einer Glasampulle eingeschlossen ist, unter dem Einfluss von Licht eine DNS entsteht. Dies erklärt auch, wie Mikroben, eingeschlossen in Felsgestein, entstehen konnten. Ich empfehle die Lektüre dieses Buches jedermann, da es noch einige weitere, sehr interessante Fakten enthält.

Nicolao Trudel, Sonogno



weihnachtssessen
schon gebucht?

gerne unterstützen wir sie auch
kurzfristig bei der organisation!

hotel@riverside.ch
043 500 92 92

riverside ... das seminarhotel im zürcher unterland.

... wir bieten ihnen eine einmalige atmosphäre, weit entfernt vom lärm und stress des alltags, um andere menschen zu treffen, miteinander zu kommunizieren und ideen auszutauschen.

- hotel
- seminare
- gastronomie
- bowling
- events



riverside ... alles im grünen bereich.

spinnerei-lettenstrasse
ch-8192 zweidlen-glattfelden | +41 43 500 92 92
www.riverside.ch

Göring und Hering

Nr. 44 – «Der Gründliche»;
Roger Köppel über Ulrich Schlüer

Ich bin kein Kenner der schlüerschen Familiengeschichte. Trotzdem kam mir die Geschichte mit Göring und dem Hering ziemlich bekannt vor. Tatsächlich wurde sie nach dem Krieg in schätzungsweise jedem dritten deutschen Haushalt als Heldentat eines pfiffigen Onkels oder Veters aufgetischt. Glaubhaft war sie schon damals kaum. Es dürfte sich auch in der Familie Schlüer um eine Legende mit wenig Wahrheitsgehalt handeln. *Urs Tremp, Ennetbaden*

Im tiefsten Mittelalter

Nr. 44 – «Gruss an die Familie»; Christoph Landolt über Schweizer Fussballer

Die Ereignisse rund um das Fussballspiel zwischen Serbien und Albanien beweisen einmal mehr, dass sich gewisse Volksgruppen im Osten Europas mit ihrer Geisteshaltung immer noch im tiefsten Mittelalter befinden!

Peter Reich, Uhwiesen

Spiegel der Seele

Nr. 44 – «Die ganze Wahrheit»;
Dominique Feusi über Renée Zellweger

Ein Kompliment dem Layouter für die gute Fotodokumentation Renée Zellweger, vorher und nachher. «Wo liegt das Problem?», wird gefragt. Das Problem liegt dort, wo ästhetische Chirurgie zur blossen Manipulation verkommt. Sie sollte schöner machen, nicht bloss anders. Namentlich bei der Augenlidstraffung, Blepharoplastik im Fachjargon. Diese sehr subtile Operation – die deutsche Sprache hat kein besseres Wort für uns plastischen Chirurgen übrig als «Schönheitschirurgen» – wird irrtümlicherweise von vielen Leuten, aber auch von Fachkräften verschiedener Disziplinen als Bagatelle eingestuft, die sich über Mittag erledigen lässt. Dass dies nicht so ist, merken viele erst, wenn es zu spät ist. Der negativ veränderte Gesichtsausdruck lässt sich dann nicht mehr zurückverwandeln. Die Augen sind der Spiegel der Seele, wir sollten dazu Sorge tragen.

Christoph Wolfensberger, Zürich

Gier der Grossverdiener

Nr. 43/44 – Berichterstattung zur
Ecopop-Initiative

Die Schweizerinnen und Schweizer könnten der Ecopop-Initiative eigentlich ruhig zustimmen, denn sie wird wie die Ausschaffungs-, Verwahrungs- oder Zuwanderungsinitiative von Bundesrat und Parlament nie umgesetzt werden! *Urs Leuenberger, Oberentfelden*

Die Gier der Grossverdiener braucht stets weitere Einwanderer, um das Wirtschaftssystem

krankhaft aufzublähen. Von echtem Wachstum keine Spur, dafür Kollateralschäden, die das normale Volk auszubaden hat. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Ecopop angenommen werden sollte. *Wolfgang Eisenbeiss, St. Gallen*

Penibel, dass nicht der ganze Bundesrat geschlossen gegen die für unser Land äusserst schädliche Ecopop-Initiative antritt. Eine Annahme würde die Wirtschaft drosseln, und auch das Geld für Ueli Maurers Armee würde zunehmend knapper. Nicht die dürftig existierenden Schwarzafrikaner sind das Problem, sondern wir immer noch verschwenderisch lebenden Schweizer. *Martin A. Liechti, Maur*

Wichtiges Tischgebet

Nr. 43 – «Eine Lanze für Frömmler»;
Alex Baur über Freikirchen

Der Präsident der Zürcher KESB-Präsidenten nennt als Beispiel einer problematischen Beeinflussung bei der Platzierung von Pflegekindern in «evangelikalen» Familien das Tischgebet vor dem Essen! Für mich ist unter anderem das Tischgebet ein Zeichen der persönlichen Überzeugung eines Christen. Was soll man hier als problematische Beeinflussung orten? Immerhin steht in der Präambel unserer Bundesverfassung: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» – Bei genauer Betrachtung des Familienfotos im oben erwähnten Artikel ist im Übrigen unschwer zu erkennen, dass die Mutter sich der Zuneigung des dreijährigen Pflegekindes kaum zu erwehren vermag und dass dieses offensichtlich unbeschadet die Tischgebete überstanden hat. *Ernst Baumann, Müselbach*

Korrigenda

Die Bildunterschrift im Artikel «Caipirinha statt Sachertorte» in der Rubrik «Namen» (*Weltwoche* Nr. 44/14) ist falsch. Auf dem Foto ist neben Lars Krauss nicht Charles Aellen, sondern ein anderer Gast der Veranstaltung zu sehen. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man bei einer Meinungsumfrage bewusst eine Falschaussage machen?

Arthur Rüesch, Baltschieder

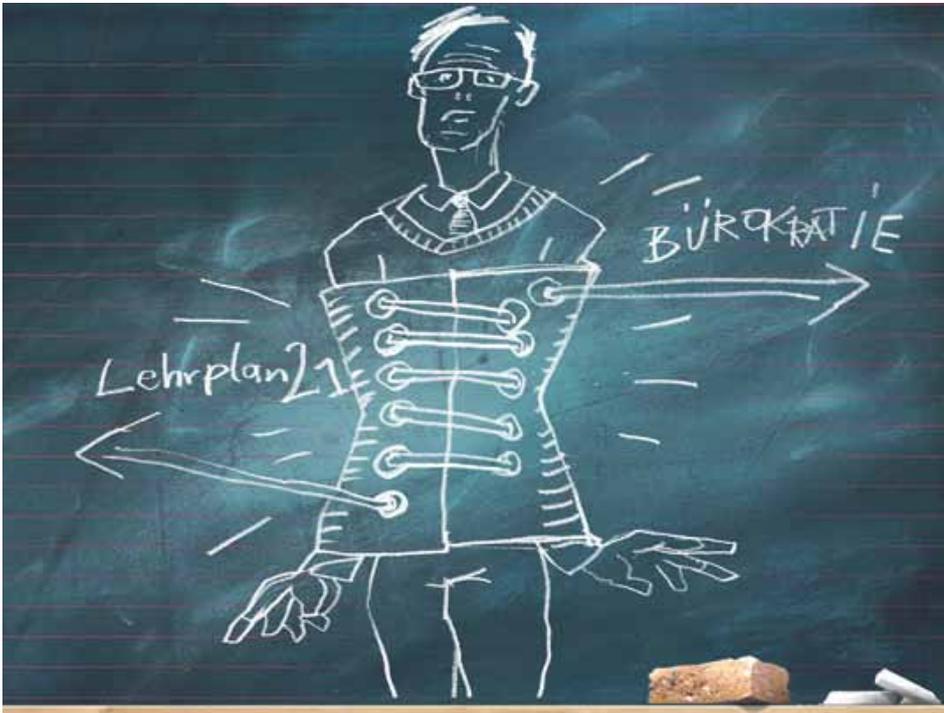
Für mich als Präsident des Schweizer Markt- und Sozialforschungs-Verbands wäre es ja berufsschädigend, Ihre Frage mit Ja zu beantworten. Unsere Mitglieder sind bestrebt, ihre Umfragen derart spannend durchzuführen, dass die Befragten falsche Aussagen schlicht nicht in Erwägung ziehen. Auf etwaige rechtliche Konsequenzen möchte ich schon gar nicht eingehen. Stellen Sie sich einfach vor: Wenn alle Befragten sagen, dass Suppen von den Herstellern versalzen werden sollen – diese Suppe müssten sie dann selber auslöffeln.

Roland Rosset, Präsident Verband Schweizer Markt- und Sozialforschung (VSMS)

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Gängelung von oben

Rund ein Drittel der Schweizer Lehrer ist Burnout-gefährdet. Die Ursachen sind vor allem hausgemacht. Bildungsakademiker machen den Praktikern das Leben schwer. Warum befindet sich die Schule in Schieflage? Wie retten wir unsere Lehrer? Von Philipp Gut, Peter Keller und Wieslaw Smetek (Illustration)



Für viele Lehrer ist die Schule zum Bürokratiemonster geworden.

Ein Berufsstand am seelischen Abgrund: Jeder dritte Lehrer in der Schweiz fühlt sich ausgelaugt und steht vor dem Burnout. Eine neue Nationalfondsstudie kommt zu alarmierenden Resultaten. Rund zwanzig Prozent der befragten Pädagogen geben an, «ständig überfordert» zu sein. Nur schon auf der Oberstufe seien mehr als 10 000 Lehrer akut gefährdet, heisst es im Bericht. Die Betroffenen kommen auch in der Freizeit nicht mehr zur Ruhe und klagen, müde, schwach und krankheitsanfällig zu sein.

Selbst wenn der Befund Burnout heutzutage etwas gar schnell bei der Hand ist: Diese Studie muss zu denken geben, die Aussagen der Lehrer sind ernst zu nehmen. Offenbar leidet hier ein Berufsstand kollektiv an seiner Arbeitssituation. Wenn aber die Schule krankt, wird früher oder später auch der Werk- und Innovationsplatz Schweiz leiden.

Die Weltwoche hat Gespräche mit verschiedenen Volksschullehrern auf der Unter- und Oberstufe geführt. Deutlich wird: Als belastend werden immer wieder dieselben Faktoren bezeichnet. Die Überforderung hat System. Und sie ist zu grossen Teilen hausgemacht. Sie liesse sich also – wir kommen darauf zurück – weitgehend auch vermeiden.

1 — Gewachsene Ansprüche An die Lehrer werden heute wesentlich mehr Erwartungen gestellt als früher. Ein Betroffener spricht von «Heilserwartungen» der Gesellschaft. Will heissen: Die Schule ist zur Reparaturwerkstätte für politisch-gesellschaftliche Fehlentwicklungen und elterliches Erziehungsversagen geworden. Schüler in grosser Zahl, die nicht oder nur radebrechend Deutsch sprechen, oder Kinder, die sich nicht zu benehmen

Die Neudefinition des Berufs führt dazu, dass Lehrer mit ihren Klassen nicht mehr zurechtkommen.

wissen – die Lehrer müssen damit fertig werden und die Defizite ausbügeln. Sie sollen nicht nur unterrichten, sondern auch erziehen und integrieren.

Hinzu kommen, mindestens so wichtig, überzogene und in der Praxis kaum umsetzbare pädagogische Ansprüche. In der Ausbildung wird der Grundsatz vermittelt, aus jedem Kind lasse sich fast alles machen. Die Folge sind breit angelegte, vielfältige Förderprogramme. Ein Heer an Sonderpädagogen, schulischen Sozialarbeitern, Logopäden,

Deutschnachhilfelehrern besucht den Unterricht oder nimmt einzelne Schüler zwecks Sonderförderung heraus – eine Quelle ständiger Unruhe.

Besonders im Schwange – und besonders aufwendig für die Lehrer – ist das sogenannte Individualisieren. Also die Idee, jedem Kind gerecht zu werden und es gezielt zu fördern. Das klingt bestechend; dass die Kinder verschieden sind, ist klar. Auch den Eltern lässt sich das Konzept des Individualisierens gut verkaufen. Für die Lehrer bedeutet das allerdings, konsequent umgesetzt, einen kaum mehr zu leistenden Mehraufwand – in Vorbereitung, Durchführung, Nachbearbeitung. Soll man beim Lernen der Französischvokabeln 24 verschiedene Tempi anschlagen? Sollen die einen bis tausend rechnen, die andern bis zehn?

An seine natürlichen Grenzen stösst der massgeschneiderte Unterricht spätestens beim Übertritt in die Oberstufe. Da werden verbindliche Fähigkeiten und klar definiertes Wissen verlangt. Messbar, für alle. «Aus Tannenholz kann man kein Mahagonimöbel zimmern», sagt der ehemalige Sekundarschullehrer und Zürcher Bildungsrat Hanspeter Amstutz – und bringt damit die überzogenen Erwartungen an das Allheilmittel des individualisierenden Unterrichts auf den Punkt. Wenn Lehrer reihenweise unter den Anforderungen dieser À-la-carte-Schule zusammenbrechen, ist niemandem gedient – zuletzt den Schülern.

2 — Fehlendes Handwerk oder: Wer kann noch eine Klasse führen? Neue Unterrichtsformen wie das erwähnte Individualisieren, Gruppen- und Projektunterricht, selbständiges Lernen bedeuten für die Lehrer mehr Vorarbeit. Damit einher geht eine Neudefinition des Lehrberufs, die wiederum dazu führt, dass Lehrer mit ihren Klassen nicht mehr zurechtkommen. Es herrsche heute ein «diffuses Lehrerbild», sagt ein Praktiker, der regelmässig Studenten von pädagogischen Hochschulen (PH) betreut. Der Lehrer sei kein Lehrer mehr, sondern – so werde es schon in der Ausbildung vermittelt – ein «Moderator» oder «Coach».

Um den autonomen Lehrer zu diskreditieren – lange machte die relative Freiheit den Lehrerberuf attraktiv –, spricht man neuerdings abwertend vom «Einzelkämpfer». Das Team ist heute alles, der Einzelne steht unter Ver-

dacht. Doch die Teamarbeit hat ihren Preis: Der Koordinationsaufwand steigt erheblich. Und die Abwertung der Klassenlehrfunktion schon in der Ausbildung führt dazu, dass viele Junglehrer gar nicht mehr wissen, wie man eine Klasse führt. «Es fehlt oft am handwerklichen Können», sagt ein erfahrener Praktikumlehrer. Eine Untersuchung im Kanton Zürich kam kürzlich zum selben Befund: Die ungenügende Vorbereitung auf die Klassenlehrfunktion wurde dort als grösster Schwachpunkt der Lehrerbildung identifiziert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine vielzitierte Studie von John Hattie, Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Melbourne. Hattie wertete alle verfügbaren Daten zum Schulerfolg in der englischsprachigen Welt aus. Sein Befund: Entscheidend für den Lernerfolg ist der Lehrer und nicht die Ausstattung oder die Lernmethode oder das Geld, das in die Bildung gesteckt wird. Es kommt darauf an, dass der Lehrer eine Persönlichkeit ist und dass er weiss, was er will. Ein erfolgreicher Lehrer dürfe kein blosser Lernbegleiter sein, kein moderierender Architekt von Lernlandschaften. Er müsse vielmehr als Regisseur auftreten, der die einzelnen Schüler überblickt und die Klasse im Griff hat. Das leuchtet ein – doch die jüngsten Entwicklungen laufen, wie geschildert, in die entgegengesetzte Richtung.

Zu beobachten ist eine Art Verantwortungsdiffusion: Kein Lehrer ist mehr allein zuständig, man verzettelt sich in verschiedenen Klassen oder gar Schulhäusern und Orten. So werde es schwierig, «Lernbeziehungen» aufzubauen, sagt eine Sekundarlehrerin.

3 — Die Integration schwieriger Schüler in die Regelklassen «Integrieren statt Separieren»: So lautet ein Hauptprinzip der internationalen Erziehungswissenschaft. Auch in der Schweiz: Sonderschulen und Kleinklassen wurden geschlossen, behinderte, aber auch verhaltensauffällige Schüler in die Regelklassen aufgenommen. Wenn ein Kind eine leichte Leseschwäche hat, stört das den Unterricht natürlich nicht. Das Problem seien vor allem die Schüler mit charakterlichen Defiziten, sagen die befragten Lehrer übereinstimmend. Ein, zwei unverbesserliche Störenfriede reichten, damit die Klasse aus dem Gleichgewicht gerate. Das gilt umso mehr in einem Umfeld, in dem schon die Situation mit den normalen Schülern viele Lehrer vor Schwierigkeiten stellt.

Ein Tabuthema ist zudem die schwierige Integration von Schülern mit Migrationshintergrund – oder generell der anspruchsvolle Unterricht in Klassen mit sehr hohen Ausländeranteilen. Angesprochene Lehrpersonen vertrauen sich kaum, das Problem beim Namen zu nennen, was aber nichts an der problematischen Situation ändert.

4 — Das Rotationsprinzip Für Unruhe sorgen indes nicht nur schwierige Schüler, sondern auch die Lehrer selber. Das hat zwei Ursachen. Immer mehr, vor allem weibliche Lehrkräfte, die längst das Gros des Personals stellen, arbeiten Teilzeit. Manche in Minipensen von wenigen Wochenstunden. Eine seriöse Übergabe von einer Lehrerin zu anderen braucht Zeit: Wie weit ist die Klasse gekommen? Wo hat Hans ein spezielles Problem? Ist Heidi immer noch krank? Der Koordinationsaufwand steigt beträchtlich. Man schreibt sich E-Mails, telefoniert, orga-

Für Unruhe sorgen nicht nur schwierige Schüler, sondern auch die Lehrer selber.

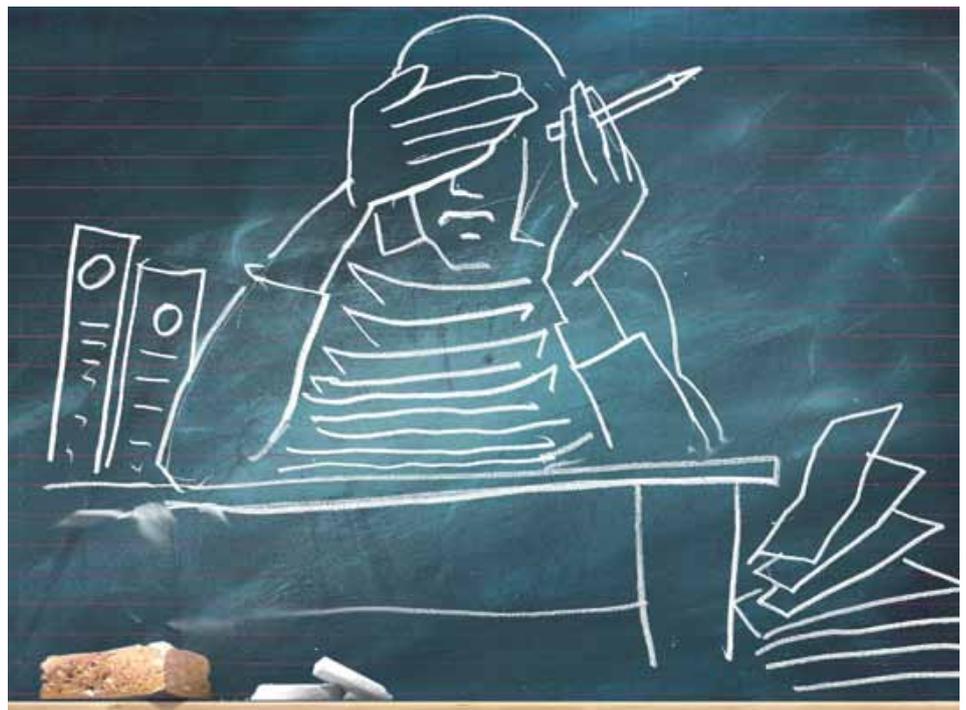
niert, sitzt zusammen – jede Woche stundenlang. «Ein ungeheurer Zeitverlust», klagt ein Lehrer. Eine andere Lehrperson mit Vollpensum schildert, wie die Stundenpläne an ihrer Schule zustande kämen. «Da kommt Lehrerin F. und erklärt, sie könne nur am Freitag unterrichten, da dann das Grosi ihre beiden Kinder hüten. Am Ende wird der ganze Stundenplan um die Bedürfnisse dieser Teilzeitlehrer herum gebaut, und wir können sehen, wo wir bleiben.»

Zugleich bleiben immer weniger junge Lehrpersonen im Schuldienst. Jede zweite quittiert ihn nach fünf Jahren. Das führt zu einem Verlust an pädagogischem und didaktischem Know-how. Man stelle sich vor, jeder zweite Arzt gäbe seinen Job nach fünf Jahren auf. Wertvolles Erfahrungswissen geht verlo-

ren. Für die übrigen Lehrer steigt derweil die Last. «Die verbleibenden müssen viel mehr Einführungsarbeit leisten und laufend Unterstützung für die neuen bieten», sagt eine erfahrene Lehrerin.

5 — In den Klauen des bürokratischen Ungeheuers Mehr Papier, mehr Protokolle, mehr Berichte, mehr Vorschriften, mehr Sitzungen, mehr Elterngespräche, mehr verordnete Weiterbildungen – für viele Lehrer ist die Schule zum Bürokratiemonster geworden. Dieser Zusatzaufwand sei mindestens so belastend wie die teils schwierige Situation im Klassenzimmer. Ein Beispiel sind die überdetaillierten Sprachzeugnisse: In manchen Kantonen werden vier Teilzensuren pro Sprache vergeben. Das macht, bei drei Sprachen, zwölf Rubriken. Die Folge: mehr Tests, mehr Beurteilungen, mehr Arbeit. Bei fraglichem Nutzen. Deutsch mündlich und schriftlich: Reicht das nicht auch? Ein langjähriger Lehrer spricht von einem «Steuerungswahn».

In diesem Zusammenhang taucht eine Figur immer wieder auf: der Schulleiter. Sein Auftrag bestünde darin, die Lehrpersonen in ihrer täglichen Arbeit zu entlasten. Allerdings wird er oft genau andersrum erlebt. «Ich habe schon alles gesehen», berichtet eine Lehrerin. «Mein jetziger Schulleiter ist uns eine grosse Stütze. An der letzten Schule war es umgekehrt und ein wichtiger Grund, warum mir die Stelle verleidet ist.» Manche Schulleiter herrschten wie kleine Fürsten über ihre Reiche. Nicht selten würden gescheiterte Lehrerexistenzen diesen Karriereschritt ansteuern. «Einer meiner Kollegen hat die Schulleiter-



Mehr Papier, mehr Protokolle, mehr Berichte.

ausbildung absolviert», erzählt ein Ostschweizer Primarlehrer. Als er zurückkam, sei er ihm wie «abgerichtet» vorgekommen. Nun werde die ländlich gelegene Schule, die eigentlich bestens funktioniert habe, komplett umgebaut nach dem integrativen Schulmodell. Zur Unzufriedenheit aller. Viele Lehrer hätten sich inzwischen in eine Art innere Emigration zurückgezogen. Der ideale Nährboden für ein Burnout.

6 — Von oben verordneter Reformzwang

Der Tanker Schule driftet in die falsche Richtung – und es wird weiter Vollgas gegeben. Der anstehende Lehrplan 21 (LP 21) mit seinen 4753 Kompetenzen ist die nächste grosse Reform, die über die Schulen hereinbrechen soll. Statt sich auf das Wesentliche zu besinnen, zerstört der LP 21 endgültig bewährte Strukturen: Klassenjahrgänge sind nicht mehr vorgesehen, dafür wird die Volksschule in drei «Lernzyklen» unterteilt. Eine Lehrerin beschreibt, was das heisst: «Schon jetzt müssen wir in langen Teamsitzungen mühsam Jahresziele ausarbeiten, statt dass wir uns unserer eigentlichen Arbeit widmen können: den Unterricht vor- und nachzubereiten.» Die heutigen Lehrpläne seien zu schwammig formuliert. «Es liegen nicht einmal Stufenziele vor.» Mit den Lernzyklen des LP 21 wird diese Situation noch verschlimmert.

Wie retten wir die Lehrer?

Vor kurzem wurde im Kanton Zürich ein Schulversuch gestartet mit dem Namen «Starke Lernbeziehungen». Man hat festgestellt, dass zu viele Lehrpersonen in einer Klasse tätig sind. Kinder können so kaum mehr eine emotionale Beziehung zu ihrer Lehrperson aufbauen, die aber wesentlich wäre für den Lernprozess. Ironie der Geschichte: Die Ausrichtung auf Fachlehrer statt auf eine Klassenlehrperson, die praktisch alle Fächer in der Primarschule noch selber unterrichten konnte, kommt von den pädagogischen Hochschulen selber. Nun soll mit einem Schulversuch der Schulversuch von gestern korrigiert werden und das bewährte Klassen-

Wer kontrolliert die pädagogischen Hochschulen? Hier muss die Politik aktiv werden.

lehrermodell von vorgestern wieder hergestellt werden. Reformitis macht nicht nur krank – sie ist krank.

Entmachtung und bessere Kontrolle der pädagogischen Hochschulen: Die Ausbildung der Primarlehrer wurde unnötig akademisiert, um internationalen Ausbildungskonzepten nachzueifern. Heute müssen angehende Lehrer «wissenschaftliche» Arbeiten vorlegen. Dabei sollte der Fokus der Ausbil-



Die Autonomie zurückgewinnen, wieder pädagogische Unternehmer werden.

dung ganz anders ausgerichtet sein: auf die Persönlichkeit des Lehrers, auf die Herausbildung seiner Führungsqualitäten, auf eine praxisnahe Didaktik. Dazu kommt, dass die pädagogischen Hochschulen Brutstätten von Bildungsreformen sind und die Schulen und Schulbehörden vor vollendete Tatsachen stellen. Ein Beispiel dafür ist die Kompetenzorientierung des Unterrichts, die wie ein Dogma verkündet wird. Wie kommen solche tiefgreifenden Weichenstellungen zustande? Wer kontrolliert die pädagogischen Hochschulen? Hier muss die Politik aktiv werden.

Wirkliche Entlastung: Kleinere Klassen wirken sich spürbar auf den Unterricht aus. Lernziele lassen sich einfacher erreichen wie auch eine bessere Disziplin der Schüler. Dafür müssten im Gegenzug weniger Mittel für sonderpädagogische Massnahmen und Therapeuten ausgegeben werden.

Anreize für Klassenlehrer und Vollzeitpensen: Wer Verantwortung als Klassenlehrer übernimmt oder zu hundert Prozent Schule

gibt, soll das auch finanziell spüren. Mini-Pensen sollen dafür deutlich schlechter entschädigt werden.

Weniger schwurbeln: Etwas mehr Klartext würde der Schule guttun. Zu oft wird um den heissen Brei herumgeredet. Ein freches Kind ist nicht «verhaltensauffällig», sondern frech. Dazu kommt das akademische Gebrabbel der Hochschulen. Ein Beispiel aus dem neuen Lehrplan 21: «Unterrichtsmethoden und Organisationsformen ermöglichen der Lehrperson, auf

Etwas mehr Klartext würde der Schule guttun. Zu oft wird um den heissen Brei herumgeredet.

die heterogenen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Lernenden und die Zusammensetzung der Klasse bzw. der Lerngruppe einzugehen. Sie variieren passend zu den Unterrichtszielen die Inszenierungsmuster, die Lehr- und Lernformen und den Unterrichtsverlauf. Variable Unterrichtsarrangements machen eine Differenzierung vor allem über die Sozialform und das Ausmass an Fremd- bzw. Selbststeuerung möglich.» Und das soll eine praxistaugliche Anleitung für den Unterricht sein?

Mehr Selbstbestimmung: Lehrer müssen wieder ihre Autonomie zurückgewinnen, wieder zu pädagogischen Unternehmen werden. Dazu gehört weniger Methodenzwang und Gängelung von oben. Denn am Ende müssen Lehrer, Kinder und Eltern ausbügeln, was der Reformdrang von Bildungstechnokraten in der Schule anrichtet. Mehr Freiheit, weniger Burnout. ○



«Ich möchte keine Kekskrümel. Ich würde etwas Geld bevorzugen, um mir einen Cheeseburger zu kaufen.»



Crosstrek-Paket:

- Bicolour-Lederinterieur (wahlweise schwarz/beige oder schwarz/rot)
- Navigationssystem (DAB+)
- Ski- und Veloträger
- Frontschutz
- Heckschutz

Wert: Fr. 6'150.-

Sie bezahlen: Fr. 1'900.-

**Sie sparen
Fr. 4'250.-**

CROSSTREK

SUBARU FORESTER 4x4 CROSSTREK AB FR. 37'900.-.

Abgebildetes Modell: Subaru Forester 2.0i AWD Swiss, Lineartronic, 5-türig, 150 PS, Energieeffizienz-Kategorie E, CO₂ 150 g/km, Verbrauch gesamt 6,5 l/100 km. Listenpreis Fr. 36'000.-. Plus Fr. 850.- für Metallic-Farbe. Plus Fr. 1'900.- für Crosstrek-Paket (Wert Fr. 6'150.-). Total Fr. 38'750.-. Gleiches Modell in Farbe Crystal Black Silica Fr. 37'900.-.

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 148 g/km.



SUBARU

Confidence in Motion

DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ

St. Doris spricht

Die Schweizer Umweltbewegten verehren Bundesrätin Doris Leuthard ungefragt als «Schutzpatronin des Klimas». Doch eigentlich enttäuscht die Energieministerin ihre Verehrer.

Von Markus Schär



In merkerscher Manier: Bundesrätin Leuthard.

«St. Doris, werden Sie Schutzpatronin des Klimas», wird in der Kampagne gefordert: Sie zeigt Bundesrätin Doris Leuthard, gewandet wie eine Göttin, mit einem Heiligenschein aus Dampf. Was aussieht wie ein überdrehter *Nebelspalter*-Scherz, meinen die Schweizer Umweltbewegten tatsächlich ernst. Sechzig Organisationen – von den rot-grünen Parteien über die Profiteure von Öko-Subventionen oder Entwicklungshilfe-Milliarden bis hin zum Gewerkschaftsbund – fordern von der Schweizer Politik, die Energieversorgung «auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen», also bis 2030 den CO₂-Ausstoss der Schweiz um 60 Prozent zu senken. Per Klick lässt sich dafür ein Mail an St. Doris schicken. Von den mehr als eine Million Mitgliedern der beteiligten Organisationen taten es bis Redaktionsschluss 17 534 – um den Geisteszustand der Schweizer muss man sich also noch keine Sorgen machen.

Ohne Heiligenschein trat Doris Leuthard am Montag an der Uni Bern auf. Nachdem der Weltklimarat (IPCC) am Sonntag in Kopenhagen seinen Synthesebericht verabschiedet hatte, stellten ihn die Spitzen des IPCC um den Berner Professor Thomas Stocker im Hauptquartier der sechsjährigen Arbeit vor. Und die Bundesrätin, die über Umwelt, Verkehr und Energie gebietet, deutete in ihrem Referat an, wie es mit der Schweizer Klimapolitik weitergeht. Ihre wichtigsten Aussagen:

«Wir warten immer auf die Berichte des Weltklimarates, und der neue kommt zu einer sehr guten Zeit, vor der Klimakonferenz von Lima.» Die «gute Zeit» ist perfekt geplant: Vom 1. bis 12. Dezember findet in der peruanischen Hauptstadt eine der alljährlichen Konferenzen statt, zu denen Tausende von Klimaschützern aus aller Welt jetten, um

folgenlos darüber zu reden, wie sich das Klima schützen liesse. Doch diesmal müsste etwas geschehen, denn die Konferenz von Lima muss jene von Paris im Dezember 2015 vorbereiten, wo die Weltgemeinschaft einen Vertrag mit verbindlichen Zielen zum CO₂-Ausstoss aller Länder schliessen soll.

Am Gipfeltreffen, zu dem Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon im Oktober rief, nahmen allerdings die Oberhäupter von China, Indien und auch Deutschland nicht teil. Der indische Premierminister Narendra Modi sagte gar: «Das Klima hat sich nicht geändert, wir haben uns geändert.» Und in den USA strafte diese Woche die Wähler Präsident Barack Obama für seine diktatorische Energiepolitik am Kongress vorbei ab. Mit seinem Bericht versucht der IPCC deshalb, die Weltöffentlichkeit aufzurütteln: Es bleibt noch ganz wenig Zeit, um die Katastrophe zu verhindern. Dumm ist nur, dass der IPCC das seit zwanzig Jahren sagt – schon mehrere Verfallsdaten sind folgenlos verstrichen.

«Die Klimaerwärmung ist unbestritten. Die Menschen sind hauptverantwortlich für den Anstieg der Temperaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.» Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent stimmten diese Aussagen, verkündeten die Wissenschaftler des IPCC im aktuellen fünften Bericht. Im vierten Bericht von 2007 behaupteten sie es erst mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent. Die Wissenschaftler glauben also mit einer noch grösseren Gewissheit – dabei zeigen sie in ihrem eigenen Bericht grössere Ungewissheiten denn je.

«Das Klima hat sich nicht geändert, wir haben uns geändert.»

Umstritten ist vor allem die Klimasensitivität, also die Frage, wie stark sich das Klima erwärmt, wenn sich der CO₂-Anteil in der Atmosphäre verdoppelt. Im neuen Bericht gibt der IPCC einen Bereich von 1,5 bis 4,5 Grad und einen besten Wert von 3 Grad an – mit einer grösseren Unsicherheit als früher. Dabei zeigen zahlreiche neue Studien, dass der Wert viel tiefer liegen dürfte: Nicholas Lewis und Judith Curry stellen nur die vom IPCC beurteilten Studien zusammen und kommen damit auf einen Bereich von 1,25 bis 2,45 Grad mit einem

besten Wert von 1,64 Grad. Der Klimarat löste das Problem seines Unwissens elegant: In der Zusammenfassung des Syntheseberichts spricht er das heikle Thema gar nicht an.

«Der IPCC-Bericht ist neutral und objektiv, er gibt uns Politikern Leitlinien für das, was wir tun sollten.» Judith Curry, eine führende Atmosphärenphysikerin am Georgia Institute of Technology, sagte im Januar 2014 in einer Anhörung im Kongress: «Ich bin zunehmend besorgt darüber, dass sowohl das Problem des Klimawandels als auch seine Lösung gewaltig übersimplifiziert werden. Aufgrund meiner Forschung zur Ungewissheit frage ich mich, ob diese Dynamik noch gesund ist, sowohl für die Wissenschaft als auch für den politischen Prozess.»

Der Physiker Charles F. Kennel und der Politologe David G. Victor, Spezialist für Klimaverhandlungen, zweifelten gar vor einem Monat in der Zeitschrift *Nature*, dass es sinnvoll sei, wie der IPCC zu verlangen, dass sich die Erde nicht mehr als zwei Grad erwärmen dürfe. Dieses Ziel sei vor vier Jahren «auf dürftiger wissenschaftlicher Grundlage» festgelegt worden: «Seither sind zwei eklige politische Probleme aufgetaucht. Erstens ist das Ziel nicht erreichbar. Zweitens ist es unpraktisch, weil es den Regierungen und den Leuten nicht sagt, was sie tun sollen.» Deshalb erlaube es

den Politikern, Aktivität vorzutäuschen, «während sie tatsächlich kaum etwas machen».

«Wir brauchen eine Transformation unserer Wirtschaft, unserer Technik, unseres Verhaltens, vor allem im Energiesektor, um unsere Emissionen zu senken.» Doris Leuthard will das Leben der Schweizer ändern. Dabei setzt sie weniger auf die Klimapeitsche als auf den Energieknüppel: In der Wintersession ab 24. November streitet der Nationalrat an vier Tagen um die Energiestrategie 2050.

«Wir brauchen eine Transformation von Wirtschaft und Verhalten, um unsere Emissionen zu senken.»

Klar ist: Die Schweizer müssen sich einschränken, denn sie müssen auch die Atomkraftwerke abstellen, die bisher im Mix mit der Wasserkraft dafür sorgten, dass die Schweiz vorbildlich dasteht mit einem CO₂-Ausstoss pro Kopf von 5 Tonnen gegenüber 9 in Deutschland, das den günstigen und verlässlichen Strom mit Braunkohle erzeugen muss, 17 in den USA und gar 21 in Luxemburg. Die Schweizer wollen sich aber nicht einschränken, wie sie in jeder Abstimmung in Gemeinden und Kantonen zeigen. Deshalb will der Bundesrat eine Volksab-

stimmung über die Energiewende krampfhaft vermeiden.

«Wir wollen nächstes Jahr in Paris einen Vertrag mit bindenden Verpflichtungen schliessen. Jedes Land muss bereit sein, seinen fairen Teil zu leisten.» Bei ihrem Auftritt in Bern drückte sich die Bundesrätin um eine Aussage dazu, was die Schweiz als ihren «fairen Teil» anbieten will. Bisher schloss sich die Schweiz der EU an, diese konnte sich gegen den erbitterten Widerstand von Polen darauf einigen, den CO₂-Ausstoss bis 2030 um 40 Prozent zu senken – weil der faule Kompromiss in merkelscher Manier völlig unverbindlich bleibt.

Die Schweiz, die schon vorbildlich dastehe, könne ihren CO₂-Ausstoss nur mit Mühe weiter senken, betonte Doris Leuthard. Sie will stattdessen Ablasszahlungen leisten, nämlich nochmals hundert Millionen Dollar für den Green Climate Fund spenden. Dank diesem Fonds, an der gescheiterten Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 beschlossen, sollen jährlich hundert Milliarden in die armen Länder fliessen, die angeblich am meisten unter dem Klimawandel leiden; neben der Schweiz nimmt aber kaum jemand die Verpflichtung ernst. Das heisst: St. Doris enttäuscht ihre schwärmerischen Verehrer – sie entwickelt sich mit ihrem Taktieren nicht zum Engel, sondern zu Angela. ○

DIE MAGIE VON BANG & OLUFSEN – ZUM GREIFEN NAH

BANG & OLUFSEN

BeoLab 18
Fr. 6'490.-*



5 JAHRE GARANTIE

KAUFEN SIE JETZT UND ERHALTEN SIE 5 JAHRE
GARANTIE AUF AUSGEWÄHLTE PRODUKTE*

bang-olufsen.com

*Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die Bang & Olufsen Standardgarantie umfasst 3 Jahre. Das auf 5 Jahre verlängerte Garantieangebot gilt in der Schweiz bis zum 31. Dezember 2014 beim Kauf eines neuen Lautsprecherpaares BeoLab 18. BeoLab 18: Fr. 6'490.-, unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt. und vRG. Preis für ein Paar Lautsprecher inkl. Frontabdeckung aus Holz und Standfüss. Das Angebot gilt in allen teilnehmenden Bang & Olufsen Fachgeschäften.

Eritrea ist besser als sein Ruf

Das Land am Horn Afrikas sei von einer brutalen Diktatur geprägt, predigen Behörden und Medien unablässig. Über die Erfolge und Fortschritte Eritreas schweigen sie sich aus. Ein Filz an Aktivisten und Oppositionellen verhindert einen unverstellten Blick – regelmässig auch mit Gewalt. *Von Alex Reichmuth*

Der Satz zu Eritrea und Somalia im jüngsten Bericht der Überwachungsgruppe der Vereinten Nationen hat es in sich: Man habe «keine Beweise gefunden, dass Eritrea die Al-Schabab-Miliz während der Zeit unseres Mandats unterstützt hat», schrieb die Gruppe. Jahrelang wurde Eritrea vorgeworfen, die islamistische Terrormiliz in Somalia mit Waffen zu versorgen. Massgeblich deshalb verhängte der Uno-Sicherheitsrat 2009 Sanktionen gegen das ostafrikanische Land. Jetzt also das Eingeständnis, dass eine Unterstützung durch Eritrea nicht belegt werden kann, zumindest nicht in den letzten Jahren.

Diese Neuigkeit fand jedoch in der Schweizer Presse keinen Widerhall. Eritrea gilt bei den Journalisten als «Nordkorea Afrikas» ein Land, wo das Regime schlimmste Gräueltaten begeht – von willkürlichen Inhaftierungen, Folter und Erschliessungen bis zu Sklaverei. Meldungen, die dem Bild vom «Land des Grauens» (*NZZ am Sonntag*) widersprechen, werden dem Publikum vorenthalten.

Zum Beispiel diese Nachricht: Christine Umutoni lobte vor kurzem Eritreas Fortschritte bei der Gesundheitsversorgung. Das Land «muss Afrika und dem Rest der Welt Lektionen darüber erteilen, wie diese Erfolge erreicht wurden», so Umutoni. Diese ist keine eritreische Agentin, sondern überprüft für das Uno-Entwicklungsprogramm (UNDP), wie Eritrea die Millenniumsziele umsetzt – für die gleiche Uno also, die gegen das Land Sanktionen erhoben hat. Umutonis Lob gründet auf harten Zahlen: Seit das Land vor über zwanzig Jahren unabhängig von Äthiopien wurde, ist die Kindersterblichkeit um zwei Drittel gesunken, und die Zahl der Frauen, die bei einer Geburt sterben, wurde gar um 78 Prozent reduziert. Die Malariafälle sind seit 1998 um über 85 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der Tuberkulose Toten innert zwanzig Jahren um 61 Prozent abgenommen hat. Die HIV-Durchseuchung ist mit 0,93 Prozent für afrikanische Verhältnisse sehr tief. Seit der Unabhängigkeit ist die Lebenserwartung stark gestiegen: von 48 auf 63 Jahre.

«Einzigartiger Sinn für Gemeinschaft»

Der Schlüssel zum Erfolg Eritreas sei «eine starke Regierung, die es geschafft hat, das Volk für ein klares Ziel zu motivieren und zu mobilisieren», heisst es im Bericht von Christine Umutoni. Die Führung des Landes habe es erreicht, «einen einzigartigen Sinn für Gemeinschaft

zwischen verschiedenen Ethnien und religiösen Gruppen zu schaffen». Schon früher hatte das UNDP Eritrea bemerkenswerte Erfolge zugestanden – etwa bei der Schulbildung, der Gleichstellung der Geschlechter und dem Umweltschutz. Wie Bilder zeigen, ist auch die Infrastruktur des Landes für afrikanische Verhältnisse in einem erstaunlich guten Zustand.

In der Schweiz ist Eritrea vor allem wegen der vielen Asylbewerber ein Thema. Seit Jahren ist deren Zustrom so gross wie aus keinem anderen Land. Mittlerweile kommen jeden Monat rund tausend Eritreer an. Und fast jeder kann bleiben. Denn gemäss offizieller Lesart kann die Rückreise keinem zugemutet werden. Gefängnis, Folter oder sogar der Tod sollen jeden rückkehrenden Flüchtling in Eritrea erwarten. So hat sich die eritreische Diaspora in der Schweiz innert zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Weil die meisten Eritreer die Integration in die Schweizer Arbeitswelt aber nie schaffen, führen neunzig Prozent von ihnen ein trostloses Dasein als Sozialrentner.

Brutaler Militärdienst ohne Ende?

Zwar hat das Stimmvolk 2013 dem Zustrom an Eritreern einen Riegel schieben wollen und im Rahmen der Asylgesetzrevision beschlossen, dass Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund mehr ist. Denn praktisch alle eritreischen Asylbewerber führen an, vor dem angeblich mörderischen National Service geflohen zu sein – einer Mischung aus militärischem und zivilem Dienst, zu dem Frauen und Männer verpflichtet sind. Doch das Bundesverwaltungsgericht hat den Volksbeschluss ausser Kraft gesetzt und verfügt, dass alle Eritreer, die das Land illegal verlassen haben, bleiben dürfen. Also fast alle.

Eritrea ist gewiss keine Demokratie. Seit der Loslösung von Äthiopien führen Präsident Isaias Afewerki und seine Einheitspartei das Land in diktatorischer Manier. Pressefreiheit gibt es nicht. Junge Eritreer sind verpflichtet, jahrelang im National Service zu dienen. Weit auseinander gehen aber die Aussagen, wie dieser Dienst aussieht. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch sagen, das Regime verheize junge Leute für seine kriegerischen Interessen. Der National Service sei ein brutaler Militärdienst ohne Ende. Regierungsfreundliche Kreise sprechen hingegen von einem weitgehend zivilen Dienst zum Aufbau des Landes. Der Dienst erfolge zu annehmbaren Bedingungen. Jedenfalls zeigen die Fortschritte Eri-

treas bei den Uno-Millenniumszielen, dass das Regime nicht alles falsch macht.

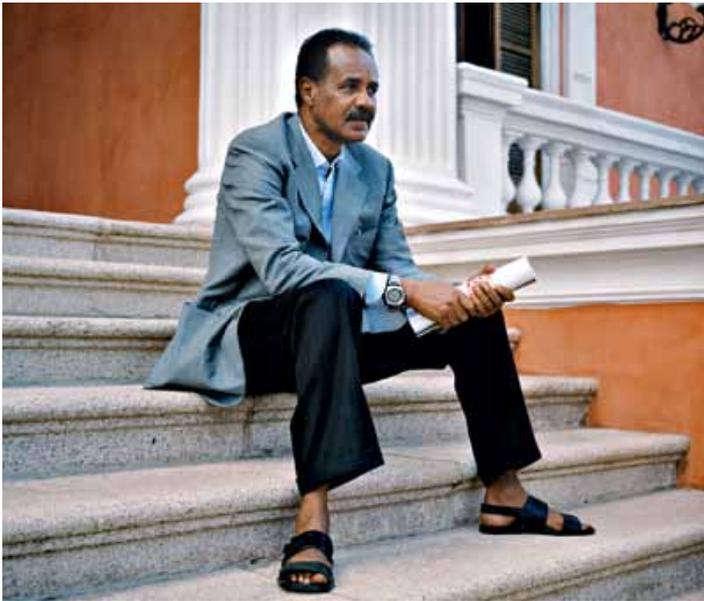
Die Regierung weist Behauptungen über Folter, Mord und Sklaverei im Land vehement zurück. Auch viele Exil-Eritreer der älteren Generation bezeichnen Aussagen über fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen oder Erschliessungen an der Grenze als Lügen. Sie verweisen darauf, dass sich Eritrea noch immer in einem kriegsähnlichen Zustand befinde, obwohl der äusserst blutige Konflikt mit dem Nachbarland Äthiopien 2000 für beendet erklärt wurde. 2002 wies der Schiedsspruch einer internationalen Kommission zwar einige der umstrittenen Grenzgebiete Eritrea zu. Äthiopien aber, das zuvor erklärt hatte, den Schiedsspruch «endgültig und bindend» zu respektieren, machte dessen Umsetzung plötzlich von neuen Bedingungen abhängig. So kommt es immer wieder zu militärischen Scharmützeln, zuletzt 2012.

Bis heute verlangt Eritrea von der internationalen Gemeinschaft vergeblich, dass der Schiedsspruch von 2002 umgesetzt wird. Die USA haben sich bereits unter Präsident George W. Bush entschieden, mit Äthiopien zusammenzuarbeiten, das für ihre strategischen Ziele in Ostafrika wichtiger ist. Eritrea blieb im Regen stehen und wurde international immer mehr isoliert.

Aktivistin als Sonderberichterstatterin

Regierungsnahe Eritreer betonen, dass die ständige Mobilmachung angesichts dieses «No peace, no war»-Zustands zwingend sei und dass sich Eritrea unter diesen Umständen wirtschaftlich nur schwer entwickeln könne. Gehör finden sie jedoch kaum. Denn internationale Organisationen und NGOs haben die Deutungshoheit. Ihre düsteren Berichte über die Zustände im ostafrikanischen Land stützen sich weitgehend auf Eritreer, die das Land im Unfrieden verlassen haben.

Grossen Einfluss hat Sheila Keetharuth. Sie nennt sich Menschenrechtsanwältin und wurde 2012 zur Sonderberichterstatterin für Eritrea ernannt. Auftraggeber ist der Uno-Menschenrechtsrat, der unter anderem die Schweiz mehrfach als rassistisches Land bezeichnet hat. Die eritreische Regierung verweigerte ihr aber den Zutritt zum Land. Überraschend war das nicht: Keetharuth war zuvor jahrelang Aktivistin bei Amnesty International (AI) gewesen. Im August 2011 hatte AI versucht, in einer Geheimmission mehrere Personen in Eritrea zu stationieren, eine da-



«No peace, no war»-Zustand: eritreischer Präsident Afewerki.



«Wer die Regierung unterstützt, ist ein Verräter»: Aktivist Saleh.



«Einzigartiger Sinn für Gemeinschaft»: Billardklub in der Hauptstadt Asmara.



Moderne Infrastruktur: Asmara.



Kultureller Austausch: Bar «Vittoria», Asmara.



Lektionen für Afrika und den Rest der Welt: Strasse nach Massaua am Roten Meer.

von als katholische Nonne verkleidet. Gemäss Dokumenten, die der *Weltwoche* vorliegen, sollten die AI-Aktivistinnen in Eritrea den Sturz der Regierung vorbereiten.

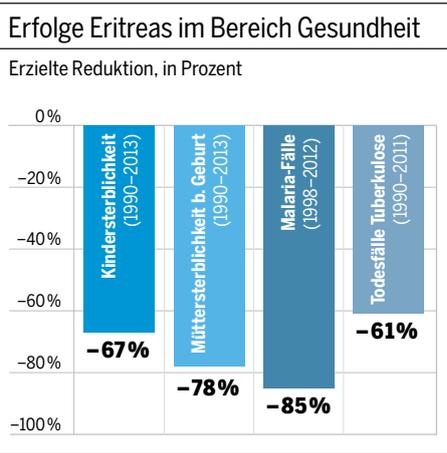
Wie erwartet, verurteilt Keetharuth Eritrea regelmässig scharf. Allein 2012 seien mehr als 300 000 Eritreer aus dem Land geflohen. Dass viele Eritreer bei der Überfahrt über das Mittelmeer ertrinken, interpretierte die Sonderberichterstatterin so: «Es zeigt die Verzweiflung derer, die sich entschieden haben, zu fliehen trotz den extremen Gefahren auf den Fluchtwegen und einer ungewissen Zukunft.» Keetharuth behauptete sogar, Eritreas Gesundheitsversorgung sei prekär – ungeachtet der Resultate ihrer Uno-Kollegin Christine Umutoni. Sheila Keetharuth verlässt sich dabei weitgehend auf Aussagen von oppositionellen Exil-Eritreern. Unter anderem weilte sie in der Schweiz, um hier Informationen «aus erster Hand» von Flüchtlingen zu bekommen. Es ist, als würde man für ein Urteil über die EU nur Vertreter der britischen Anti-Europa-Partei Ukip befragen oder den Nutzen des kapitalistischen Systems durch Jean Ziegler einschätzen lassen.

Auch die Medien und Behörden der Schweiz orientieren sich weitgehend an den Aussagen oppositioneller Aktivistinnen. Grosse Beachtung erhielt insbesondere Said Saleh. Er bekam 2010 Asyl und gehört einer militanten Oppositionsgruppierung an. Der *Tages-Anzeiger* und das Schweizer Fernsehen räumten seinen Aussagen breiten Raum ein. Auch Kidane Girmay konnte in mehreren Porträts ausführlich die angeblich schlimmen Zustände in Eritrea schildern. Girmay ist ebenfalls anerkannter Eritrea-Flüchtling und Mitglied einer oppositionellen Bewegung.

Behinderten Sänger verprügelt

Das Wirken solcher Oppositionsgruppen ist – gelinde gesagt – zweifelhaft. Seit einigen Jahren greifen oppositionelle Eritreer regelmässig Landsleute bei diesen Treffen an und lassen die Fäuste fliegen. Immer wieder gibt es Verletzte. Im Januar 2012 trat der eritreische Sänger Zematch an einem Konzert in Zürich auf. Seine Botschaften passten den Oppositionellen nicht. Eine Schlägertruppe verprügelte den behinderten Künstler und zerstörte seine Beinprothese. Zematch soll sich für das Bezahlen der Aufbausteuer an Eritrea eingesetzt haben, beschwichtigte Said Saleh im Nachhinein. «Wer die Regierung unterstützt, ist ein Verräter», meinte er. Im März 2012 wurden Dutzende Regimegegner in Bern in einem Saal handgreiflich, wo regierungsnahen Eritreer ein Podium abhielten. Das Podium sei als «Regierungspropaganda» angelegt gewesen, sagte Saleh danach.

Im Juni 2013 wurden im aargauischen Rombach Vertreter eines eritreischen Vereins angegriffen, offenbar mit Steinen, Holzlatten und



Messern. Drei Personen mussten ins Spital. Im gleichen Monat machte ein Überfall auf ein Eritrea-Fest in Dietikon Schlagzeilen. Daran beteiligt war der vielporträtierte Kidane Girmay. Trotz Grosseinsatz der Polizei landeten neun Verletzte im Spital. Die *Wochezeitung* zitierte einen anonymisierten oppositionellen Eritreer: «Uns stört, dass sich die Regierungstreuen immer heimlich treffen.» Von Meinungs- und Versammlungsfreiheit scheinen die Vorkämpfer für demokratische Verhältnisse in Eritrea nichts zu halten.

Schweizer Medien und Behörden orientieren sich an den Aussagen oppositioneller Aktivistinnen.

Angriffe gibt es auch im Ausland – etwa an einem Eritrea-Festival im deutschen Giessen. Toni Locher, Honorarkonsul für Eritrea in der Schweiz, erlebte 2012 dort einen Überfall selber mit. «Ich hatte Todesangst», erinnert er sich. Locher, für viele Oppositionelle eine Hassfigur, wurde danach im Internet zur «Affen-Jagd» freigegeben. «Ich erhielt auch Morddrohungen von tonangebenden Regimegegnern in der Schweiz», so Locher.

Grüne wollten Eritrea-Fest verbieten

Statt die Versammlungsfreiheit hochzuhalten und das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen, verlangte das Giessener Stadtparlament, das Eritrea-Festival zu verbieten – auf Antrag der Grünen. Die Veranstalter entschieden, ins italienische Bologna auszuweichen. Vor der ersten Durchführung im letzten Juli tauchte ein «Demonstrationsaufruf gegen das Festival des eritreischen Regimes» auf. Prompt kam es am Fest wieder zu Schlägereien.

In der Schweiz wird jede Diskussion abgeblockt. «Die Situation in Eritrea ist schlimm. Punkt», titelte die *NZZ* apodiktisch. Die gleiche Haltung herrscht bei Behörden vor. Massgeblichen Einfluss auf Asyl- und Migrationsbeamte übt der Anthropologe David Bozzini aus, Eritrea-Länderexperte beim Bundesamt für Migra-

tion. Der Wissenschaftler wirkt gleichzeitig als Aktivist. 2012 unterzeichnete er einen offenen Brief an das Bundesparlament, in dem sich «Freunde Eritreas und seiner Bürger, die gegen die eritreische Regierung eingestellt sind» dagegen wehrten, dass Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund gelten sollte. Dass auch Said Saleh den Brief unterzeichnete, der regelmässig tätliche Angriffe verharmlost, störte Bozzini offenbar nicht.

«Flüge nach Eritrea ausgebucht»

Einfluss auf die Behörden hat auch Fabienne Glatthard, Verfasserin der Doktorarbeit «Angst vor Überwachung in der eritreischen Diaspora der Schweiz». Glatthard verharmlost Gewaltangriffe von Exil-Eritreern: Die eritreische Opposition lege langsam die Angst ab und beginne sich stärker zu organisieren, meinte sie gegenüber der *Wochezeitung*. Glatthard ist eng mit David Bozzini verbunden. In ihrer Doktorarbeit dankte sie ihm explizit für «zahlreiche wertvolle Gespräche». Sie tritt regelmässig mit ihm auf – etwa 2013 an einer Tagung der Zürcher Asylkoordinatoren.

Die FDP will prüfen lassen, ob Eritreer in ihr Heimatland zurückgebracht werden können. Links-grüne Politiker verwarfen sofort die Hände. Dass aber viele anerkannte Flüchtlinge vorübergehend nach Eritrea reisen, etwa um Verwandte zu besuchen oder eine Frau zu finden, ist in eritreischen Kreisen ein offenes Geheimnis. «Im Sommer sind die Flüge in die Hauptstadt Asmara jeweils ausgebucht», bestätigt ein Insider. Trotzdem dürfte das Eritreer-Problem der Schweiz nicht so einfach zu lösen sein: Eritrea nimmt nur diejenigen Landsleute definitiv zurück, die freiwillig kommen.

2006 hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) ihr Büro in Eritrea geschlossen. Die Bedingungen der Regierung, um Entwicklungsprogramme durchzuführen, seien unannehmbar, führte die Schweiz an. Das sehen nicht alle so. Die Europäische Union etwa unterhält mehrere Entwicklungsprogramme in Eritrea. Selbst die Uno arbeitet, ungeachtet der Sanktionen, in Sachen Entwicklung mit der eritreischen Regierung zusammen.

Vor einigen Tagen hat Pablo Loosli die Schweiz zu Entwicklungsprogrammen in Eritrea ermutigt. Allzu viel Hoffnung, auf Gehör zu stossen, hat der ehemalige Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes in Eritrea offenbar nicht. «Ich frage mich, wie ernsthaft sich die Schweiz bemüht, zu erfahren, wie es vor Ort wirklich ist», meinte Loosli. Seine Zweifel sind nachvollziehbar. Im Oktober bereiste Staatssekretär Yves Rossier mehrere Staaten Ostafrikas, unter anderem Kenia, Äthiopien und Somalia. Eritrea stand nicht auf seiner Agenda. ○

«Entdecken Sie heute unser neustes Meisterwerk!»

Jakob Schuler

Der neue Spitzenjahrgang



Degustations-
Rabatt
-43%

IL GOVERNO NOBILE, SELEZIONE FELLINI 2013: Geschmeidig, fruchtig und aromatisch

Vinifikation: Governo, die Ursprungsmethode des Amarone und des Ripasso

Herkunft: Toscana, Chianti-Gebiet, **Traubensorte:** Sangiovese, Merlot, Colorino **Ausbau:** 3 Monate in Barriques, **Farbe:** Sehr dichtes Kirsch, violette Reflexe, **Bukett:** Intensiv, warm, Konfitüre, schwarze Beeren, Dörripflaume, reife Kirschen, süssliche Gewürze, Pfeffer, mediterrane Kräuter, **Geschmack:** Weicher Antrunk, dicht, schöne ausgewogene Struktur, gut eingebundene Gerbstoffe, aromatisch, reife Kirschen, Dörripflaume, Gewürze, langer Abgang, **Alkohol:** 13.5 Vol.%, **Idealalter:** 2014 – 2018, **Genuss zu:** Wildgerichte, Lamm, rotes Fleisch, Grilladen.

6 Flaschen IL GOVERNO NOBILE + 2 luxuriöse Weingläser für nur CHF **79.-** statt CHF 139.20



Gleich bestellen! Gratis SMS an 880

Senden Sie eine kostenlose SMS mit Kennwort **GENUSS 1** (für 1 Paket) oder **GENUSS 2** (für 2 Pakete) + Name, Adresse an die Zielnummer 880.

Beispiel: *GENUSS 2, Hans Muster, Musterstrasse 9, 9999 Musterstadt.*



www.schuler.ch



Tel.: 041 819 33 33

Geniessen ohne Risiko:

Sollte Ihnen wider Erwarten dieser Wein nicht munden, erhalten Sie **den vollen Kaufpreis zurückerstattet!**

Ja, bitte senden Sie mir _____ **Meisterwerk-Pakete** mit 6 Flaschen IL GOVERNO NOBILE 2013 und 2 exklusive Kristall-Weingläser zum Netto-Preis von nur **CHF 79.-** statt CHF 139.20. Wir schenken Ihnen die Versandkosten im Wert von CHF 9.50 bei einer Bestellung von 2 Meisterwerk-Paketen.

Streng limitierte Menge: Max. 2 Meisterwerk-Pakete pro Haushalt

Coupon in Kuvert einsenden an: SCHULER St. JakobsKellerei, Franzosenstrasse 14, 6423 Seewen-Schwyz.

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Tel.-Nr. (für Rückfragen) _____

E-Mail (für Rückfragen) _____

Geburtsdatum (wir liefern ausschliesslich an Erwachsene) _____

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich mit unseren Geschäftsbedingungen einverstanden. Diese finden Sie auf www.schuler.ch/agb. Die Besteller sind mit der Erfassung Ihrer Daten einverstanden, um auch in Zukunft Informationen der SCHULER St. JakobsKellerei zu erhalten. Wir liefern ausschliesslich an erwachsene Personen.

Über 300 Jahre Weinkultur

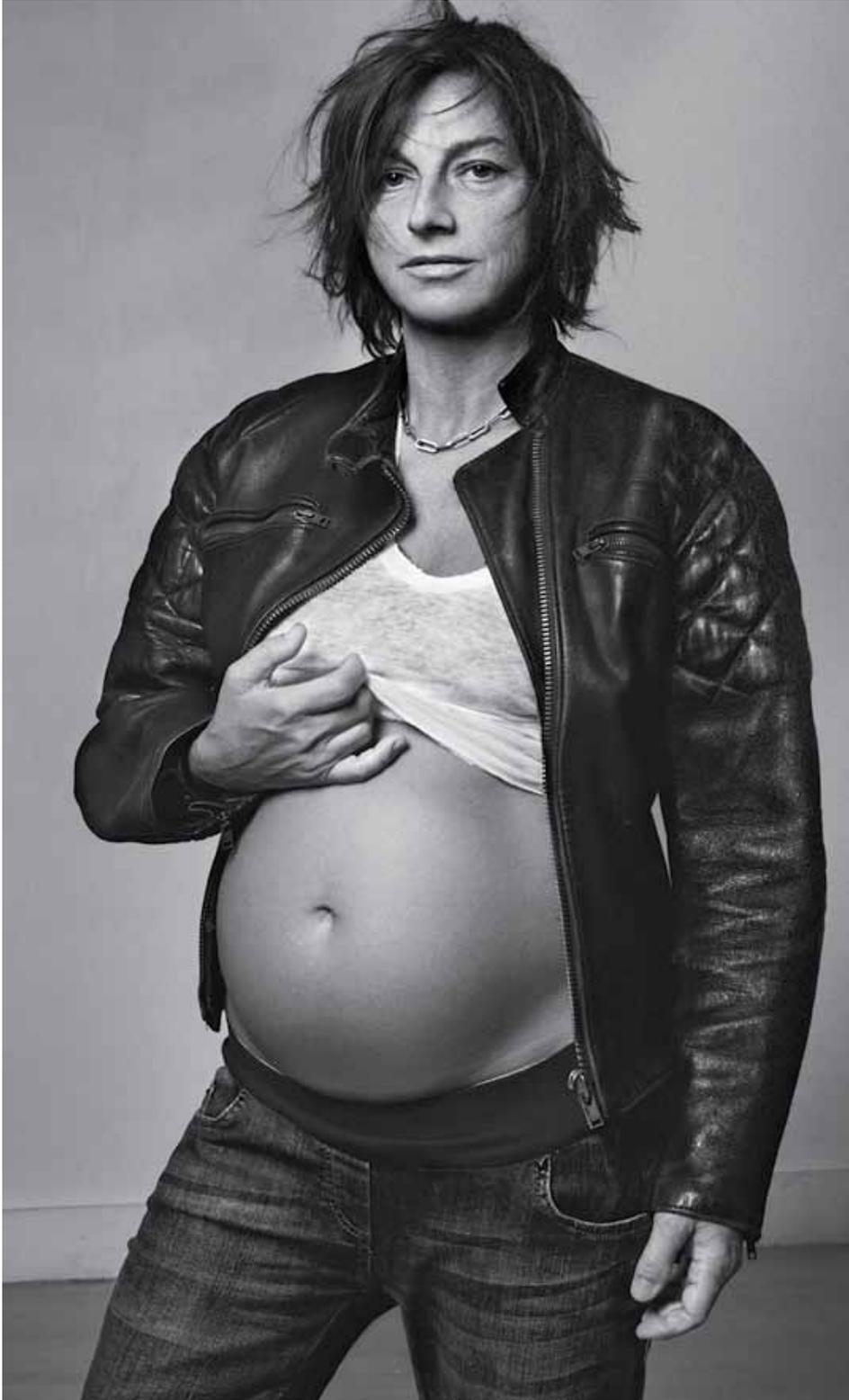
SCHULER
ST. JAKOBSKELLEREI 1694

Nur gültig solange Vorrat oder bis 15. Dezember 2014

n1411b001.66

Kalte Perfektion

Das Frauenförderungsprogramm von Apple und Facebook sieht vor, dass potenzielle weibliche Führungskräfte ihre Eizellen einfrieren können, um später Kinder zu zeugen. Höchste Zeit für ein paar widerspenstige Gedanken. *Von Regula Stämpfli*



Eine höchst politische Angelegenheit: Rockstar Gianna Nannini (54).

Gibt es eine Altersobergrenze für Frauen, um Mutter zu werden? Gibt es moralische Grenzen? Sind siebzugjährige Mütter in Zukunft ebenso üblich wie die zeitgenössischen spätberufenen Grossväterpapas? Bedeutet *social freezing* mehr Emanzipation? Ist es gar Ausdruck der sexuellen Revolution 2.0? Einmal mehr verstand es der Chefredaktor der *Weltwoche*, Roger Köppel, mich aus der Reserve zu locken. Denn er weiss genau, dass die Frage nach der Reproduktion immer ins Wespennest frauenspezifischer Kämpfe sticht. Lassen Sie mich also rumschwirren.

Die Absurdität liegt schon im Begriff des «sozialen Einfrierens». «Sozial» bedeutet gemeinhin (mit Ausnahme vielleicht vieler *Weltwoche*-Leser, bitte hier Ironie-Detektor einschalten) «warm, fürsorglich, gemeinschaftlich» und ist positiv konnotiert, während wir intuitiv das Einfrieren mit «kalt» und «abweisend» in Verbindung bringen – Hans Christian Andersens Schneekönigin lässt grüssen. Dann einige Worte zur Technik: *social freezing* bedarf eines hormonellen und operativen Eingriffs an gesunden Frauen. Müssten sich Männer wochenlang einer Hormontherapie unterziehen, um sich unters Messer zu legen, um ihre Samenstränge zu konservieren, sähe die Berichterstattung über Apple und Facebook wohl anders aus. Doch der weibliche Körper eignet sich immer noch bestens, um darauf/darin die herrschenden Ideologien auszufechten. Frauen haben ihren Körper noch jeder herrschenden Ideologie angepasst (siehe Klitorisbeschneidungen, Schönheitsobsessionen, chinesische Krüppelfüsse), insofern ist der Enthusiasmus vieler Frauen verständlich.

Ja, es gibt biologische Grenzen für die Mutterschaft. Die gibt es auch für die Vaterschaft. Ein unfruchtbarer Mann wird nie eigene Kinder haben. Punkt. Wer nun aber meint, mit *social freezing* auch einer 70-Jährigen locker zur Mutterschaft zu verhelfen, irrt. Die Fortpflanzungstechniker empfehlen den Zuzug einer Leihmutter schon ab 35 Jahren. Das Prozedere ist alles andere als einfach und die Fehlgeburtsrate hoch. Mehrlingsschwangerschaften sind üblich. Das Social Freezing zieht viele Folge-Fortpflanzungstechniken nach sich. Erlauben Sie mir nochmals einen Hinweis auf den Geschlechtertausch: Würden Männer ihre Samenstränge einfrieren im Wissen, dass sie diese in zwanzig Jahren in einen «Leih-Schwanz» einpflanzen müssten, nur um Papa zu werden – die Diskussion um Samenbanken verlief völlig anders. Deshalb ist die zunehmende Unfruchtbarkeit der Männer auch tabu. Der potente Siebzugjäh-

rige wird im Jahr 2050 auch nur «sein» Reagenzglas-Kind spazieren fahren. Was hier via Apple und Facebook locker als neue Praxis für Kinderaufzucht propagiert wird, ist nichts anderes als die schrittweise Einführung eines Menschenparks, die grosse politische, rechtliche und gesellschaftliche Fragen nach sich zieht.

Nehmen wir allein die Leihmutterchaft: Radikalfeministinnen beharren auf der völligen Wahlfreiheit der Frau, egal, wie sehr sie damit alle anderen Frauen versklaven. Die «Herstellung» von Föten, Embryos und Babys soll gemäss «Sternstunde»-Moderatorin Barbara Bleisch und Andrea Büchler, Professorin für Privatrecht, beispielsweise auf die Stufe eines legalisierten Organhandels gestellt werden, wie sie in der NZZ schreiben. Kinder sollen ohne Einschränkung und weltweit in Auftrag gegeben werden können. Im Nachhinein würde dann den Kindern der Leihmütter im Herkunftsland der zahlenden Kundinnen der Stempel «leiblich» verpasst. «Schweizer Babys ab indischer Presse» sozusagen, wie ich dies auch schon für die *Basler Zeitung* formuliert habe.

Nun vergessen die NZZ-Gastautorinnen, dass die Wahlfreiheit der Frauen direkt vom Kauf einer anderen Frau abhängt. Büchler und Bleisch argumentieren, dass die Dienstleistung einer Leihmutter mit der einer Tänzerin in einem Cabaret zu vergleichen sei – beide benützten ihren Körper. Mit einer derartigen

Logik sollte man beim Metzger locker zwischen Katzen-, Hunde-, Menschen-, Rind-, Pferde- und Schweinefleisch auswählen können. Wie bei der «Sexarbeit» werden bei der Leihmutterchaft die Ausschachtung, der Mehrwert und die «emotionslose» Verwertung des menschlichen Körpers propagiert. Shakespeare war mit seinem «Kaufmann von Venedig» und der Idee, Geld und Menschenfleisch gleichzusetzen, wahrhaftig ein Visionär.

Social freezing ist nicht einfach eine medizinische Technik, sondern eine höchst politische Angelegenheit.

Social freezing ist eben nicht einfach eine medizinische Technik unter vielen, sondern eine höchst politische Angelegenheit. Sie sollte auch als solche behandelt werden. Menschenfleisch ist kein privatrechtlicher Gegenstand, selbst wenn uns dies die Mediziner und Privatrechtler je länger, je mehr einreden wollen. Deshalb sollten für die Reproduktionstechnologie dieselben Regeln wie bei einer Abtreibung gelten: Sie ist möglich, muss aber die Ausnahme sein. Das heisst nicht, dass ältere Frauen nie kleine Kinder aufziehen sollten, im Gegenteil! Seit Jahrhunderten ziehen Grossmütter und Grossväter, Tanten, Onkel, Anverwandte, grosse Geschwister und Mentoren Kinder auf, die sie nicht selber

gezeugt haben. Wie die neuere Genforschung zeigt, gleichen sich sogar die Gene von befreundeten oder eng zusammenlebenden Menschen an. Es ist nicht erstaunlich, dass der Enkel meines Verlegers ihm völlig ähnlich sieht, obwohl seine Tochter ein Adoptivkind ist.

Es gibt noch einen weiteren Grund, die von Apple und Facebook angestrebte Welt des Machbarkeitswahns zu durchbrechen: Mit sexueller Revolution hat *social freezing* gar nichts mehr zu tun. Sondern mit dem, was der Philosoph Robert Pfaller die «Angst vor dem Genuss» nennt. Der Idee der kalten Perfektion wird dann alles geopfert. Darin sind die Frauen übrigens die perfekten Mittäter. Eine junge, gesunde Frau, die ihre Eier einfrieren lässt, ist dem islamistischen Selbstmordattentäter strukturell ähnlicher, als sie sich dies je eingestehen würde. Beide dienen einem System, das den eigenen Körper als Mittel für einen übergeordneten Zweck – Privatwirtschaft hier, Allahs Reich dort – vorbehaltlos zur Verfügung stellt.

Noch was: Die Diskussion ist völlig absurd. Wer Kind und Karriere verbinden will, braucht keine Gefriertruhe und fremde Gebärmutter! Karriere und Familie sind ohne Altersgrenze und Gefrier-Eier locker zu haben. In den skandinavischen Ländern, in Frankreich und in Belgien. Bedingung? Gute Kinderkrippen und Tagesschulen (sorry, Roger Köppel!). Und ja: die Risikobereitschaft zur Liebe. ○



**Wo KMU
einfach
ins Geschäft
kommen.**

Wir sind einfach Bank.

VALIANT

WERTE, DIE SIE WEITERBRINGEN

Freund und Feind

Als Gerhard Schwarz 2010 von der *Neuen Zürcher Zeitung* zu Avenir Suisse wechselte, erwarteten viele eine staatskeptische Wende. Eine Zwischenbilanz indes zeigt: Unter dem ehemaligen Linkenschreck geriet die liberale Revolution beim Think-Tank ins Stottern. Von Florian Schwab und Sebastian Magnani (Bild)

Seine samstäglichem Leitartikel in der *Neuen Zürcher Zeitung* trugen kraftvolle Titel wie «Chancen für einen marktwirtschaftlichen Ruck» oder «Im Zweifel für die Freiheit». Für die einen war Gerhard Schwarz als Chef der NZZ-Wirtschaftsredaktion die wichtigste liberale Stimme im Land, für die anderen folgerichtig der schwarze Ritter eines bösen «Neoliberalismus». Die linke *Wochenzeitung* arbeitete sich fast systematisch an dem «ewigen Chefideologen der NZZ» ab, der *Tages-Anzeiger* heftete ihm rückblickend das Etikett eines «Hüters des liberalen Grals» beim Konkurrenzblatt «im Dunstkreis des Liberalen Instituts» an. Bei jeder Gelegenheit wird erwähnt, dass Schwarz Mitglied der Mont Pèlerin Society sei, einer vom österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek mitbegründeten Gesellschaft liberaler Ökonomen.

«Ein wenig Papst»

Als der Wirtschaftswissenschaftler mit Universität-St.-Gallen-Dokortitel im Jahr 2010 zum Chef des Think-Tanks Avenir Suisse wurde, der mit einem Budget von fünf Millionen Franken pro Jahr zu den am besten dotierten Institutionen seiner Art zählt, weckte dies bei den einen Hoffnungen und bei den anderen Befürchtungen. Für den *Tages-Anzeiger* war klar: Mit der Personalie unterstreiche die Denkfabrik ihre «prononciert liberale Ausrichtung». Positiv gemeint war das nicht. Im gleichen Blatt ätzte der gefeierte Edelschreiber Constantin Seibt, es gehöre offenbar zur «kapitalistischen Wirklichkeit», dass der «Ökonom, der ein wenig Papst war» und welcher der «ordoliberalen Trockenheit der Botschaft» eine «archaische Wucht der Sprache» entgegengesetzte, nun in der «Konzernkommunikation» angekommen sei.

Ende 2014 geht Schwarz' erste Amtszeit bei Avenir Suisse zu Ende. Ein guter Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz. Auf den ersten Blick fällt diese gemischt aus: Einerseits hob Konrad Hummler in der *Sonntagszeitung* die Denkfabrik und deren Direktor Gerhard Schwarz jüngst auf den Schild, um den gordischen Knoten in den Beziehungen der Schweiz zur EU nach der Masseneinwanderungsinitiative zu durchhauen. Andererseits wirft *Weltwoche*-Kolumnist Kurt W. Zimmermann dem Think-Tank vor, sich mit seinen Plänen zur Medienfinanzierung auf dem Weg in Richtung «Kommunismus» zu befinden. Selbst Schwarz' ehemaliges Hausblatt, die NZZ, bekam nach eigenem Bekunden «Ohrensausen», als Avenir Suisse

vor einem Monat den Vorschlag einer obligatorischen Pflegeversicherung lancierte. Solche Vorschläge goutieren auch Schwarz' ehemalige Weggefährten vom Liberalen Institut nicht, das sich als intellektuelle Stimme des Liberalismus in der Schweiz versteht.

Wir treffen den Avenir-Suisse-Direktor an seinem neuen Geschäftssitz im beschaulichen Zürcher Stadtteil Höngg. Hier teilt sich die Organisation seit knapp einem Jahr mit der Redaktion des *Schweizer Monats* ein geräumiges, helles Stockwerk. «Wir haben genug Platz für

Im Gespräch verliert das einstige Feindbild der linken Intelligenz kein böses Wort über jemanden.

kleinere Veranstaltungen», freut sich der Hausherr im graubraunen Anzug mit Krawatte und sorgsam gestutztem Schnauz. Wer die Geschliffenheit von Schwarz' NZZ-Artikeln noch im Ohr hat und weiss, dass er auch im E-Mail-Verkehr zuweilen schneidend formuliert, ist freudig erstaunt über die offene und humorvolle Kommunikation, die der Ökonom von Angesicht zu Angesicht pflegt. «Ja», sagt er, «wenn man jemandem gegenüber sitzt, dann kann man auch mal die Hände werfen und so ein bisschen die Schärfe nehmen.»

Schwarz' Eckbüro ist nicht allzu gross. Auf dem Tisch liegt die neueste Ausgabe des britischen *Economist*. Weit oben im Bücherregal steht «Der Weg zur Knechtschaft» von Friedrich August von Hayek. Es ist auch Schwarz' Ver-

dienst, dass man Hayek in der Schweiz so gut kennt. In unzähligen Leitartikeln rief er ihn zum Kronzeugen gegen die «Anmassung von Wissen» von Seiten der Bürokraten, Politiker und Intellektuellen auf, postulierte die Überlegenheit einer spontanen Marktordnung im Vergleich zu den hochtrabenden Plänen noch so intelligenter Leute, pries mit Hayek den «Wettbewerb als Entdeckungsverfahren».

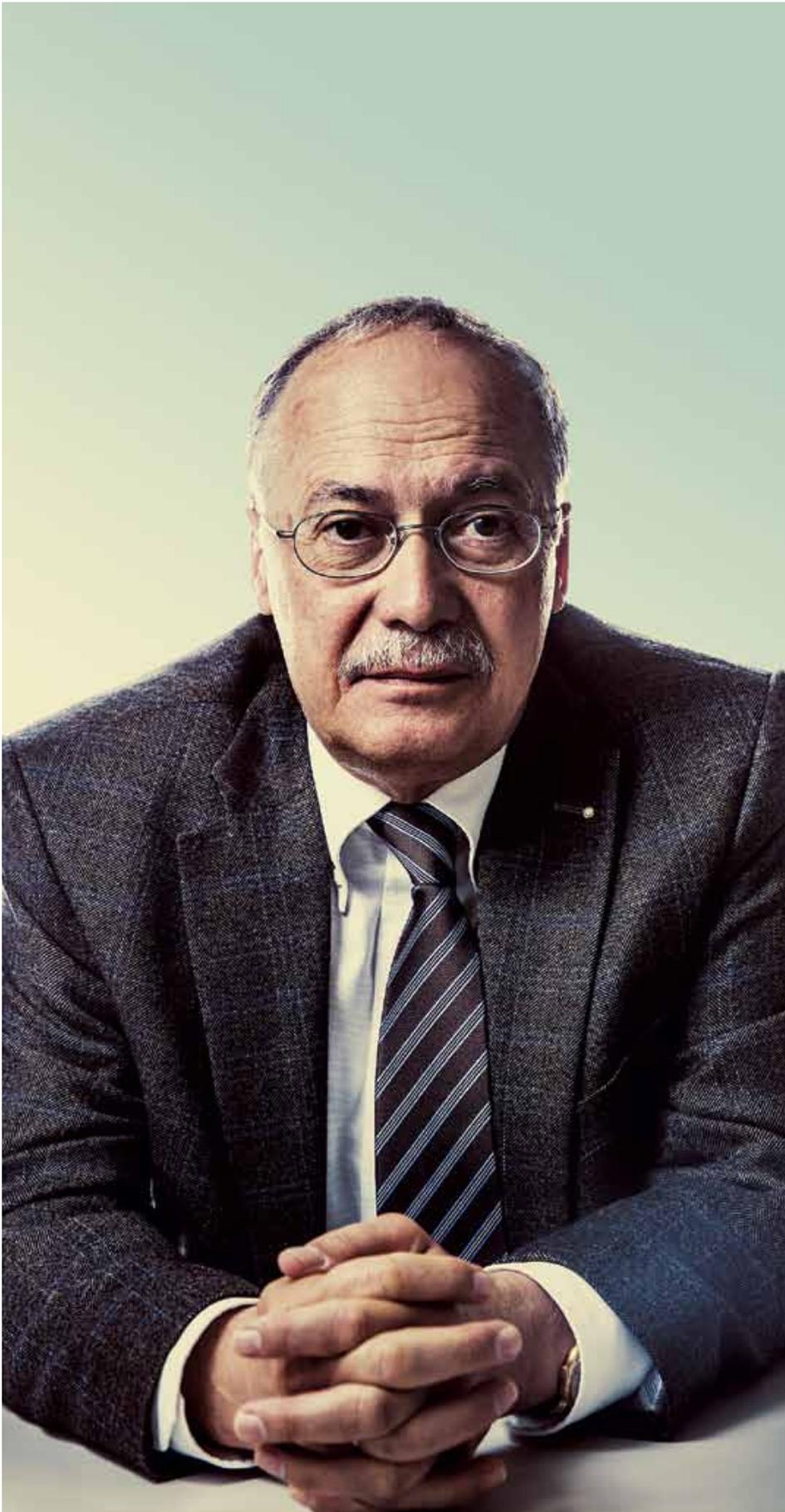
Für Freund und Feind bleibt Schwarz bis heute ein wenig rätselhaft. Das Private hält er privat. Man weiss, dass er aus Vorarlberg stammt und als Gymnasiast einmal an einer Demonstration teilnahm, die sich gegen die Taufe eines Bodensee-Schiffes nach einem verstorbenen sozialistischen Staatspräsidenten richtete. Nach der Matur studierte er in St. Gallen Volkswirtschaftslehre. Sein Lizenziat erhielt er mit einer Auszeichnung – eine Ehre, die im selben Jahr nur einem einzigen weiteren streitbaren Geist zukam, den es später auch in den publizistischen Dienst verschlug: Res Strehle, auch er Doktor der Ökonomie mit HSG-Diplom. Schwarz ist verheiratet und Vater von drei erwachsenen Töchtern.

Vorwurf des Kommunismus

Er ist so hervorragend mit den Wirtschaftsführern vernetzt, wie man es von einem erwarten kann, der jahrzehntelang für das Hausblatt der Schweizer Wirtschaft schrieb. Eine recht vertrauliche Beziehung soll er mit Josef Ackermann unterhalten haben – wie Schwarz ist auch er Katholik und als solcher ein Exote im Wirtschaftsleben der Zwinglistadt. Bekannte berichten, dass es Schwarz schmerzt habe, wenn sich die Konzernchefs jeweils bei Anlässen wie dem ISC-Symposium oder dem World Economic Forum zu den liberalen Prinzipien der Marktwirtschaft bekannt hätten, dann aber flink den Wettbewerb ausgeschaltet hätten, wenn es ihnen einen Vorteil brachte. Dennoch: Im Gespräch verliert das ehemalige Feindbild der linken Intelligenz kein böses Wort über jemanden.

Entgegen seinen Kritikern aus der liberalen Ecke ist Schwarz überzeugt, dass man in der Arbeit von Avenir Suisse eine klar liberale Handschrift erkenne. Auf die Frage, was eine obligatorische Pflegeversicherung oder ein Mobility Pricing mit dem zu tun habe, was er in der NZZ vertreten habe, entgegnet Schwarz: «Die Pflicht, für mein Alter vorzusorgen, ist ein weniger grosser Eingriff in meine Freiheit, als die Pflicht, mit meinen Steuern die Pflege ande-





Exote im Wirtschaftsleben der Zwinglistadt: Gerhard Schwarz.

rer zu finanzieren.» Die vorgeschlagene Lösung basiere zwar nicht auf dem liberalen Postulat der Eigenverantwortung, aber sie sei «im Vergleich zur aktuellen Situation eine Verbesserung». Eine ähnliche Argumentation beim Mobility Pricing: Es gehe darum, für Mobilität «verursachergerechte» Gebühren zu erheben. Schwarz kann damit leben, dass Avenir Suisse mit diesem Vorschlag linken Ökonomen eine Steilvorlage bietet, welche das Auto wegen allerhand «externer Effekte» stärker belasten möchten, solange gleichzeitig auch die Subventionierung des öffentlichen Verkehrs zurückgefahren werde. Die Mobilität sei insgesamt zu billig, und verzerrte Preise seien Gift für Freiheit und Wohlstand.

Den Vorwurf des «Kommunismus», wie ihn Kurt W. Zimmermann im Zusammenhang mit der Medienfinanzierung erhob, findet Schwarz doppelt absurd. Er sei inhaltlich unsinnig, weil die Medienhäuser selbstverständlich nach Produktdifferenzierung strebten, das von Avenir Suisse vorgeschlagene Service-public-Angebot also nie etwas anderes als eine Ergänzung darstellen werde. Und er sei grotesk, weil nun wirklich niemand auf die Idee komme, ausgerechnet ihm kommunistische Ideen zu unterstellen.

Vorzeitiger Rücktritt

Wie ist Schwarz' Haltung zur grossen Denkaufgabe, die ihm Konrad Hummler öffentlich ans Herz gelegt hat, nach der Masseneinwanderungsinitiative einen Ausweg aus der bilateralen Sackgasse zu suchen? Er habe in Wirtschaftskreisen immer betont, man müsse das Anliegen der Initianten ernst nehmen. Dieses Anliegen sei eine Dämpfung der Zuwanderung. «Wenn jetzt sogar Christoph Blocher sagt, wenn es etwas Besseres gebe als Kontingente, solle man darüber nachdenken, dann bestärkt mich das.» Er erinnert daran, dass Avenir Suisse bereits kurz nach der Abstimmung den Vorschlag einer Mehrjahres-Betrachtung unterbreitet habe, die mit dem Freizügigkeitsabkommen eventuell konform sei. Damit seien dann auch die Bilateralen zu retten. Diese sollte die Schweiz nicht ohne Not aufgeben, da es sich um ein «massgeschneidertes Paket» handle.

Der Bundesrat hat bis 2017 Zeit, eine Lösung zu finden. Unklar ist, ob der abgeklärte Liberale diesen ganzen Denkprozess noch begleiten kann. Kürzlich war es ausgerechnet das Sonntagsblatt der NZZ, das etwas gewagt einen «vorzeitigen» Rücktritt verkündete: «Spätestens bis im Jahr 2016 soll Avenir Suisse einen neuen Direktor erhalten.» Das ist nicht ganz richtig: Auf den Vierjahresvertrag folge nur ein Zweijahresvertrag, der dann rollend jeweils um sechs Monate verlängert werden soll. Schwarz' Freiheitsfeuer glüht unabhängig davon weiter: Vor kurzem wurde er für die nächsten zwei Jahre zum Vizepräsidenten der Mont Pèlerin Society gewählt. ○

Hassprediger hetzen gegen Billag- Gebühren.

iPad-
Ausgabe im
App-Store
erhältlich.



Die tägliche Nachrichtenflut kann einen ziemlich durcheinanderbringen.
Unsere Zeitung sorgt für den Überblick: «Schweiz am Sonntag».

Illegaler Lauschangriff

Zürcher Strafverfolger haben ein Anwaltsgespräch heimlich aufgezeichnet, das Protokoll manipuliert und so brisante Informationen in die Verfahrensakten geschmuggelt. Das ist bewiesen. Die folgenden Vertuschungsmanöver weisen darauf hin, dass es kein Einzelfall ist. *Von Alex Baur*

Was der Basler Polizeifahnder H. bei der Einvernahme von Anja Popovic (Name geändert) an jenem 26. März 2014 genau sagte, lässt sich leider nicht mehr rekonstruieren. Denn das Protokoll vernichtete er später eigenhändig. Unbestritten ist, dass Popovics Verteidiger, der Zürcher Anwalt Bruno Steiner, geharnischten Protest einlegte. Denn die Information, mit der die Polizei Popovic bei der Einvernahme konfrontierte, musste aus einem Telefonat des Anwaltes mit seiner Mandantin stammen.

Das heimliche Abhören von Anwaltsgesprächen ist verboten, das weiss jeder Krimi-Fan und auch jeder Polizist. Werden solche Gespräche bei einer Abhörung versehentlich mitgeschnitten, sind die Informationen «aus den Verfahrensakten auszusondern und sofort zu vernichten; sie dürfen nicht verwendet werden» (Art. 271 Ziff. 3 StPO). Ausnahmen sind im Gesetz nicht vorgesehen.

Polizeifahnder H. und der für die Untersuchung zuständige Basler Staatsanwalt Michael Schäfer versuchten sich anfänglich aus der Affäre herauszuwinden, indem sie das Ganze als Missverständnis darstellten. Trotzdem verweigerten sie Steiner die Einsicht in die Akten. Stattdessen schwärzten sie die verräterische Passage im Einvernahmeprotokoll einfach ein, fertigten eine Kopie an, vernichteten das Original – und ermahnten den protestierenden Anwalt «zur Wahrung der Standesregeln».

Doch Steiner liess sich nicht einschüchtern und beharrte auf einer Klärung. Vorerst wimmelte Polizist H. den Anwalt mit der Behauptung ab, die ominöse Information stamme aus einem Gespräch von Popovic mit einem Dritten. Mit Schreiben vom 27. März tischte die Basler Staatsanwaltschaft Steiner eine neue Version auf: Die Kantonspolizei Zürich, die das Telefon von Popovic rechtshilfweise angezapft hatte, habe das Anwaltsgespräch irrtümlich aufgezeichnet; als man den Fauxpas entdeckt habe, sei der Mitschnitt gelöscht worden; doch bei der Löschung sei ein Ausschnitt des Anwaltsgesprächs versehentlich in ein anderes Protokoll hineingerutscht. Man werde sofort alle Akten überprüfen und die heiklen Passagen entfernen.

Steiner liess sich mit dieser windigen Erklärung, die nach Vertuschungsmanöver riecht, nicht abspeisen. Über das Basler Appellationsgericht erzwang er deshalb die Offenlegung der Akten. Und siehe da: Das Anwaltsgespräch war keineswegs gelöscht worden. Vielmehr existierten sowohl in Zürich wie auch in Basel zwei Dossiers – ein offizielles und ein inoffizielles.

Das eine Dossier, offenbar nur für den internen Gebrauch gedacht, enthielt die Aufzeichnung des ominösen Anwaltsgesprächs in voller Länge. Das zweite Dossier, welches in den offiziellen Akten erscheint, enthielt das manipulierte und verfälschte Protokoll, bei dem ein Ausschnitt des Anwaltsgesprächs (angeblich versehentlich) einem Dritten untergejubelt wurde.

Von Gesetzeshütern zu Gesetzesbrechern

An sich war das Telefonat des Anwaltes mit seiner Mandantin unverfänglich. Gegen den Ehepartner von Anja Popovic lief damals eine internationale Ermittlung wegen einer Serie von Einbrüchen, heute sitzt er hinter Gittern. Die Telefonüberwachung in Zürich sollte klären, ob Popovic in die Machenschaften ihres Mannes involviert war. Zur fraglichen Zeit (Herbst 2013) war sie zur Verhaftung ausgeschrieben. Rechtsanwalt Steiner riet ihr am Telefon, völlig korrekt, sich zu stellen.

Doch just der entlastende Teil, in dem Steiner ihr den Gang zur Polizei nahelegt, wurde aus dem Protokoll für den offiziellen Gebrauch herausgeschnitten. Dort findet sich nur die sogar noch fett hervorgehobene Abschrift des zweiten Teils des Gesprächs, in dem die Frau erklärt, ihr Handy sei auf einen anderen Inhaber eingelöst und damit (vermeintlich) abhörsicher. Danach erklärte Popovic

ihrem Anwalt, sie werde sich demnächst ein neues «abhörsicheres» Handy besorgen.

Gut möglich, dass es der angekündigte Handy-Wechsel war, der die Fahnder dazu verleitete, das Anwaltsgespräch nicht zu überhören und zu löschen, sondern das Protokoll zu manipulieren und die brisante Information in ein anderes Gespräch hineinzuzaubern. Nur wurden die Gesetzeshüter damit selber zu Gesetzesbrechern. Denn sie wussten genau, dass sie an verbotenen Früchten naschten. In der Originalaufzeichnung wird «RA Steiner» von allem Anfang an als Rechtsanwalt aufgeführt.

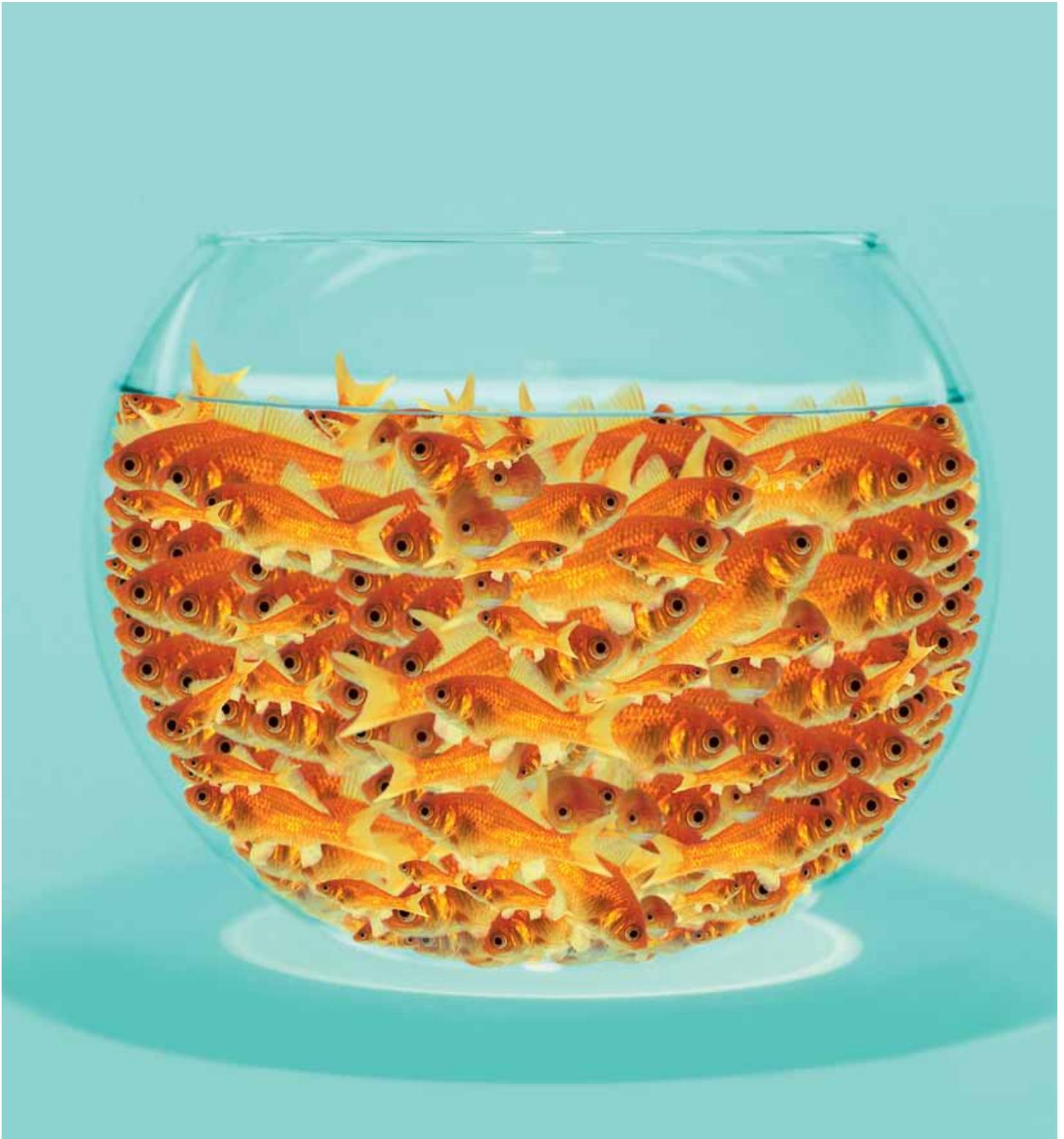
Zumindest der Basler Staatsanwaltschaft scheint es nicht mehr ganz wohl bei der Sache zu sein. Letzte Woche schickte sie Steiner eine CD, auf der er sein Telefonat mit seiner Klientin vom 10. September 2013 in voller Länge hören kann. Wie viele Kopien von dem angeblich längst gelöschten Anwaltsgespräch durch die Amtsstuben geistern, ist unklar. Tatsache ist, dass die Zürcher Ermittler ursprünglich im Auftrag der Münchner Polizei Popovics Telefon anzapften. Sie rechneten wohl nicht damit, dass der illegale Mitschnitt des Anwaltsgesprächs und das gefälschte Protokoll via Deutschland nach Basel gelangen würden. Dass neben dem offiziellen auch noch ein inoffizielles Dossier geführt wurde, deutet zudem darauf hin, dass wir es nicht mit einem Einzelfall zu tun haben. ○



Liess sich nicht einschüchtern: Anwalt Steiner.

Warum ich Ecopop unterstütze

Die Schweiz wird zugemauert. Der Bundesrat unternimmt nichts gegen die Massenzuwanderung. Seit meiner Kindheit steigen die Steuern, während die Lebensqualität sinkt. Acht Gründe, die für ein Ja zur Ecopop-Initiative sprechen. *Ein Plädoyer von Andreas Honegger**



Resignation ist keine Haltung.

1 — Die Masseneinwanderungsinitiative wird nicht wirklich umgesetzt.

Besserwisser und die, die sich dem Volk moralisch überlegen fühlen, finden, man könne den Volkswillen einfach aushebeln. Schon nur deshalb muss man für die Ecopop-Initiative sein, um den Druck zu erhöhen. Wer mit Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gestimmt hat, sollte jetzt nicht Nein sagen. Eine Ablehnung würde sofort so interpretiert, dass das Volk eingesehen habe, dass dieser Weg nicht gangbar sei.

2 — Je mehr Menschen wir sind, desto weniger Natur bleibt uns.

Das ist eine Binsenwahrheit. Es geht hier zentral um die Zukunft unseres Landes: Damit die rund 100 000 Personen, um die die Bevölkerung der Schweiz jährlich netto zunimmt, untergebracht werden können, braucht es jedes Jahr eine neue Stadt, viele Schulhäuser, viele Spitäler. Und es brauchte eigentlich neue Strassen – der Stau wird täglich erdrückender – sowie Flugpisten und Bahntrassees, aber all das will man nicht sehen. Rot-Grün verweigert den Ausbau der Infrastruktur, aber gerade diese Parteien reissen die Tore für die Masseneinwanderung am weitesten auf. Das ist ein unwürdiges Falschspiel! Es ist verantwortungslos, die Folgen der Einwanderung einfach auszublenden.

Wären die Grünen – die halt primär Rote sind – ehrlich, müssten sie dazu stehen, dass man wegen der Bevölkerungsexplosion täglich ein paar Wiesen in der Grösse von zwölf Fussballfeldern zubetonieren muss: Jedes Jahr muss ein bisschen mehr als eine Stadt in der Grösse St. Gallens gebaut werden. Bleibt die Zuwanderung auf der Höhe der letzten Jahre, muss im Zeitraum von 2007 bis 2018 insgesamt das Äquivalent einer Stadt von rund einer Million Einwohnern gebaut werden, also für mehr als doppelt so viele Einwohner, wie Zürich hat, und dies in der urbanistisch überlsten Form, nämlich der Zersiedelung. Das ist ein Verbrechen an unserer Landschaft! Europa muss begreifen, dass die

kleine Schweiz nicht in fünfzehn Jahren um 1,5 Millionen Einwohner wachsen kann.

Und da es wegen der Zuwanderung überall an Wohnraum mangelt und dieser immer teurer wird, verlangt die Linke staatliche Massnahmen, nicht gegen die Zuwanderung, sondern für den Wohnungsbau – aus Steuermitteln – und für zunehmende Einschränkungen des Wohnungsmarktes. Da wird das Pferd am Schwanz aufgezäumt!

Wenn uns die Natur in unserem kleinen Land lieb ist, dann müssen wir die Bevölkerungszunahme nicht nur etwas zurückdämmen, sondern ihr ernsthaft Einhalt gebieten. Solange nur so viele in die Schweiz einwandern, wie diese auch verlassen, stimmt das natürliche Gleichgewicht. Wir sollten unseren Nachkommen noch etwas intakte Natur, etwas Freiraum und etwas Raum für Denkfreiheit belassen!

3 — Als Liberaler kämpfe ich für Freiheit und Selbstverantwortung.

Ich habe erleben müssen, wie sich die Bevölkerung seit meiner Jugend verdoppelt hat und sich die individuellen Freiheiten im gleichen Zeitraum indirekt proportional dazu halbiert

Ich habe erleben müssen, wie sich die Bevölkerung seit meiner Jugend verdoppelt hat.

haben: Die Steuern haben sich mehr als verdoppelt, die Gesetze haben sich mehr als verdoppelt, die Reglementierung hat sich ver Hundertfacht, und die Möglichkeiten für ein Leben, wie es sich ein freiheitlich-liberaler Mensch vorstellt, sind immer kleiner geworden. Eine individualistische, selbstbestimmte Lebensform – für die ich mich stets einsetze – wird immer schwieriger.

Je dichter die Menschen aufeinander leben, umso kleiner werden die Freiheiten, es bleibt immer weniger Selbstverantwortung, und das Denken wird gleichgeschaltet. Was der Mainstream für richtig hält, wird für die Le-

bensführung aller verbindlich. Entsprechend gleichgeschaltet wird auch die Politik: Sozialdemokraten aus allen Parteien machen in Europa, was sie wollen, die Eigeninitiative wird immer mehr gelähmt, und entsprechend serbelt im Euro-Raum die Wirtschaft.

Der ehemalige deutsche Aussenminister Joschka Fischer hat kürzlich im Gespräch mit einer Schweizer Bank seiner Befürchtung Aus-

Während des Zweiten Weltkriegs gab es auch viele, die fanden, die Schweiz müsse sich anpassen.

druck verliehen, dass die Megatrends anhalten werden, darunter auch das exponentielle Bevölkerungswachstum, das sich auf die Dauer schlecht mit einem nur linear wachsenden Nahrungsangebot vertrage. Er malt da ein richtiges Schreckensszenario an die Wand: Geht das Wachstum weiter, setze das in Zukunft eine globale *governance* voraus, «die Pro-Kopf-Maximalverbräuche und andere Ge- und Verbote durchzusetzen in der Lage wäre». «Ein radikaler Bruch mit der Gegenwart also und alles andere als eine schöne und wünschenswerte Perspektive.»

4 — Die Schweiz muss wieder ihre Eigenständigkeit behaupten.

Da ja auch die Schweiz mit der EU gleichgeschaltet werden soll, sollen wir unsere Gesetze und unsere Lebensgewohnheiten angleichen. Mit der Androhung, die bilateralen Verträge mit der Schweiz aufzukündigen, will uns die EU kujonieren. Wie schon so oft in der Geschichte ist es ein Frage des Durchhaltevermögens: Geben wir unter Druck unsere Eigenständigkeit, unsere direkte Demokratie und mit der Freizügigkeit unser Recht auf Selbstbestimmung, aber auch unsere Kultur – unsere Kulturen – auf, oder wagen wir, unseren eigenen Weg zu gehen? Als während des Zweiten Weltkriegs rund um uns herum die Nationalsozialisten herrschten, gab es auch viele, die nachgeben wollten und fan-

Jubiläums-Geschenk!

ARVI feiert sein
10-jähriges Jubiläum!

Noch nicht Kunde bei ARVI?

Melden Sie sich hier an, um die zweite Ausgabe des 200-seitigen ARVI Katalogs kostenlos zu erhalten. Spannende Geschichten über die besten Hersteller und Winzer aus der ganzen Welt erwarten Sie!

www.arvi.ch/ww



THE SWISS BANK OF
FINE AND RARE WINES

ARVI SA
VIA PEDEMONTE 1
CH-6818 Melano

T 091 649 68 88
F 091 648 33 75

info@arvi.ch
www.arvi.ch

den, die Schweiz müsse sich anpassen. Und das Gleiche geschah nochmals, als halb Europa sich dem Diktat des Kommunismus beugen musste. Dann aber siegte zum Glück in beiden Fällen die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass sich auch im heutigen Europa das Regime der Euro-Staaten nicht wird halten lassen. Weder die Völker, die die horrende Defizitwirtschaft der Europäischen Zentralbank zahlen müssen, noch die Völker, deren Regierungen ihnen einreden, dass sie davon profitierten, weil sie mit immer neuen Krediten vor dem Bankrott gerettet würden und so bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag die fälligen Reformen hinausgeschoben werden könnten, werden mit diesem Zustand auf die Dauer leben wollen. Überall regt sich Widerstand gegen die Diktatur des Euro und die überbordende Brüsseler Bürokratie. Aber die meisten Menschen in Europa dürfen darüber nicht abstimmen, sonst hätte man diesen bürokratischen Moloch wohl längst weggeft.

Vermutlich müssen wir in der Schweiz nur abwarten, bis sich das Problem Euro von selbst erledigt. Auch in Grossbritannien und in den Niederlanden sucht man nach Wegen, die Einwanderung zu stoppen – obwohl sie da weit geringer ist als in der Schweiz –, weil sie inakzeptable kulturelle Veränderungen mit sich bringt. Auf jeden Fall sollten wir unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit nicht unter Druck aufgeben. Die Angst war schon immer ein sehr schlechter Ratgeber.

5 — Die EU will uns zwingen, die Freizügigkeit einzuhalten.

Selbst halten sich jedoch die EU-Staaten gar nicht an ihre Spielregeln. Sie überschreiten die von ihnen festgelegte Obergrenze der Verschuldung – sogar Deutschland – und sehen einfach über die für solche Verstösse vereinbarten Sanktionen hinweg. Und dabei ist es ja gerade die unabsehbar anwachsende Staatsverschuldung, die letztlich die Bürger der EU-Länder – zu Recht – so verunsichert und verängstigt, dass sie sich in den sicheren Hafen der Schweiz absetzen wollen. Italien hält sich nicht an die vertraglich verabredeten Spielregeln im Flüchtlingswesen, sondern es setzt die Flüchtlinge einfach in den Zug nach Norden.

6 — Der linke Mainstream will, dass alle Unterschiede eingeebnet werden.

Wir sollen alles mit allen teilen. Und wenn es auf der Welt immer enger wird, dann teilen wir halt immer weiter, schnallen erst unseren Gürtel enger und beschränken dann unseren Horizont. Das kann nicht im Ernst unsere Zukunft sein. Lieber ein gemähter Rasen als eine bunte Blumenwiese. Ich finde es deshalb eine der ganz grossen Stärken der Ecopop-Initia-

tive, dass sie zwei Dinge, die zusammengehören wie zwei Seiten einer Medaille, auch zusammenbringt: In der sogenannten Dritten Welt möchten Hunderte von Millionen Menschen gern ihrem Elend, dem Krieg und undemokratischen Regimen entfliehen und zu uns nach Europa kommen. Wir aber wollen nicht von Millionen von Leuten aus anderen Kulturen überschwemmt werden, und wir haben ganz sicher keinen Platz für sie. Und all das Elend, die mangelnde Ausbildung, der Hunger und der Krieg haben letztlich eine klar definierbare Ursache: die Bevölkerungsexplosion, die jeden allfälligen Fortschritt jeder Generation immer wieder brutal zunichtemacht.

Genau da, an der Ursache des Übels, will die Ecopop-Initiative auch ansetzen. Der Staat soll einen Teil der Steuermittel, die er für Entwicklungshilfe ausgibt, gezielt einsetzen, um

Zutiefst in unserem Innern ist uns wohl allen klar, dass das krude Wachstum ausgedient hat.

diesem Prozess mit Geburtenregelung und Ausbildung entgegenzuwirken. Jeder Franken für die Entwicklungshilfe, der nicht da, an der Ursache allen Übels, eingesetzt wird, ist ein verpuffter Franken. Man kann den Initianten Naivität vorwerfen und glauben, dass das nie funktionieren wird. Aber wenn man es nicht versucht, kann man auch nie Erfolg haben. Und Resignation ist keine Haltung: Wenn man eine vernichtende Explosion verhindern will, muss man den Zünder entschärfen!

7 — Statt quantitatives brauchen wir qualitatives Wachstum.

Auch bald ein halbes Jahrhundert nachdem der Club of Rome erstmals auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen hat, hält sich der Mythos, dass die Welt nur dank Wachstum am Laufen gehalten werden kann. Und leider haben die meisten Leute in der Wirtschaft noch immer die Tendenz, das Wachstum vor allem quantitativ zu betrachten. Dabei sollten wir längst uns und unserer Umwelt zuliebe zu qualitativem Wachstum übergehen, das in den Statistiken nicht so leicht festzuhalten ist, weil damit auch Dinge wie Lebensqualität gemeint sind.

Ich war mein Leben lang ein klarer Verfechter des Wirtschaftsliberalismus, und ich bin es noch immer. Aber ich stelle mich klar gegen diejenigen, die um des Geschäftemachens willen bereit sind, unsere Freiheiten einzuschränken. Nur um noch mehr Geld zu verdienen, sollten wir der EU nicht entgegenkommen. Geradezu zynisch mutet das Argument an, es gehe darum, die AHV zu sichern durch den ständigen Import neuer junger Arbeitskräfte.

Für eine nachhaltige Sanierung müssen wir Leistung und Ansprüche selbst ins Gleichgewicht bringen.

Wir sollten da, wo es um unsere Freiheitsrechte geht, um unsere direkte Demokratie und unser Recht, selbst zu bestimmen, wie viel Einwanderung wir wollen, weder erpressbar noch käuflich sein. Wer, um mehr Geld zu verdienen, die Qualität unseres Landes, die Schönheit seiner Natur zu opfern bereit ist, kann nicht mit dem Verständnis künftiger Generationen rechnen. Zutiefst in unserem Innern ist uns wohl allen klar, dass das krude Wachstum ausgedient hat, dass Nachhaltigkeit gefragt ist und dass bei der Bevölkerungszahl Nachhaltigkeit eigentlich nur Nullwachstum heissen kann.

8 — Die Vielfalt von Kulturen und Sprachen ist gefährdet.

Alles redet heute zu Recht von Biodiversität, jede Art soll geschützt werden. Der Staat investiert Millionen, um Inventare von gefährdeten Arten aufzunehmen, und er schickt seine Angestellten in den Wald, um Kräuter auszureissen – Neophyten, die hier nicht hingehören –, weil sie die einheimische Flora und Fauna verdrängen. Nur bei der Kultur des Menschen gilt dies offenbar nicht. Dabei ist gerade die Schweiz mit ihrer Vielfalt von Kulturen und Sprachen besonders gefährdet durch die Masseneinwanderung. Wenn wir ehrlich sind, ist uns klar, dass, falls die Einwanderung im gleichen Ausmass weitergeht, in zwanzig, dreissig Jahren kaum mehr ein schweizerdeutscher Dialekt überleben wird und die kulturelle Vielfalt und die wesensmässige Eigenständigkeit der Schweiz keine Zukunft haben.

Da mutet es wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte an, dass nun der Bund bei der Unesco ein Gesuch einreichen will, um Schweizer Traditionen dem Schutz der Weltgemeinschaft zu unterstellen. Immaterielles Kulturerbe wie Alpbazüge, Jodeln und die Basler Fasnacht sollen dem Schutz der Unesco anbefohlen werden – und dann wohl mit Steuergeldern künstlich am Leben erhalten werden. Vielleicht gibt es dann ein Museum fürs Jodeln oder ein Reservat in der Urschweiz für die Jodler, während der Rest des Landes sich in multikultureller Vielfalt übt und seine einstigen Charakteristika hinter Vitrinen und zwischen Buchdeckeln eingepökelt sind. Offenbar glaubt selbst der Bundesrat in Zeiten der Masseneinwanderung nicht mehr ans reale Überleben unserer kulturellen Eigenart.

* **Andreas Honegger** war während fast dreissig Jahren Redaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* und sass während sechzehn Jahren für die FDP im Zürcher Kantonsrat.

BEOBACHTER TV

Experten im Einsatz



**Neue
Staffel**
ab 9. November
auf SRF 1

Wir helfen Ihnen!

Zoff mit den Nachbarn, böse Überraschung beim Bauen, überhöhte Steuerrechnung, Ärger mit der Versicherung – Jürg Keim und das Beratungsteam des Beobachters helfen Menschen aus der Klemme.

Die neue Staffel von Beobachter TV, Experten im Einsatz: ab 9. November 2014 jeden Sonntag um 18.15 Uhr auf SRF 1. www.beobachtert.tv

SRF Schweizer Radio und Fernsehen

Beobachter TV wird Ihnen präsentiert von:

VZ VermögensZentrum
Der Berater für Ihre Pensionierung

Stillstand im Schlamassel

Beat Feurer (SVP) war angetreten, um Ordnung in das ausser Kontrolle geratene Bieler Sozialamt zu bringen. Nun hat die Stadtregierung den Reformen entmachtet und seinen wichtigsten Verbündeten gefeuert. Die Reform ist damit gescheitert, bevor sie überhaupt in Gang kam. *Von Alex Baur*



Zückerchen: ehemalige Chefbeamtin Reusser.



Demütigung: Nyfeler (l.), Feurer.

Wenn Chefbeamte sich «in gegenseitigem Einvernehmen» aus dem Amt verabschieden, steckt hinter der abgedroschenen Formel in aller Regel ein fauler Kompromiss. So war das wohl auch in Biel, wo letzte Woche der Abgang von Beatrice Reusser, Leiterin der Sozialen Dienste, und Direktionssekretär Patrick Nyfeler kommuniziert wurde. Reusser, so war auf dem Latrinenweg zu erfahren, soll als Zückerchen noch einen knappen Jahreslohn fürs Nichtstun kassieren. Nyfeler wird wohl noch ein paar Monate lang in der Finanzdirektion sein Gnadensbrot erhalten, bis er einen neuen Job gefunden hat.

Die beiden Chefbeamten Nyfeler und Reusser waren sich spinnefeind, das weiss in Biel jedes Kind. Der erzwungene Doppelabgang der Streithähne hat trotzdem nichts Salomonisches an sich. Er zeugt vielmehr vom Scheitern der Reformbemühungen in einer Stadt, die seit geraumer Zeit eigentlich nur noch wegen einem von sich reden macht: exorbitant hoher Sozialkosten (höher als der Steuerertrag natürlicher Personen) und einer rekordverdächtigen Sozialhilfequote von 11,7 Prozent. Zwar ist nun die 57-jährige Chefbeamtin Beatrice Reusser, die sich mit Klauen und Krallen gegen jede Reform wehrte, endlich weg. Doch weg ist auch ihr Gegenspieler Nyfeler, der neuen Wind in die Amtsstuben gebracht hatte.

Bieler Lokalpolitiker von links bis rechts werten den Eklat aber vor allem auch als Scheitern von Gemeinderat Beat Feurer (SVP). Er war Anfang 2013 angetreten, um den Augiasstall im Bieler Sozialdepartement auszumisten, seine Partei postulierte gar eine Halbierung der Sozialhilfequote. Davon ist im Moment keine Rede mehr. Letzte Woche warfen die mehrheitlich linken Regierungskollegen Feurer öffentlich Führungsversagen vor und stellten ihn als Amtsdirektor gleichsam unter Vormundschaft. Brutaler kann man einen Exekutivpolitiker kaum demütigen.

Feurers Wahl vor zwei Jahren hatte viele überrascht. Der rot-grüne Block, der in Biel seit einer gefühlten Ewigkeit das Sagen hat, verlor im Parlament die Mehrheit, wenn auch nur knapp. Der peinliche Auftritt des grünen Stadtrats Pablo Donzé nach der Wahl zeugt von der tiefen Kränkung: Betrunkene wankte der Parlamentarier durch die Eingangshalle des Kongresshauses und beschimpfte Wahlsieger Feurer als «Schwein» und «Fascho» (vor lauter Freude über die klaren Worte ernannten die Grünen Donzé zu ihrem Fraktionschef). Beat Feurer parierte die Schimpfattacke mit cooler Eleganz, was ihm sogar bei vielen seiner Gegner einen Startbonus einbrachte.

Die alten Seilschaften im Bieler Sozialamt, die jede Neuerung blockieren, sind berüchtigt

(Weltwoche Nr. 36/14). Vor allem an der Basis gibt es jedoch durchaus Sozialarbeiter, die einen frischen Wind begrüsst. Und selbst in rot-grünen Kreisen herrschte mittlerweile ein Konsens, dass es im alten Trott nicht weitergehen könne, dass die Sozialquote gesenkt werden müsse. Insgeheim trauten selbst Gegner Feurer zu, dass er es schaffen könnte. Er gehört zwar der ach so verhassten SVP an, ansonsten vertritt er aber Werte, bei denen es den Genossen warm ums Herz wird. Feurer ist bekennender Schwuler, er beherbergt eine tamilische Familie in seinem Haus, um deren Kinder er sich rührend kümmern soll, ja er hatte sogar einen albanischen Lebensabschnittspartner. Was will man mehr an urbanem Zeitgeist.

Mutigste Tat

Doch nicht nur die Beziehung mit dem Albaner ging mittlerweile in die Brüche, in Trümmern liegen heute auch die Hoffnungen auf Reformen. Und das hat nichts mit SVP zu tun. Dem stets auf Harmonie bedachten Zauderer Feurer sei es einfach nie gelungen, eine klare Vision zu definieren und zu vermitteln, sagen Leute, die ihm durchaus wohlgesinnt sind. Statt die absehbaren Konfrontationen mit dem lokalen Establishment auszutragen, berief Feurer eine «groupe de réflexion» ein, mit der auch politische Gegner eingebunden werden sollten. Das Gremium sollte über Parteilinien hinweg einen Konsens erarbeiten. «Vor lauter *réflexion* vergass er das Handeln», spöttelt Stadtrat Alain Pichard (GLP), der Feurer privat gut kennt und diesen persönlich auch schätzt. «Er hat vieles, was ein heutiger Politiker haben müsste», meint Pichard, «er hört zu, wirkt beherrscht, ist selbstkritisch und stets freundlich – aber er tut sich schwer mit Entscheiden und wirkt wenig dossiersicher.»

Die vielleicht mutigste Tat Feurers war die Einstellung des Direktionssekretärs Patrick Nyfeler im Frühling 2013. Er sollte dem politischen Chef helfen, die Kontrolle über das Bieler Sozialamt wiederzuerlangen, wo die Amtsleiterin Beatrice Reusser nach eigenem Gusto schaltete und waltete. Dem jungen Macher, Offizier in der Armee, eilte der Ruf eines «harten Hundes» voraus. Mit seiner direkten Art war er schon früher angeekelt. Nicht ganz überraschend stiess Nyfeler auch im Bieler Sozialamt, wo man Derartiges nicht gewohnt war, ein paar Leute mit seinen bisweilen deftigen Sprüchen vor den Kopf. Andere fanden seinen frechen Mutterwitz erfrischend, sachlich war

ihm jedenfalls nie etwas anzuhaben. Der stramme Nyfeler machte seinen Job gut, für ein paar Alteingesessene vielleicht zu gut.

Drei Tage bevor Patrick Nyfeler im letzten Juni seine einjährige Probezeit beendete, also unmittelbar vor seinem definitiven Einzug in den Olymp der Beamten, kam die herbe Überraschung: In einem dringenden Schreiben an die Stadtregierung beklagte sich der städtische Personalverband bei der Regierung über angebliche «Drohungen» und ein «unhaltbares Arbeitsklima» im Sozialamt und verlangte Massnahmen. Es gebe «anhaltende Gerüchte über direktionsinterne Schwierigkeiten» und «Spannungen zwischen Direktor und Mitarbeitenden beziehungsweise zwischen Direktionssekretär und Mitarbeitenden».

Die nebulösen Gerüchte und Vorwürfe richteten sich allein gegen Feurer und Nyfeler, und sie stammten ganz offenkundig aus der Küche von Chefbeamtin Reusser. Anderswo hätte man das Schreiben mit einer netten Antwort abgewimmelt. Doch die nach wie vor links-grün dominierte Stadtregierung nahm den gewerkschaftlichen Vorstoss umgehend zum Anlass, eine Administrativuntersuchung gegen Kollega Feurer und seinen Chefbeamten Nyfeler anzuordnen. Das Resultat wurde letzte Woche der Öffentlichkeit vorgestellt. Von «Drohung» ist zwar mittlerweile nirgends mehr die Rede. Doch für die Entlassung von Nyfeler und die

faktische Bevormundung des gescheiterten Reformers Feurer reichte das vom Experten Andreas Hubacher diagnostizierte allgemeine Unbehagen in der Bieler Verwaltung.

Zwar muss auch Reusser gehen, die sich im Amt ungeniert über ihren politischen Chef Feurer und dessen angebliche Inkompetenz ausgelassen und Indiskretionen gestreut hatte. Wie aus dem Amt durchsickerte, wollte Feurer der Amtschefin deshalb schon lange kündigen, konnte sich aber nie dazu durchringen. Womöglich wurde er bei diesem Vorhaben

Auf die sanfte und konkordante Tour ist in Biel nichts zu erreichen.

allerdings auch von seinen Regierungskollegen ausgebremst. Als Feurer im letzten Frühling endlich zur Tat schreiten wollte und der intriganten Chefbeamtin eine «eilvernehmliche Lösung» anbot, kam ihm diese mit dem Flankenangriff via Gewerkschaften zuvor. Reusser habe sich sehr sicher gefühlt, tönt es aus ihrem Umfeld, sie habe stets einen guten Draht in die Stadtregierung gehabt.

Offiziell steht die Bieler Regierung zwar hinter Feuerers erklärtem Ziel, die Sozialhilfequote zu senken. In einem Interview mit dem *Bund* erklärte Stadtpräsident Erich Fehr (SP)

aber kürzlich zur Frage nach konkreten Massnahmen im Sozialbereich süffisant: «Sie müssen aber zuerst vorgeschlagen werden, wir warten auf konkrete Vorschläge.» Was für Ausenstehende harmlos klingen mag, kommt im politisch vergifteten Klima von Biel, wo jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, einer öffentlichen Watsche gleich. Im Klartext: Die Kollegen werfen Sozialdirektor Feurer Konzeptlosigkeit und Führungsschwäche vor.

Noch stehen die Resultate einer Untersuchung der Bieler Sozialdirektion durch den Berner Wirtschaftsprüfer Beat Büschi und die Sozialhilfe-Expertin Annemarie Lanker aus. Büschi wie Lanker gelten als kritische Geister, die mit schonungslosen Analysen Missstände im Stadtberner Sozialwesen aufdeckten und in der Sozialbranche für hochrote Köpfe sorgten. Dass ihr Befund für Biel schmeichelhafter ausfallen wird, ist kaum zu erwarten. Doch Missstände zu erkennen, ist das eine – gemäss der Einsicht zu handeln und notwendige Massnahmen auch umzusetzen, etwas anderes. Auf die sanfte und konkordante Tour, das zeigt das angerichtete Schlamassel eindrücklich, ist in Biel nichts zu erreichen. Doch für die harte Tour ist der harmoniebedürftige Feurer kaum geeignet. Der Sache wäre wohl am besten gedient, das sagen mittlerweile sogar Freunde von ihm, wenn er demissionieren und einem echten Macher Platz machen würde. ○

MATTHEW
McCONAUGHEY

ANNE
HATHAWAY

JESSICA
CHASTAIN

MICHAEL
UND CAINE

VOM REGISSEUR DER THE DARK KNIGHT TRILOGIE UND INCEPTION

INTERSTELLAR

DER NÄCHSTE SCHRITT DER MENSCHHEIT WIRD UNSER GRÖSSTER SEIN.

LEGENDARY

WARNER BROS. PICTURES

JETZT IM KINO

interstellarmovie.ch · warnerbros.ch · interstellar

WARNER BROS. PICTURES

«Russland hat viel Potenzial»

Dramatische Fehlinvestitionen haben den Industriekonzern Oerlikon fast zusammenbrechen lassen. Mit harter Hand hat Präsident Tim Summers den Turnaround geschafft. Der 47-jährige Brite über den Einfluss von Hauptaktionär Viktor Vekselberg und die Risiken der Ukraine-Krise. *Von Martin Spieler*



«Spitzentechnologie ist ein Garant des Wohlstandes»: Oerlikon-Präsident Summers.

Vor vier Jahren war Oerlikon fast bankrott, jetzt liefert der Konzern ein starkes Umsatzwachstum und eine solide Profitabilität: Wie nachhaltig ist diese Wende?

Sie ist nachhaltig. Wir befinden uns heute in einer völlig anderen Lage als vor vier Jahren. Unsere Bilanz ist heute schuldenfrei, unsere Strategie fokussiert und unsere unternehmerische Leistung in allen Bereichen auf hohem Niveau.

Oerlikon war vor allem für etwas bekannt: viel zu versprechen und wenig zu liefern.

Leider stimmt dies für die Vergangenheit. Deshalb kämpften wir damals auch ums Überleben. Das damalige ungesunde Wachstum wurde mit zu viel Fremdkapital über Akquisitionen generiert, und die Firmen wurden nie richtig integriert.

Wie haben Sie aus diesem Teufelskreis gefunden?

Zuerst dank der Refinanzierung, dann haben wir Oerlikon neu fokussiert. Bereiche, die nicht zum Kerngeschäft gehören wie die Solarsparte und das Naturfaserspinnmaschinengeschäft, haben wir verkauft. Unser Ziel: In den verbleibenden Bereichen gehören wir zu den Besten der Welt.

Das haben die Vorgänger auch behauptet.

Heute arbeiten wir aber mit Benchmarks, die wir im Geschäftsbericht transparent machen. Da kann jeder nachschauen, ob wir einhalten, was wir versprechen. Dieser Prozess hat die Selbstgefälligkeit gestoppt.

Kaum vom Sterbebett auferstanden, hat Oerlikon mit Sulzer Metco eine Milliardenakquisition getätigt. Gerät die Firma wieder ins alte Fahrwasser?

Überhaupt nicht. Mit Sulzer Metco stärken wir einen unserer Kernbereiche: die Beschichtungstechnologie mit Balzers, welche

heute zusammen mit Metco unser grösster Geschäftsbereich ist. Die Kombination haben wir nicht wegen der Kostensynergien gemacht, sondern weil sie viel zusätzliches Geschäftspotenzial gibt. Zuerst werden wir nun aber Metco vollständig und professionell sauber integrieren. Qualität kommt vor Geschwindigkeit. Es kommen immerhin 2400 neue Mitarbeiter zu Oerlikon hinzu. Der damit verbundene Integrationsprozess ist eine grosse Herausforderung.

Sulzer wird wie Oerlikon vom russischen Milliardär Viktor Vekselberg dominiert. Sie selbst sassen für den Oligarchen früher im Sulzer-Verwaltungsrat und hatten Insiderwissen. Wurden Sie nicht einfach zu dieser Akquisition gedrängt?

Keineswegs. Es gab auch andere Interessenten an Metco, und wir bekamen keine Vorzugsbedingungen. Ich selbst bin für diese

Transaktion in den Ausstand getreten, wir haben uns eine sehr strenge Governance auferlegt. Für Oerlikon ist dieser Zukauf aus meiner Sicht ein Glücksfall: Die Zeit, die Umstände und unsere Möglichkeiten – alles passte.

Sie haben am Kapitalmarkt 450 Millionen Franken aufgenommen. Benötigen Sie weiteres Kapital?

Derzeit nicht, denke ich. Unsere erfolgreiche Platzierung hat aber verdeutlicht, dass wir die Wende geschafft haben. Hätten wir vor drei bis vier Jahren eine solche Anleihe platzieren wollen, insbesondere eine zehnjährige, hätte man uns wohl weggeschickt.

Sind weitere Akquisitionen vorgesehen?

Wir sind offen für neue Ideen. Wir wollen organisch und anorganisch wachsen. Wir haben auch das richtige Management-Team und mit Brice Koch den richtigen CEO an Bord. Und unsere Zahlen sprechen für sich: Wir wachsen heute beim Umsatz und beim Gewinn zweistellig.

Aus der Problemfirma wurde eine Wachstumsperele: zu schön, um wahr zu sein?

Unsere Produktionsmethoden sind effizienter und die Kosten tiefer. Im Segment Manmade Fibers erreichen wir dank Hightech einen tieferen Energieverbrauch. Auch im Vacuum-Bereich konnten wir dank Innovationen die Zuverlässigkeit unserer Anlagen steigern, und auch im nun durch Balzers und Metco kombinierten Bereich für Beschichtungslösungen bieten wir mehr Leistung mit geringerem Aufwand. Das ist der Motor hinter unserem Wachstum.

Der erstarkte Franken dürfte Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Der Euro notiert wieder nahe am Mindestkurs.

Der starke Franken belastet uns wegen unserer breiten geografischen Diversifikation weniger, als man meint. Wir sind in vielen Währungen tätig, und nur ein kleiner Teil unserer Kosten fällt in Schweizer Franken an. In Zeiten politischer Unsicherheit wie heute ist es ein grosser Vorteil, nicht von einer einzelnen Region und wenigen Kunden abhängig zu sein.

Leidet Oerlikon unter den Sanktionen gegen Russland im Zuge der Ukraine-Krise?

Nein. Wir haben in Russland nur ein kleines Geschäft mit weniger als einem Prozent unseres Umsatzes. Wir sehen dort Wachstumsmöglichkeiten – wenn auch limitiert. **Ihr Hauptaktionär Viktor Vekselberg hat viel Einfluss in Russland. Wie nutzen Sie sein Beziehungsnetz?**

Es stimmt: Wir haben über die Renova von Viktor Vekselberg einen erleichterten Zugang zum russischen Markt. Im Bereich Vacuum und Drive Systems sehen wir auch Potenzial. Wir haben aber keine Fabriken in Russland – man darf das Potenzial nicht überbewerten.

Sie haben viele Jahre in Russland gelebt und das ehemals russisch-britische Öl-Joint-Venture TNK-BP, das von Viktor Vekselberg kontrolliert wird, geleitet. Geht Ihnen der Konflikt nahe?

Es ist für mich schwer zu verstehen, was wirklich in allen Details passiert. Klar, es betrifft mich auch emotional.

Wie gefährlich wäre eine weitere Zuspitzung des Konflikts?

Das wäre für die gesamte Weltwirtschaft sehr gefährlich. Wenn sich zwei Supermächte gegenüberstehen, ist dies Gift für die Wirtschaft und die Menschen. Ich hoffe, dass sich die Lage rasch beruhigt.

Im Westen wachsen die Ressentiments gegen Russland.

Das ist schade und falsch. Russland ist ein riesiger Markt mit viel Potenzial. Viele unterschätzen das Land. Russland ist ein Land mit beeindruckender Kultur, ausgeprägtem

«In der Formel 1 können wir unter Extrembedingungen unsere Produkte testen.»

Geist und hervorragender Technologie. Die Konfrontation mit Russland schadet auch dem Westen.

Wie wirkt sich die Krise für die Renova, Ihren Hauptaktionär, aus?

Ich kann nicht für die Renova sprechen. Als Hauptaktionär nehme ich die Renova sehr positiv wahr. Viktor Vekselberg hat immer zu Oerlikon gehalten und uns beim Turnaround stark unterstützt.

Wie oft sehen Sie Viktor Vekselberg?

Ich bespreche mit ihm regelmässig unser Geschäft, so wie ich es auch mit anderen Shareholdern mache.

Am Aktienkurs von Oerlikon kann er kaum Freude haben.

Immerhin haben wir es geschafft, von einem Kurs von damals 5 Franken auf heute rund 12 Franken zu kommen.

Was versprechen Sie Ihren Aktionären?

Ein stabiles Wachstum, eine steigende, progressive Dividende und eine solide Bilanz.

Sie sind bald vier Jahre an der Spitze von Oerlikon: Wie lange bleiben Sie?

Als Verwaltungsrat werde ich jährlich zur Wahl gestellt. Entscheidend ist also der Besitzer. Ich finde dies auch richtig so. Für mich gibt es keinen Grund wegzugehen. Ich bin Ingenieur, mich fasziniert Oerlikon, und ich bin gerne in der Schweiz.

Wie schätzen Sie den Technologiestandort Schweiz ein?

Die Schweiz bietet für Technologiefirmen viele Vorteile. Wir schätzen die Rechtssicherheit, Stabilität und hohe Zuverlässigkeit der Mitarbeiter. Kunden profitieren von der Swissness des Unternehmens, den Schwei-

zer Werten. Die Schweiz muss aber achtgeben, dass sie ihre Wettbewerbsvorteile nicht verliert. Der freie Verkehr von Waren und Personen muss gewährleistet sein. Ansonsten verliert das Land den Anschluss an die technologische Weltspitze.

Erwarten Sie bei Oerlikon Nachteile wegen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative?

Was die Zukunft bringt, ist schwer zu sagen. Aktuell spüren wir noch nichts. Wichtig ist die Umsetzung der Vorlage. Meines Erachtens sollte sichergestellt werden, dass unsere Technologiefirmen die besten Talente ins Land holen können, egal, aus welchem Land sie kommen. Spitzentechnologie ist ein Garant des schweizerischen Wohlstandes.

Ihre Leidenschaft sind Oldtimer. Sie besitzen eine der grössten privaten Sammlungen.

Ja, aber auch da interessiert mich die Technologie, besonders bei Autos, die vor 1930 gebaut wurden – wegen der vielen unterschiedlichen technologischen Ansätze und der Ingenieurskunst. Da wurde viel experimentiert. Grosse Freude habe ich an meinem Darracq, einem Einzylinder französischer Herkunft mit Baujahr 1900. Dieses Modell wurde gebaut, als Königin Victoria noch auf dem Thron Grossbritanniens sass. Der Wagen bringt es auf nur gerade sechseinhalb Pferdestärken.

Den fahren Sie immer noch?

Gelegentlich, etwa beim historischen Rennen von London nach Brighton. Es braucht aber viel Geduld und auch Mut, mit 40 km/h in diesem Fahrzeug unterwegs zu sein.

Kompensieren können Sie dies mit der Formel 1, wo Oerlikon ja als Sponsor auftritt.

Wir unterstützen verschiedene Firmen technologisch, so etwa in der Beschichtungstechnik. Hier können wir unter Extrembedingungen unsere Produkte testen. ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

**● KMU aktuell
Neues sgV-Gewerbe-TV**

Nein zur Abschaffung der
Pauschalbesteuerung.
Referendum gegen
Billag-Mediensteuer.
synergy, der Anlass der
KMU-Wirtschaft.
Mittwoch, 12. November,
21 Uhr auf



www.gewerbezeitung.ch



Genussabend mit Zigarren-Fabrikant Heinrich Villiger

Genuss ohne Staat

Der Staat versucht, seine Bürger zunehmend zu bevormunden. Die WHO will gleichzeitig die Tabakindustrie eliminieren. Dagegen wehrt sich der Schweizer Zigarrenfabrikant Heinrich Villiger.

Heinrich Villiger, der in dritter Generation und seit sechzig Jahren im Familienunternehmen aktiv tätig ist, kennt alle Zigarrentabake produzierenden Länder. Er gehört zu den ersten Gründern von Joint Ventures mit Kuba für den Import und Vertrieb von Havanna-Zigarren. Villiger ist deshalb seit zwei Jahrzehnten an den beiden offiziellen Havanna-Importeuren in der Schweiz und in Deutschland beteiligt. Der Unternehmer ist auch ein Kämpfer wider die Bevormundung der Bürger und bekannt dafür, dass er von seinem Erfolg auch an die Schwächeren etwas weitergibt. In Kuba unterstützt er deshalb seit vielen Jahren das Kinderhilfswerk Camaquito, das bedürftigen Kindern eine neue und sichere Heimat gibt und sich um deren Ausbildung kümmert.

Der Genussabend mit Heinrich Villiger beginnt mit einer feurigen Diskussion, die vom stv. Chefredaktor der Weltwoche, Dr. Philipp Gut, moderiert wird. Themen sind die zunehmende Bevormundung der Schweizer Bürger durch den Staat und der Versuch der Eliminierung der Tabakbranche durch die WHO. Der Abend soll nicht nur den Gästen viel Freude brin-

gen, sondern auch jenen Menschen, die diese Privilegien nicht geniessen können. Deshalb hat Heinrich Villiger den Gantruffer (Auktionator) Alois Wyss eingeladen, einige schöne Gegenstände aus seiner Firma zu versteigern. Es handelt sich dabei nicht um eine Luxusversteigerung. Jeder Zigarrengeniesser (aber auch Nichtraucher) kann mitbieten. Der Erlös kommt vollumfänglich dem Kinderhilfswerk Camaquito zugute.



Alois Wyss ist der gefragteste Auktionator der Schweiz. Seine Auftritte sind ein Highlight. Er hat den Beruf in der Schweiz geprägt und gilt als der Beste seines Fachs. Bereits als 19-Jähriger versteigerte er Kühe und Rinder. Noch heute führt er jährlich über 80 Versteigerungen durch und ist einer der Letzten seines Fachs.

Geniessen Sie mit uns einen aufregenden Abend mit edlem blauem Dunst und mit schlaun Köpfen.

Platin-Club-Spezialangebot

Genussabend mit Heinrich Villiger und Gantruffer Alois Wyss

Am Mittwoch, 26. November 2014, 18.30 Uhr

Programm

- Diskussion mit Dr. Philipp Gut
- Auktion zugunsten des Kinderhilfswerks Camaquito
- Eine kubanische Zigarrenrollerin zeigt die Kunst des Rollens.
- Eine eigene Zigarre rollen
- Degustieren verschiedener erstklassiger Zigarren
- Apéro und Buffet
- Live-Band

Veranstaltungsort

Restaurant «Falcone», Birmensdorferstr. 150, 8003 Zürich

Anmeldung

E-Mail mit Namen, Telefonnummer und für Abonnenten mit Kunden- bzw. Abo-Nummer an: events@villiger.ch

Anmeldeschluss

21. November 2014
Teilnehmerzahl ist limitiert!

Kosten

Fr. 90.– (Nichtabonnenten: Fr. 120.–)

www.weltwoche.ch/platinclub





Essay

Die Mär der bequemen Frau

Die *Weltwoche* trägt wenig dazu bei, falsche Vorstellungen über werktätige Frauen abzubauen. Dass es an weiblichen Karrieren mangelt, hat mit fehlendem Ehrgeiz nichts zu tun.

Von Margit Osterloh

Alex Baur schreibt in der *Weltwoche* von letzter Woche in einem mit «Die Mär der Frauen-Diskriminierung» betitelten Artikel, dass Frauen nur deshalb weniger verdienen und weniger aufsteigen, weil sie bequemer und weniger ehrgeizig seien als Männer. Kurt Schiltknecht fügt in seinem Kommentar «Chancen statt Quoten» hinzu, dass man die Vorstellungen über die mit Frauen oder Männern erzielbaren Erträge durch ein Gesetz nicht ändern könne. Richtig. Wohl aber kann man Unternehmen veranlassen, über die angeblich bequemen und wenig ehrgeizigen Frauen nachzudenken – in ihrem eigenen ökonomischen Interesse. Dazu trägt die *Weltwoche* wenig bei.

Unternehmen müssen nicht nur auf ihre aktuellen Erträge schauen, sondern auch auf die Ressourcen für zukünftige Erträge. Das gilt nicht nur für die Lehrlings- und Trainee-Ausbildung, sondern auch für die Frauen, die ja mittlerweile eine formal bessere Ausbildung haben als die Männer. Abiturientenquoten, Studienabschlüsse und mittlerweile sogar Doktorate zeigen dies. Frauen stellen heute ein dramatisch unausgeschöpftes Potenzial dar, insbesondere wenn man die Zahl der Einwanderer niedrig halten möchte.

Kosten der Identität

Dabei geht es nicht nur um die Frage der Kinderbetreuung. Dies ist ein wichtiges Thema, das aber hier nicht behandelt wird: Warum ist Kinderbetreuung in der Schweiz so viel teurer als im Ausland? Welche Rolle spielen dabei kostentreibende bürokratische Vorschriften, die wenig zur Qualität der Betreuung beitragen?

Es geht vor allem um negative Stereotype und Selbst-Stereotype, die Frauen trotz hervorragender Ausbildung daran hindern, ihrer Ausbildung entsprechend aufzusteigen und zu verdienen. Solche (Selbst-)Stereotype bringen Frauen in Zwiespalt zwischen ihrer traditionellen Frauenrolle und der Führungsrolle. Das hat mit Bequemlichkeit nichts zu tun. Sind berufstätige Frauen mit Doppelbelastung bequem, wenn sie neben ihrem Job ein Mehrfaches ihrer Männer im Haushalt arbeiten und nach den Kindern schauen? Solch simplifizierende Argumente vernachlässigen nicht nur die enorme Arbeitsleistung der meisten Frauen, die ja bekanntlich in der Schweiz eine besonders hohe Erwerbstätigenquote aufweisen. Sie berück-

sichtigen auch nicht die Rolle der Männer. Männer übernehmen nicht nur im Haushalt und in Bezug auf die Kinder weniger Pflichten (dafür kann der Arbeitgeber nur bedingt etwas), sondern viele männliche Vorgesetzte schätzen Frauen nicht, die ehrgeizig, wettbewerbsorientiert und selbstbewusst sind – allenfalls werden sie als Nachwuchs geschätzt, solange sie Nachwuchs bleiben. Eine vielzitierte Studie aus Indien zeigt Folgendes: Es brauchte mehr als zehn Jahre, bis Frauen, die mittels einer Quotenregelung als Gemeindevorsteherinnen gewählt



Dramatisch unausgeschöpftes Potenzial.

wurden, von den Männern akzeptiert worden sind – trotz hervorragender Arbeit. Sie erreichten Akzeptanz, nicht mehr. Sympathien haben sie nicht erworben. Frauen müssen also zusätzlich zu den Anstrengungen für den beruflichen Erfolg auch noch die psychischen Kosten der Rollenabweichung tragen. Der Nobelpreisträger für Ökonomie George Akerlof hat dies als Identitätskosten bezeichnet. Kurzfristig kann man das nicht ändern, wohl aber längerfristig durch Quoten. Diese verändern (Selbst-)Stereotype allmählich, wie die Studie zeigt.

Praktisch heisst das: Nie eine einzelne Frau ins Feld schicken, in dem sonst nur Männer un-

terwegs sind. Erst ab drei Frauen realisieren zum Beispiel Männer in Verwaltungsräten, dass Frauen genauso verschieden sind wie sie selber. Befolgt man diesen Grundsatz, hat man so etwas wie eine Quote eingeführt.

Zahlreiche empirische Befunde zeigen, dass Frauen im Durchschnitt den Wettbewerb mit Männern scheuen, nicht aber den mit Frauen. Das liegt nicht an ihren fehlenden Fähigkeiten, sondern am fehlenden Selbstbewusstsein. Deshalb ist die Koedukation für Frauen gar nichts Gutes. So sind Mädchen im Teenageralter in muslimischen Ländern in Mathematik genauso gut wie Buben, nicht aber bei uns. Im Berufsleben kann man Frauen und Männer nicht separieren. Aber wenn man mehr Frauen hat, können Frauen untereinander mehr in Wettbewerb treten.

Frauen haben wie alle Minoritäten eine schlechte Position in Netzwerken. Bei ihnen decken sich die instrumentellen viel weniger mit den affektiven Netzwerkbeziehungen als bei der Majorität. Führungsfrauen haben wenig gleichgestellte Kolleginnen, mit denen sie in eine Freundschaftsbeziehung treten können. Männer haben heutzutage bei freundschaftlichen Beziehungen mit Frauen schnell Angst vor dem Verdacht auf sexuelle Belästigung. Die schlechte Netzwerkposition von Frauen würde sich mit einem höheren Frauenanteil ändern.

Der Eliten-Forscher Michael Hartmann ist der Meinung, dass es einen guten Grund dafür gibt, warum in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern der Anteil der Frauen (und der Menschen aus den ärmeren Schichten) in der Politik viel grösser ist als in der Wirtschaft: Es ist die direkte Demokratie. Sie verhindert, dass sich immer wieder die alten Eliten reproduzieren. Ist die direkte Demokratie in der Wirtschaft eine Alternative zur Quote?

Selbstverständlich sind freiwillige Zielquoten besser als gesetzliche Quoten. Jahrelanges Argumentieren in diese Richtung hat aber wenig bewirkt. Stattdessen muss man in der *Weltwoche* die Mär von den bequemen Frauen lesen. Damit werden negative Stereotype verstärkt. Das schadet der Schweizer Wirtschaft!

Margit Osterloh ist seit 1991 Professorin für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich.

Das Subventionstheater

Mit jedem Eintritt am Zürcher Theater Neumarkt legt der Steuerzahler noch einmal 464 Franken drauf. Weltweit ein Höchstwert. Auch die anderen bedeutenden Bühnen in der Schweiz decken immer weniger ihrer Aufwände selbst. *Von Rico Bandle*



«Gegengewicht zur Eventisierung»: Theater Neumarkt.

Der Saal ist etwa zur Hälfte gefüllt, das Publikum besteht vorwiegend aus Jugendlichen, Typus Kunststudent, mit Trainerjacken aus dem Secondhandladen. Auf der Bühne spielen die Schauspieler den Science-Fiction-Film «Matrix» nach, was sie aber erst vor wenigen Stunden erfahren haben. Für den «Theaterschnellschuss mit Kultpotenzial» (Eigendeklaration) wird kaum geprobt, die Darsteller müssen improvisieren, sich in lustige Kostüme stürzen, herumalbern. Die Zuschauer lachen vor allem dann, wenn eine Szene gründlich misslingt. Es herrscht eine Stimmung wie an einem bunten Abend in einem Jugendtreff.

Willkommen im Theater Neumarkt, einer der höchstsubventionierten Bühnen der Welt, wo auf jede verkaufte Eintrittskarte der Steuerzahler nochmals 464 Franken drauflegt.

Zugegeben, dieser zufällig gewählte Augenschein am Freitagabend ist vielleicht nicht ganz

repräsentativ: Es gibt auch aufwendigere und ernsthaftere Produktionen als dieses «Filmkaraoke mit echten Schauspielern» im Theater Neumarkt. Und doch steht dieser Abend für ein Theater, wo die Kosten für die Allgemeinheit zum Dargebotenen in keinem Verhältnis stehen. In der vergangenen Spielzeit – der ersten unter dem Direktorenduo Ralf Fiedler und Peter Kastenmüller – hat sich die Anzahl Eintritte gegenüber dem Vorjahr auf 10 700 halbiert, die Ticketeinnahmen sind gar um sechzig Prozent eingebrochen – eine desaströse Bilanz.

Das Theater Neumarkt gehörte, gemessen am Publikumserfolg, mit öffentlichen Beiträgen von fünf Millionen Franken schon vorher zu den höchstsubventionierten Bühnen der Schweiz. Mittlerweile generiert das Theater nur noch zehn Prozent seiner Einnahmen selbst, das heisst durch Karten- und Sponsoreneinnahmen. Zum Vergleich: Das ebenfalls in

Zürich stationierte Theater Rigiblick erhielt letzte Saison mit rund 300 000 Franken nicht einmal einen Zehntel der Subventionen des Theaters Neumarkt, lockte aber fast dreimal so viele Zuschauer an.

Die Kodirektoren Fiedler und Kastenmüller beschönigen nichts, glauben aber, dass sie ihr Publikum noch finden. «Das soll nicht als Ausrede gelten, aber wir haben diese Saison mit doppelt so vielen Besuchern begonnen wie im Vorjahr», sagt Fiedler. Wie begründen sie die hohen Subventionen für das Theater? Den beiden fällt es schwer, eine Antwort zu finden, die über Allgemeinplätze hinausgeht: Man bilde ein «Gegengewicht zur Eventisierung», sei ein «Ort der Konzentration», hinterfrage den bürgerlichen Bildungskanon, sagen sie. Im Vergleich zu den grossen Stadttheatern sei das Theater Neumarkt eine Manufaktur, und die habe auch ihre Existenzberechtigung.

Selbst der Direktor wollte die Schliessung Einst wäre die Bühne fast geschlossen worden. 1993 entschied die Stadtzürcher Regierung, das Theater am Neumarkt zu schliessen. Doch die Kulturszene beehrte auf, protestierte, der Entscheid wurde in der Folge zurückgenommen. Die damals neu eingesetzten Direktoren Stephan Müller und Volker Hesse liessen sich von der Sympathiewelle mittragen und führten das kleine Theater zu einem nie dagewesenen Höhenflug. Es war die grosse Zeit des Theaters im Zürcher Niederdorf, Urs Widmers Welthit «Top Dogs» entstand in jenem Umfeld, das Haus wurde international bewundert, der Saal war meist voll.

Dass es sich um einen Ausnahmezustand handelte, war auch Müller und Hesse bewusst. Als im Sommer 1997 Christoph Marthaler zum Direktor des viel grösseren Schauspielhauses gewählt wurde und sich abzeichnete, dass mit dem Schiffbau eine riesige neue Spielstätte für experimentelles Theater entstehen würde, merkten die beiden, dass das Theater Neumarkt mit seinem festen Ensemble keine Zukunft haben würde. Sie schlugen vor, das Neumarkt in ein Haus für Koproduktionen umzubauen.

Auch der eher glücklos agierende spätere Neumarkt-Direktor Wolfgang Reiter sah am Ende seiner Amtszeit sein Theater in der übersättigten Zürcher Kulturlandschaft als überflüssig an. Er empfahl dem Stadtrat, es aufzulösen und in den Schiffbau zu integrieren. Nichts geschah. Die Stadt liess das teure Theater einfach weiterlaufen.

Subventionen an Deutschschweizer Bühnen 2012/13

	Anzahl Besucher	Subventionen pro Besucher (in Franken)	Eigenfinanzierung (in Prozent)
Opernhaus Zürich	247 251	327	33
Konzert & Theater St. Gallen**	161 745	168	30
Schauspielhaus Zürich	156 000	242	20
Theater Basel	155 096	283	21
Konzert Theater Bern**	125 798	300	19
Luzerner Theater	72 927	291	16
Theater Neumarkt*	10 706	464	10

*2013/14

**inkl. sinfonische Konzerte

Eigenfinanzierung: Anteil an den Gesamteinnahmen, die das Theater selbst erwirtschaftet (alles andere kommt von der öffentlichen Hand).

QUELLE: GESCHÄFTSBERICHTE DER THEATER

Das Theater Neumarkt mag ein Extrembeispiel sein, doch bei fast allen wichtigen Bühnen in der Schweiz hat die Eigenwirtschaftlichkeit in den letzten Jahren massiv abgenommen.

Vor 15 Jahren generierte das Zürcher Schauspielhaus noch 35 Prozent seiner Einnahmen selbst, heute nur noch 20 Prozent. Das Opernhaus Zürich, das grösste und teuerste Theater der Schweiz, hatte unter dem langjährigen Intendanten Alexander Pereira eine rekordhohe Eigenwirtschaftlichkeit von bis zu 45 Prozent, nach seinem Abgang ist sie rasant gesunken auf nur noch 33 Prozent. Um eine noch einigermaßen akzeptable Publikumsbilanz vorzuweisen, verschleudern viele Theater Karten zu Dumpingpreisen, in der Zürcher Gessnerallee zum Beispiel kostet jeder Eintritt nur noch lächerliche 16 Franken. Den Besuchern ist das anschliessende Bier in der Kneipe mehr wert als die Kunst.

Weshalb diese Kunstform noch immer den mit Abstand grössten Anteil an den gesamten Kultursubventionen erhält, wird immer schwieriger zu rechtfertigen. Natürlich kann man einwenden, dass bei der Kunst andere Kriterien als die rein betriebswirtschaftlichen entscheidend seien, wie «Neumarkt»-Kodirektor Ralf Fiedler sagt. Doch die sinkende Eigenfinanzierung der wichtigsten Theater geht einher mit der schwindenden gesellschaftlichen Relevanz dieser Kunstform.

Entstellte Klassiker

Für die Krise sind die hochsubventionierten Theater zu einem grossen Teil selber verantwortlich. Alle wollen zur Avantgarde gehören, «postdramatisches Theater» machen, wie es im Fachjargon heisst. Das bedeutet: Stücke werden bis zur Unkenntlichkeit verfremdet, der klassische Bildungskanon wird mit einem ironischen Unterton belegt, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den alten Stoffen gilt als bieder. Das höchste der Gefühle ist, wenn ein populäres Stück von einem aus Berlin eingeflogenen «Starregisseur» völlig entstellt wird, wie dies zurzeit im Schauspielhaus Zürich mit Paul Burkhardts «Der schwarze Hecht» der Fall ist.

Auch solches Theater soll es geben dürfen. Das Problem ist aber, dass es im subventionierten Bereich fast nur noch diese Art Theater gibt: Ob im linksalternativen Berner Kulturzentrum Reitschule oder im einst bürgerlichen Zürcher Schauspielhaus, ästhetisch und inhaltlich gibt es kaum noch Unterschiede,

nur der Produktionsaufwand ist ein anderer.

Eine Ausnahme ist das Theater St. Gallen: Es ist das ökonomisch erfolgreichste Mehrspartenhaus (Schauspiel, Oper, Ballett, Konzert) der Schweiz, wahrscheinlich sogar des gesamten deutschsprachigen Raums. Von der Grösse und Struktur her ist es mit dem Theater Bern vergleichbar, kommt aber mit 10 Millionen Franken weniger Subventionen aus (Bern erhält 37, St. Gallen 27 Millionen Franken). Trotzdem lockt es deutlich mehr Zuschauer an (siehe Tabelle).

Der langjährige Direktor des St. Galler Theaters, Werner Signer, erklärt den Erfolg seines Hauses damit, dass man frühzeitig auf das sich wandelnde Publikumsverhalten eingegangen sei: «Wir haben vor vielen Jahren schon die beliebten Operetten mit Musicals ersetzt. Zudem haben wir die Festspiele ins Leben gerufen, wo wir Opern und klassische Konzerte im Klosterhof und in der Stadt aufzuführen, also nahe beim Volk.» Mit den populären Produktionen werden die schwierigeren – dies durchaus auch gibt – quersubventioniert. Im Feuilleton ist mit einem solchen Konzept zwar keine Anerkennung zu holen, dafür bringt man die Leute noch ins Theater.

Dass heute in der Schweiz die Theater gänzlich unumstritten sind, dass sie ungeachtet ihrer Leistung Jahr für Jahr automatisch eine Subventionserhöhung erhalten, hat einen einfachen Grund: Kein Politiker in den links-grün dominierten Städten möchte es mit der mächtigen Kulturlobby aufnehmen. Als die Stadt Zürich 2002 den damaligen Schauspielhaus-Direktor Christoph Marthaler entliess, formierte sich ein von Schriftsteller Adolf Muschg und Publizist Roger de Weck orchestrierter Widerstand, bis der Entscheid rückgängig gemacht wurde. In diesem Jahr versuchte die Stadt das kleine Literaturmuseum Strauhof aufzulösen, um das Geld für ein anderes Literaturprojekt frei zu machen – nach monatelangen Protesten knickten die Verantwortlichen ein, der Strauhof bleibt.

Und so wird es auch in Zukunft noch Filmkaraoke-Abende geben, wo jeder Eintritt mit 464 Franken subventioniert wird. ○

Clever sparen!

Jetzt nur 450.–/Monat

Wir könnten unsere Preise auch auf 650.–/Monat erhöhen. Wollen wir aber nicht!

220'000
Impressionen pro Monat



Das marktführende Stellenportal für IT-Spezialisten

200'000
Impressionen pro Monat



Das Stellenportal für Medical-Stellen

180'000
Impressionen pro Monat



Das Schweizer Stellenportal für Handwerker

300'000
Impressionen pro Monat



Das Schweizer All-Branchen Portal



Testen Sie uns:
info@stellen-anzeiger.ch

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80

«Dieselbe Freiheit wie die Schweiz»

Douglas Carswell ist der erste Unterhausabgeordnete der United Kingdom Independence Party (Ukip). Der Ex-Tory preist das eidgenössische Modell und verrät: Nach dem zweiten Glas Wein will jeder Schweizer Diplomat in die EU. Von Wolfgang Koydl und Andrew Testa (Bild)



«Was wird geschehen, wenn wir zwanzig, dreissig, hundert Sitze gewinnen?»: Ukip-Parlamentarier Carswell.

Er erinnere ihn an einen jener harmlosen Spinner, die mit einer Plastiktüte voller Papiere herumlaufen und Ungerechtigkeiten bekämpfen, meinte einmal ein Kollege über Douglas Carswell. Er bezeichnete sich als sein Freund, und so kann man sich denken, was Gegner des 43-jährigen britischen Politikers über ihn sagen. Von denen dürfte er seit kurzem eine ganze Menge mehr besitzen, seitdem er von der Konservativen Partei von Premierminister David Cameron zur United Kingdom Independence Party (Ukip) wechselte und für sie das erste Direktmandat im Parlament eroberte. Allein damit hat Carswell Geschichte geschrieben, aber er will mehr: das wählerverachtende Parteien-Duopol von Labour und Konservativen aufbrechen und den Bürgern echte Wahlfreiheit geben. «Als Konsumenten haben wir Freiheit wie nie», sagt er. «Aber die Politik hinkt Jahrzehnte hinterher.»

«Verrückte, Knallköpfe, klammheimliche Rassisten» – so hat David Cameron die Mitglieder der Ukip einst genannt. In Ihrem Fall könnte er noch «Verräter» hinzufügen.

Das glaube ich nicht. Ich kenne David Cameron ziemlich gut, ich habe schon früh für ihn gearbeitet. Er ist ein angenehmer Mensch. Ich habe bei ihm zu Hause an seinem Küchentisch Lasagne gegessen, und ich muss sagen, er ist amüsant, er ist unterhaltsam.

Reicht das, um ein guter Premierminister zu sein?

Das ist genau der Punkt. Ich bezweifle, dass er irgendetwas ernst nimmt. Schauen Sie die grossen Führungsgestalten an, die dieses Land hervorgebracht hat. Margaret Thatcher war berühmt für ihren Mangel an Humor, und Winston Churchill konnte ziemlich brutal sein. Bei Cameron ist die Frage: Hat er die notwendige Charakterstärke, um die existenziellen Probleme dieses Landes anzupacken? Doch genau dazu ist ein starker Charakter der Schlüssel. Ich bezweifle übrigens, ob überhaupt einer der drei Parteiführer in Westminster – Tory, Labour oder Liberaldemokraten – diese Charakterstärke mitbringt.

Und Ihr neuer Parteivorsitzender, Nigel Farage, hat diese Charaktereigenschaften?

Einer der Gründe, weshalb ich mich der Ukip angeschlossen habe, war die Tatsache, dass er charakterstark ist.

Wie würden Sie seine Stärken beschreiben?

Es ist eine Mischung. Erstens: Er hat die Fähigkeit, sich so zu sehen, wie andere ihn sehen. Das ist eine seltene Eigenschaft unter Politikern. Zweitens: Er erkennt seine eigenen Grenzen. Eine der grossen Tragödien zeitgenössischer britischer Politik

liegt darin, dass sich in ihr junge Männer tummeln, die in Oxford oder Cambridge Politik, Philosophie und Wirtschaft studiert haben. Dort haben sie eigentlich nur gelernt, dass sie glauben nun alles zu wissen. Charakter kommt auch von Erfahrung, also davon, ob ein Politiker auch einmal in der richtigen Welt gearbeitet hat.

Nennen Sie ein Beispiel.

Wenn Sie ein mittelgrosses Unternehmen leiten, achten Sie darauf, dass Sie nicht von unerwarteten Rechnungen überrumpelt werden. Aber wir haben einen Premierminister, der von einer Nachforderung der EU in Höhe von 1,7 Milliarden Pfund überrascht wurde. So etwas würde nicht einmal dem Finanzchef einer kleinen Firma widerfahren. Aber in der Politik ist es exakt diese Beserwisserattitüde, die auf keinerlei Erfahrung fusst. Die Selbsteinschätzung unserer Politiker übertrifft meilenweit ihre Fähigkeit, tatsächlich unsere Probleme zu lösen.

In der Politik geht es aber vor allem um Macht, denn nur wer die Macht hat, kann Dinge verändern. Sie haben als einer der Ersten in Grossbritannien ein Referendum über eine EU-Mitgliedschaft gefordert. Cameron hat ein Referendum versprochen.

«Schweizer wissen, wie wichtig es ist, Politikern die Macht wegzunehmen.»

Warum vertauschen Sie eine Regierungspartei mit einer Partei, die Lichtjahre von den Hebeln der Macht entfernt ist?

Als wir vor drei Jahren das Referendum forderten, hasste uns Downing Street aus ganzem Herzen. Heute posaunen sie diese Politik heraus, als ob es schon immer ihre ureigene Idee gewesen wäre. Wenn ich David Camerons berühmtes Referendumversprechen wirklich beim Wort nähme, sässe ich heute nicht hier. Ich hatte geglaubt, dass ein Referendum grundlegende neue Verhandlungen über unser Verhältnis zur EU bedeuten würde. Im Anschluss daran gäbe es eine Abstimmung, in der die Menschen entscheiden, ob sie die EU verlassen wollen oder ob sie der neuen Übereinkunft zustimmen. Aber ich bin zu dem Schluss gekommen, dass jedes Wort, das Cameron damals aussprach, nur einem einzigen Ziel diene: die nächste Parlamentswahl zu gewinnen. Ich habe in den letzten Jahren viele britische Spitzenbeamte gesprochen. Kein einziger hatte irgendwelche ernsthaften Vorbereitungen für Verhandlungen mit der EU getroffen. Sie waren noch nicht einmal interessiert daran, darüber nachzudenken. Es ging nur um die nächsten Wahlen. Je näher der Referendumstermin rückt, desto mehr wird man die Wähler übertölpeln, für den Status

quo zu stimmen. Das Herz der Tories schlägt nicht für einen Wandel.

Haben Sie wegen dieser Haltung zu Europa die Konservativen verlassen?

Nein, mir ging es darum, endlich überfällige politische Reformen umzusetzen.

Sie haben diese Reformen für das Wahlprogramm der Tories vor vier Jahren formuliert. Was ist daraus geworden?

Immerhin wurden viele unserer Ideen in den Koalitionsvertrag mit den Liberaldemokraten aufgenommen: Vorwahlen zur Auswahl von Kandidaten, die Möglichkeit, Abgeordnete während der Legislaturperiode wieder abzuberufen, eine Verringerung der Zahl der Abgeordneten. Aber verwirklicht wurde nichts davon, keine einzige Forderung. Es war erbärmlich, unehrlich und hinterhältig, wie die Regierung ihre eigenen Versprechen brach.

Glauben Sie wirklich, dass Sie mit der Ukip mehr Chancen haben, diese Reformen zu verwirklichen?

Ganz sicher. Noch bevor ich mich entschied, seiner Partei beizutreten, hielt Ukip-Chef Nigel Farage eine hervorragende Rede, in der es um direkte Demokratie ging. Gerade Schweizer Leser wissen, wie wichtig es ist, Politikern die Macht wegzunehmen und den Bürgern anzuvertrauen. Das ist die Grundlage der schweizerischen Bundesverfassung, die ein brillanter Geniestreich ist und stark von amerikanischen Vorbildern beeinflusst war. Ich frage mich, warum mein Land das nicht auch haben soll. Mir fällt ausserdem auf, dass die USA und die Schweiz jene zwei Länder sind, die wohlhabender sind und von glücklicheren Menschen bewohnt werden als mein Land. Ich will auch einiges von dem, was die Schweiz hat, und ich rede nicht über Schokolade.

In der Schweiz gibt es Stimmen, die dieses Schweizer System an europäische Gegebenheiten anpassen wollen.

Ich habe noch keinen Schweizer Diplomaten getroffen, der nicht für einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union gewesen wäre. Nach dem zweiten Glas Wein sagen das alle. Aber das ist die wunderbare Sache mit der direkten Demokratie: Da sind zwar die professionellen Eliten, aber das Volk entscheidet. Dass die Schweiz ein besseres demokratisches System hat als der Rest der Welt, bedeutet nicht, dass sie immer gute Entscheidungen trifft. Ich bin sicher, wenn ich noch in Interlaken leben würde, wo ich ein Jahr als junger Mann zugebracht habe, würde ich mit manchen Entscheidungen nicht übereinstimmen. Aber das ist gerade das Tolle an der Schweizer Demokratie: Die grössten Kritiker des Systems sind Schweizer. Deshalb funktioniert es.

Die Schweiz sollte sich also von der EU fernhalten?

>>>

Verschenken Sie einen Sechser im Lotto.

Für alle, die lieber geniessen als auf gut Glück zu tippen,
ist VINUM, Europas führendes Weinmagazin,
das ideale Geschenk. Denn VINUM-Leser kennen
den perfekten Wein zu jedem Anlass.



VINUM-
Jahresabo im
Geschenkpaket

nur CHF **129.-**

Das VINUM-Jahresabo im Geschenkpaket

Mit 10 VINUM-Ausgaben, diversen Sonderbeilagen, eMag und exklusiven Events wird jeder im Nu zum Weinkenner. Dazu können Sie eines von drei Geschenkpaketen wählen. Ihr Geschenk und eine persönliche Grusskarte treffen pünktlich zum Fest beim Empfänger ein. Falls Sie es nicht lieber direkt übergeben möchten.

Mehr auf www.vinum.ch/geschenkpaket



JA, ICH BESTELLE (Gewünschtes bitte ankreuzen)

- Geschenkpaket
für Wein-Liebhaber

Swiss-Tasting

VINUM-Jahresabo

+ Tasting-Gläser
SENSA (2er-Set) für
professionelle Anwendungen
mit Arome-Effekt.

+ «Die 100 besten Weingüter» der Schweiz.
Thomas Vaterlaus präsentiert auf über 200 Seiten
Porträts von Traditionsgütern und Geheimtipps.



- Geschenkpaket
für Wein-Einsteiger

Geruchssinn- Training

VINUM-Jahresabo

+ Le Nez du Vin,
12er-Rotweinaromen-Set.
Die 12 Grundaromen im Rotwein.
Ein Begleitbüchlein informiert über die Funktionsweise
des Geruchssinns und das Verkosten von Wein.



für nur CHF 129.-

- Geschenkpaket für
Wein-Kulinariker

Wein & Speisen

VINUM-Jahresabo

+ «Wein & Speisen» von
Christina Fischer. Das Basis-
regelwerk hilft, jede Speise
mit dem richtigen Wein zu kombinieren.

+ 1 Flasche Fontodi, Sauvignon Meriggio Bianco, 2013
+ 1 Flasche Aldo Conterno, Barbera d'Alba Tre Pile, 2011



für nur CHF 129.-

RECHNUNGSADRESSE

Vor-, Nachname _____
Strasse, Nr. _____
PLZ, Ort _____
E-Mail _____
Telefon _____
Datum, Unterschrift _____

- Bitte liefern Sie das Geschenkpaket an die Rech-
nungsadresse, das Paket wird persönlich überreicht.

GESCHENKABO-LIEFERADRESSE

Vor-, Nachname _____
Strasse, Nr. _____
PLZ, Ort _____

Vinum
EUROPAS WEINMAGAZIN

BESTELLUNG UNTER: www.vinum.ch/geschenkpaket

COUPON EINSENDEN AN:
VINUM Leserservice
Sulzstrasse 10-12, 9403 Goldach, leserservice@vinum.ch
Telefon 071 844 91 53, Fax 071 844 93 45

CARATELLO
WEINE
LES VINS ITALIENS

Wein14W

Das Angebot ist gültig bis 31.12.2014, solange der Vorrat reicht, für Neuabonnenten in der Schweiz. Alle Preise inkl. Steuer und Zustellgebühren. Auslandspreise auf Anfrage. Der Prämienversand erfolgt nach Zahlungseingang. Kein Prämienversand ins Ausland. VINUM erscheint in der Intervinum AG, Thurgauerstr. 66, CH-8050 Zürich.

Selbstverständlich. Ein Beitritt wäre eine Katastrophe für die Schweiz. Der Grund, weshalb die Schweiz so gut funktioniert, hat nichts mit Grösse zu tun. Politiker wollen uns einreden, dass gross gut ist. Das Gegenteil ist der Fall. Die erfolgreichsten Länder sind kleine Länder. Die Ausnahme sind die Vereinigten Staaten von Amerika,

«Ukip ist ein Phänomen der Erwartungen an moderne Politik.»

aber die sind gleichsam eine grosse Schweiz, eine Ansammlung von fünfzig Kantonen.

Stichwort Kantone: Zu Ihren Reformvorschlägen gehört auch eine Lokalisierung der Macht – eben wie in der Schweiz oder in den USA.

Theoretisch haben wir auch im Vereinigten Königreich eine Regionalisierung über unsere Grafschaften, aber eben nur theoretisch. In der Schweiz wäre es undenkbar, dass eine zentrale Behörde – wie soeben in meinem Wahlkreis geschehen – einer Gemeinde detaillierte Bauvorschriften erteilt. Der Minister hat gesprochen, Widerspruch zwecklos. Und dann wundern wir uns, wenn bei den nächsten Lokalwahlen nur 25 Prozent zur Wahl gehen. So hat man die Demokratie in Grossbritannien zerstört – durch Zentralisierung. Was mich rasend macht: Als wir in der Opposition waren, arbeitete ich für einen gewissen David Cameron einen Plan aus, den Grafschaften das Recht auf eigene Entscheidungen zu geben. Aber nichts ist geschehen.

In Ihren Worten klingt immer wieder Enttäuschung über die Parteien an. Sind die Parteien Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Ich glaube nicht mehr, dass diese grossen Parteikonzerne unsere Probleme lösen können. Labour und Tories bilden in unserem Land ein doppeltes Monopol. Sie sind ein einziger Betrug am Wähler. Sie stützen einander gegenseitig wie zwei angeschlagene Firmen, die ihren eigenen Kundestamm schützen. Kunden sind die Wahlkreise, und die sind so zugeschnitten, dass nur in fünfzehn bis zwanzig Prozent der Wahlkreise tatsächlich die Inhaber wechseln können. Die anderen Wahlkreise sind bombensicher für die eine oder andere Partei. Man vergibt sie an loyale Parteileute, die über keinerlei Lebenserfahrung ausserhalb der Partei verfügen. Das heisst: In den meisten Wahlkreisen hat man als Wähler keine wirkliche Wahl. Den Parteien gefällt das. Im Wahlkampf tun sie zwar so, als ob sie sich bekämpften, aber in den grossen Fragen sind sie sich sowieso einig.

Warum ist das so?

Eine Politkarriere in einer Partei ist eine begehrte Berufskarriere geworden. Parteien bekommen Millionen Pfund an Steuergeldern, um für uns Politik zu machen. Sie wollen nicht, dass ihnen dabei die Wähler in die Quere kommen. Wenn Sie in diesem Land nur zwei Supermarktketten hätten und in vielen Orten gäbe es nur einen Laden, würden sich die meisten Kunden geprellt fühlen. Genau das passiert in unserer Politik. Die Supermärkte in Grossbritannien sind heute besser geworden, seit Aldi und Lidl gekommen sind. Ukip ist für die Politik, was Aldi und Lidl für Supermärkte waren: ein neuer Mitbewerber, der die etablierten Monopole mit besseren Angeboten unterbietet. Dieser irritierende kleine Emporkömmling



Schlafen ist sinnlich.
Spüren Sie den Unterschied?

roviva 1748

Matratzen- und Bettenfabrik, www.roviva.ch

zwingt den Politikern die Agenda auf. Wir haben nur einen Sitz gewonnen – und schon redet Cameron über Personenfreizügigkeit in der EU. Über was wird er reden, wenn wir die nächste Nachwahl gewinnen? Was wird geschehen, wenn wir zwanzig, dreissig, hundert Sitze gewinnen?

Personenfreizügigkeit und Zuwanderung beschäftigen die Leute in Grossbritannien und anderswo schon ziemlich lange sehr stark.

Das Thema Zuwanderung rangiert recht weit oben. Die Sorge darüber ist völlig berechtigt, schliesslich wirft sie Fragen der Identität und der Kontrolle auf. Kontrolle ist hier der Schlüsselbegriff. Die Leute spüren, dass sie die Kontrolle verlieren. In ihrem Privatleben haben sie volle Kontrolle über das, was sie wollen oder nicht wollen. Nie zuvor hatten Verbraucher so viel Kontrolle darüber wie heute. Das aber hat den Mangel an Kontrolle

über das politische System unerträglich gemacht. Es wird oft gesagt, dass Ukip eine zornige Gegenreaktion auf die moderne Welt sei. Das stimmt absolut nicht. Ukip ist ein Phänomen der Erwartungen an moderne Politik. Das besagt, dass du als Wähler nicht mehr damit zufrieden bist, im Parlament von einem tattrigen Soundso vertreten zu werden, dem du letztlich gleichgültig bist. Die Wähler wollen mehr mitreden.

So wie in der Schweiz?

Richtig. In der Schweiz gibt es dieses wunderbare System, nach dem die Gemeinde entscheidet, wer Schweizer Bürger wird. Als ich in Interlaken lebte, stellte die Gemeinde meine Arbeitsgenehmigung aus. Sie legte fest, wie viele Genehmigungen es für britische Kellner gab, und ich war einer von ihnen. Ein wunderbares System. Es hat funktioniert. Örtliche Bedürfnisse wurden von der örtlichen Wirtschaft gedeckt. Und nachdem mein Jahr vorbei war, stand ausser Frage, dass ich wieder gehen musste.

Einiges davon hat sich verändert, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Europäischen Union. Was mich zur Gretchenfrage bringt: Würden Sie sich selbst als Europäer bezeichnen?

Mein Land begann als europäisches Land, aber heute sind wir ein *extra-European country*, ein aussereuropäisches Land. Als rein europäisches Land wären wir industriell und wissenschaftlich nie so durchgestartet, wie wir das getan haben. Nehmen Sie die Strasse in Essex, in der ich lebe: Mehr Leute dort haben Verbindungen nach Australien als nach Europa. Schon im 17. Jahrhundert hörten wir auf, ein rein europäisches Land zu sein. Wir begannen nach draussen zu blicken, und das hat sich nie geändert. Nur geografisch sind wir noch immer genauso weit von der belgischen Küste entfernt wie früher.

Bleibt die EU. Sind Sie zuversichtlich, dass Grossbritannien die Union verlassen wird?
Ja.

Erst 2017, auf wann das Referendum gesprochen ist, oder schon früher?

Das weiss ich nicht. Ich habe eine fünfjährige Tochter, und ich bin felsenfest überzeugt, dass ihre Chancen im Leben besser sein werden, wenn wir die EU verlassen. Falls notwendig, werde ich warten, bis sie fünfzehn ist. Ich will nichts überstürzen, aber meine Meinung steht fest. Ihre Chancen wären besser in der Schweiz, sie wären besser in Australien. Aber das ist mein Land, das ist meine Heimat, und ich will, dass meine Heimat dasselbe hat wie die Schweiz: demokratische Selbstbestimmung. Die Europäische Union ist ein Betrug der politischen Elite am Volk. Deshalb haben sich Länder, die an die direkte Demokratie glauben, von ihr ferngehalten. Ich freue mich darauf, mich der Schweiz anzuschliessen – ausserhalb der EU. ○

**IN DER SCHWEIZ, WILLST
DU ETWAS UNTERNEHMEN,
MACH ES HEUTE, DENN
MORGEN KÖNNTE ES
SCHON VERBOTEN SEIN!**



Patrick G.

#SagesderSchweiz

Teilen auch Sie der Schweiz etwas mit. Entweder auf www.SagesderSchweiz.ch
oder via Hashtag. Und schon bald könnte Ihre Botschaft in einem
Inserat wie diesem stehen. Weitere Teilnahmeanfos gibt's auf der Website.

JETZT MITMACHEN

Das Inserat. Jeden effizient erreichen.

Eine Aktion der



SCHWEIZER MEDIEN
MÉDIAS SUISSES | STAMPA SVIZZERA | SWISS MEDIA

Fünf vernünftige Frauen

In fünf europäischen Ländern walten Verteidigungsministerinnen. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Verweiblichung des Militärs und dem beklagenswerten Zustand westlicher Armeen?

Von Martin van Creveld

Margaret Mead, die berühmte Anthropologin, schrieb 1948, dass die Tätigkeit von Männern in allen bekannten Gesellschaften als besonders wertvoll betrachtet wird, und zwar von Männern wie Frauen gleichermaßen. Wenn Frauen nun, schrieb Mead weiter, in Bereiche eindringen, die bislang Männern vorbehalten waren, suchen die Männer früher oder später das Weite. Und wenn diese Abwanderung nicht verhindert wird, verlieren diese Tätigkeitsbereiche zunehmend an sozialer und ökonomischer Bedeutung. Das gilt für den Status wie für die materiellen Chancen, die sich dort bieten.

Dutzende von Wissenschaftlern, darunter zahlreiche Frauen, haben Margaret Meads Beobachtung in ganz unterschiedlichen Feldern bestätigt, in der Pharmazie, im Lektorat oder auch im Lehrerberuf. So funktioniert die Welt ganz einfach.

Jahrzehnte ohne Krieg

Was bedeutet es also, dass derzeit in nicht weniger als fünf europäischen Ländern Frauen an der Spitze des Verteidigungsressorts stehen? Beweist das, wie viele Feministinnen behaupten, dass nunmehr die letzten männlichen Bastionen von Frauen erobert werden? Oder gibt es eine andere, vielleicht sogar bessere Erklärung?

Bei den fraglichen Ländern handelt es sich um Albanien (Mimi Kodheli), Deutschland (Ursula von der Leyen), Italien (Roberta Pinotti), die Niederlande (Jeanine Hennis-Plaschaert) und Norwegen (Ine Marie Eriksen Søreide). Mit Ausnahme von Albanien, in dessen unmittelbarer Nähe 1999 der Kosovo-Krieg stattfand, haben diese Länder seit Jahrzehnten keinen Krieg mehr erlebt.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs galt ihre Sicherheit – also die Tatsache, dass niemand versuchen würde, sie anzugreifen, zu besetzen oder zu belagern – als Selbstverständlichkeit. Wenn ihre Streitkräfte überhaupt eingesetzt wurden, dann in fernen Ländern gegen deutlich schwächere Gegner. Viele Menschen bezweifelten sogar, ob diese Einsätze überhaupt notwendig waren.

Die Allgemeinheit konnte sich sicher fühlen. Mangels äusserer Bedrohungen wurde in vielen Ländern die Wehrpflicht abgeschafft, die Truppenstärke immer weiter reduziert. In Deutschland ging die Zahl der Soldaten von 500 000 (im Jahr 1990) auf deutlich unter 200 000 (im Jahr 2014) zurück. In Albanien

ging die Truppenstärke im gleichen Zeitraum von 120 000 (nicht mitgerechnet 500 000 Reservisten) auf 15 000 zurück. Deutschland, Italien, die Niederlande und Norwegen haben ihr Militärbudget um etwa die Hälfte gekürzt.

Die Präsenz von Frauen in den Streitkräften – nicht nur auf der Kommandoebene, sondern auch in der Truppe – hat deutlich zugenommen, und gleichzeitig ziehen immer mehr Menschen im Westen den Schluss, dass das Militär an Relevanz verliert. Das bedeutet wiederum, dass das Entwicklungspotenzial

«Militärische Erfahrung» ist keineswegs überflüssig geworden.

der Streitkräfte nicht genutzt wird. Ursula von der Leyen beispielsweise soll nicht deswegen auf den Posten der Verteidigungsministerin berufen worden sein, weil sie besonders viel von der Materie versteht, sondern weil Kanzlerin Angela Merkel davon ausging, dass die frühere Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in ihrem Job Schiffbruch erleiden werde. Was angesichts des desolaten Zustands der Bundeswehr auch niemanden überraschen würde. Dann wäre von der Leyen keine Gefahr mehr für Merkel.

Es mag sein, wie eine Verteidigungsexpertin geschrieben hat, dass «Frauen in der Art und Weise, wie Europa auf das russische Säbelrasseln in der Ukraine reagiert, tatsächlich etwas erreichen können». Schliesslich «neigen Frauen dazu, nach vernünftigen Lösungen zu suchen, und besitzen daher die Fähigkeit, Konflikte zu deeskalieren». Wie dieser und andere Konflikte weltweit zeigen, stimmt es aber einfach nicht, dass Verteidigung nicht mehr heisst, «dass Armeen auf dem Schlachtfeld gegeneinander kämpfen». Und «militärische Erfahrung» ist daher auch keineswegs überflüssig geworden.

Tatsache ist, dass die Armeen der meisten westlichen Länder durch jahrelange Vernachlässigung – und die Verweiblichung der Streitkräfte und ihrer Führungsstrukturen könnte durchaus dazu gehören – in einem beklagenswerten Zustand sind. Angesichts so liebenswürdiger, umgänglicher Figuren wie des russischen Präsidenten Wladimir Putin oder Abu Bakr al-Baghdadi, des selbsternannten Anführers der Terrororganisation Islamischer Staat, braucht es mehr als fünf Frauen – wie vernünftig und wie geschickt sie in Sachen Deeskalation auch sein mögen –, um die Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

Martin van Creveld ist ein israelischer Militärhistoriker und Strategieexperte.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Was bedeutet das? Verteidigungsministerin von der Leyen (l.), norwegische Amtskollegin Eriksen Søreide.



In den Medien bricht ein Höllenfeuer aus: Demonstration gegen Salafisten in Köln, 26. Oktober.

Aufbegehren unerwünscht

Hooligans demonstrieren gegen gewalttätige Islamisten – und decken so die Feigheit von Politik und Medien in Deutschland auf. Was wirklich auf der Hogesa-Demo in Köln geschah.

Von Tatjana Festerling

Arbeiter, Bauern oder ein unerschrockener Pöbel, der nichts zu verlieren hatte – es waren schon immer Menschen mit einer Mistgabel in der Hand, die sich gegen ihre Unterdrücker auflehnten. 1989 waren es Hooligans des 1. FC Lokomotive Leipzig, die DDR-Bürger bei den dortigen Montagsdemonstrationen vor Zugriff durch die Stasi schützten. Nun sind am 26. Oktober in Köln rund 5000 «Hooligans gegen Salafisten» (Hogesa) auf die Strasse gegangen – und ich habe vor ihnen den Hut gezogen.

Ich bin berufstätige Mutter von zwei erwachsenen Kindern, Ultramarathonläuferin, mit Coaching- und Yoga-Ausbildung, weit gereist und freiheitsliebend. Viele mehrmonatige Auslandsaufenthalte und internationale Freundschaften prägen meinen Erfahrungsschatz. Ich erkläre mich uneingeschränkt solidarisch mit Israel. Niemals hatte ich mit Nazis und Rechts-extremen zu tun – ich lehne diese zutiefst ab. Und in den Medien bricht ein Höllenfeuer aus. Was ist geschehen? Dieses bürgerliche «Monster» wagt es, nach Köln zu einer Demo gegen

Kopfabschneider und Frauenverstümmler zu fahren. Noch dreister: Als Augenzeugin schreibe ich meine Eindrücke auf und widerspreche damit der offiziellen Version. Mein kleiner, eilig getippter Text wurde allein in drei Tagen über 200 000-mal auf Journalistenwatch.com abgerufen, 21 000-mal auf Facebook «geliked».

Typen, die sich trauen

Doch es darf nicht sein, was ist. Mein privates, berufliches und politisches Wirken wird von eifrigen Denunzianten untersucht, skandalisiert und in diskreditierende Massnahmen umgesetzt. Das Telefon klingelt ununterbrochen, Interview-Anfragen von ARD bis zur *Zeit* – doch ich sehe schlicht kein Presseorgan, das eine nachdenkliche, abwägende Haltung einnimmt. Alles, was nicht «linientreu» daher kommt, wird umgedeutet, sinnentstellt. Das Meinungskartell aus Politik und Medien lässt grüssen.

Selbst in meiner Partei, der Alternative für Deutschland, die sich mit «Mut zur Wahrheit» rühmt, wird offen zur Denunziation

aufgerufen. Abweichende Meinungen werden nicht geduldet. Und damit auch wirklich nie, nie wieder ein Bürgerlicher wagt, sich selber ein Bild davon zu machen, hat Parteichef Bernd Lucke allen Mitgliedern verboten, an Hogesa-Demonstrationen teilzunehmen. Man muss sich schon sehr bewusst machen, dass man Mitglied einer demokratischen Partei ist und nicht aus Versehen in einer obskuren, kontrollbesessenen Sekte mit geliebtem Anführer gelandet ist.

Doch mehr und mehr Menschen haben die Nase gestrichen voll, auch unpolitische Bürger ahnen, dass etwas ganz gewaltig stinkt in Deutschland. Selbst der durch «Bauer sucht Frau»-TV seditierte Steuerknecht glaubt nicht mehr, was der Onkel in der «Tagesschau» verkündet.

Zurück zu den Hooligans. Hools sind (auch!) Bürger, die normalerweise in erbitterter Fussballvereins-Feindschaft zueinander stehen, teilweise ihr Leben lang, und sich dann in der «dritten Halbzeit» treffen, um sich gegenseitig zu vermöbeln. Und nun überwinden sie ihre tiefsitzenden Freund-Feind-Bilder, schliessen

sich vor sechs Wochen zusammen und gründen die Bewegung Hogesa – «In den Farben getrennt, in der Sache vereint – Hooligans gegen Salafisten». Also Typen, die sich trauen, für unser Land und für den vor der Glotze hockenden deutschen Michel auf die Strasse zu gehen.

Familienväter, Arbeiter, Akademiker

Damit haben die Hools die gesamte selbsterklärte Medien- und Politelite vorgeführt: Wer, bitte, schafft so etwas im veganen, links-grünen, geschlechtervielfältigen Konstantin-Wecker-Deutschland? Um zu erkennen, wie tief die Gräben zwischen einzelnen Hool-Gruppen sind, muss man sich nur vorstellen, dass die radikal linke Antifa dem konservativen Intellektuellen die Hand reicht, um Strategien zum Erhalt unserer abendländischen Kultur zu diskutieren. Absurd, nicht wahr? Vielleicht dämert dem einen oder anderen, was die charakterliche Haltung der Hooligans bedeutet!

Überhaupt, diese Hools: Fremd sind sie mir nicht, denn 2009 war ich verantwortlich für das erste deutschlandweite Alkoholkonsumverbot in Regionalzügen. Auch Fussballzüge wurden trockengelegt – und ich wurde kurzzeitig zum Feind erklärt. Zwar kündigten die Hools lautstark Widerstand gegen das Alkoholverbot in Zügen an, doch letztlich hielten sich gerade sie an die Regeln: letztes Bier auf dem Perron, kein Alkohol während der Zugfahrt. Schon damals war klar: Wir haben es nicht mit Dummköpfen, tumben Nazis oder Schlägertrupps zu tun, sondern mit Familienvätern, Arbeitern, Akademikern, kurz: mit Steuerzahlern, die sich häufiges Reisen durch Deutschland leisten können.

Über die Ereignisse in Köln nun wurden Bilder zu Horrorszenarien zusammengeschnitten, die bürgerkriegsähnliche Schlachten von Rechten suggerieren. Der staatlich-medial geplante Erzählstrang wird ausgeschmückt mit Dramatik, Behauptungen und Provokationen. Die Wahrnehmung – alles Rechte! – soll in die Köpfe des Volkes eingebimst werden. Der Innenminister äussert sich. Stellt ein Demonstrationsverbot in den Raum, die Hogesa wird zur Chefsache. Dem widerspricht, dass es «nur» dreizehn Festnahmen und keine Schlägerbilder gab. Lediglich ein «zufällig» auf dem Platz abgestellter Polizeibus wurde umgeworfen, der als Beweisbild x-fach bemüht wurde. In Berlin und Hamburg brennen bei linksextremen Gewaltausschreitungen zum 1. Mai Fahrzeuge, Barrikaden und sogar Polizeistationen. Überhaupt, wenn dreizehn festgenommen wurden – was machen wir denn mit den anderen 4987 Demonstranten? In Köln ist keine Schaufensterscheibe zu Bruch gegangen, und «der Dom zu Kölle» steht ebenfalls noch – also bitte auch in der Berichterstattung die Kirche im Dorf lassen!

Doch was, wenn die 5000 Prügler wirklich Gewalt gesucht und damit Ernst gemacht hätten? 1300 Polizisten und zwei Wasserwerfer hätten ihnen nichts entgegensetzen können. Nein,



«Die Bürger sollen eingeschüchtert werden.»

die Hools wollten eine friedliche Demonstration, und sie haben untereinander dafür gesorgt, dass einzelne Ausreisser schnell wieder beruhigt wurden. Von der Gruppe beteiligter Neonazis (rund 200) werden sich die Hools bei künftigen Demos allerdings deutlich abgrenzen müssen, damit die Ewiggestrigen nicht zur Demontage der Hogesa benutzt werden.

Warum sind Islamisten so oft in Talkshows?

Da bleibt noch eine spannende Frage: Was, wenn gewaltbereite Islamisten gegen die Hools aufmarschiert wären? Zum Beispiel jene Demonstranten, die vor wenigen Wochen mit hasserfüllten Gesichtern ungehindert «Hamas, Hamas, Juden ab ins Gas» skandierten – und zwar in Berlin, nicht etwa im Gazastreifen. Die, denen die Polizei artig Lautsprecher zur Verfügung stellte, damit sie ihre Parolen und Verwünschungen noch besser in die Menge brüllen konnten. Oder die, die sich mit Macheten, Messern, Dönerspiesen und Schusswaffen in Celle und Hamburg gegenseitig an die Gurgel gingen.

Warum werden eigentlich Salafisten und Islamisten so oft in deutsche Fernseh-Talkshows eingeladen? Zuletzt konnten sie bei einem hilflosen Günther Jauch und einer politisch korrekten Sandra Maischberger quasi ungehindert ihr demagogisches Gift verbreiten. Sobald jedoch Menschen «wie du und ich» auf die Strasse gehen und ihr Entsetzen über den Salafismus ausdrücken, bricht Empörung aus, werden sie pauschal den Rechtsradikalen zugeordnet.

Das lässt nur einen Schluss zu: Eine echte Debatte über den Salafismus in Deutschland soll verhindert werden. Und zwar mit deutscher Gründlichkeit. Den Vogel schießt übrigens Bild-Kolumnist Franz Josef Wagner ab. Der erklärt alle 5000 Demonstranten in Köln für völlig verblödet und gewalttätig und unterstellt, sie wüssten nicht einmal, was Salafisten sind. Er soll das doch bitte mal den mitdemonstrierenden Kemalisten, Jesiden, Kurden, Niederländern, Belgiern, Schweizern und Deutschen in einem persönlichen Gespräch erklären. Das Motiv der Konspiration in Presse und Politik ist

so klar wie schlicht: Die Bürger sollen eingeschüchtert werden und denken, dass es sich ausschliesslich um Rechtsextreme handelt – und mit denen sympathisiert man nicht. Von Rechten besetzte Themen sind automatisch tabu.

«Söhne und Töchter»

Doch die Hools fordern nur ein, worum sich Deutschland seit Jahren drückt: eine Auseinandersetzung mit der dem Staat konträr gegenüberstehenden Islamisierung – mit all ihren Auswüchsen wie Scharia-Recht, Parallelgesellschaften und der Gefahr des sich ausbreitenden Salafismus. Doch wie üblich wird der Versuch unternommen, diesen Teufelskreis politisch zu negieren. Stattdessen liegen bereits durch Steuern zu finanzierende Pläne für Integrationsangebote für Dschihad-Rückkehrer vor, und der Bundesinnenminister spricht von «Söhnen und Töchtern». Doch mit Geld und warmen Worten wird man die «Surenöhne» der Apokalypse nicht aufhalten können. Die Hooligans haben vielleicht kein Rezept für die Zukunft, aber sie haben möglicherweise das Momentum geschaffen, das Bürger zum Nachdenken und Deutschland zur Besinnung bringen könnte.

Tatjana Festerling ist Kommunikationsexpertin und Gründungsmitglied der Partei «Alternative für Deutschland».

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)

www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antworttalon

Weltwoche 2014

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

E-Mail

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

Freispruch für die Schweiz

Die brillante Verteidigung gab den Ausschlag. Im Prozess gegen Raoul Weil konnten die USA nicht beweisen, dass der ehemalige Chef der globalen UBS-Vermögensverwaltung am Steuerbetrug von US-Kunden beteiligt gewesen war. Nicht einmal, dass er davon gewusst hatte. Von René Sollberger

Peinlich, was der amerikanische Staat im Prozess gegen Raoul Weil (54) in den vergangenen Wochen geboten hat. Nach jahrelangen Ermittlungen, Millionen von gesichteten UBS-Dokumenten, Hunderten von Beweismitteln und der Befragung von zwölf Zeugen hinterliess die Anklage einen hilflosen Eindruck. Die beiden Staatsanwälte Mark Daly und Jason Poole mussten immer wieder klein beigeben. Selbst das Schlussplädoyer war nicht überzeugend. Die Verteidigung wirkte überlegen. Die beiden Anwälte Aaron Marcu und Matthew Menchel diktierten über weite Strecken Tempo und Struktur des Prozesses und setzten sich durch. Kein Wunder, dass die Geschworenen bereits nach einer Stunde Beratung den Freispruch verkündeten.

E-Mails, aber keine stichhaltigen Beweise Zugegeben, die Staatsanwälte hatten eine undankbare Aufgabe. Sie mussten den früheren UBS-Topmanager als Teil einer Verschwörung von UBS-Mitarbeitern und Tausenden von amerikanischen Kunden darstellen, zum Schaden der USA und der US-Steuerbehörde IRS (Internal Revenue Service). Weil soll gemäss Anklageschrift vom 6. November 2008 «willentlich und wissentlich» Beihilfe zum Steuerbetrug geleistet haben. So etwas zu beweisen, ist praktisch unmöglich, wenn der Angeklagte nicht gesteht und kooperiert, um sich freizukaufen und ranghöhere Banker ans Messer zu liefern. Genau das haben bisher alle Banker gemacht, die in den USA wegen Steuerdelikten verfolgt wurden. Weil nicht. Er stellte sich dem Verfahren, statt die Schuld nach oben abzuschieben, an die UBS-Spitzenmanager Marcel Ospel, Peter Wuffli, Marcel Rohner und Peter Kurer.

Wusste Weil, dass es für sein allfälliges Mit-tun oder Mitwissen keine schriftlichen Belege gab, sondern nur Zeugenaussagen früherer Mitarbeiter? Es tauchten zwar einige E-Mails auf, adressiert an Weil und andere Empfänger, die sich mit der Problematik des grenzüberschreitenden Geschäfts mit US-Kunden befassten. Aber sie bewiesen höchstens, dass sich die Geschäftsführung der UBS in den Jahren 2002 bis 2007 bewusst wurde, dass die Forderungen der Steuerbehörde IRS und die Einhaltung des Bankgeheimnisses kaum zu vereinbaren waren. Weil suchte laut Verteidigung lediglich nach Mitteln und Wegen, um die Identität der Steuersünder auch künftig vor dem IRS zu schützen. Er habe zu keinem Zeitpunkt gewusst, dass ihm unterstellte Mitarbeiter in die USA reisten, um dort Kunden zu beraten, oder

US-Kunden an spezialisierte Zürcher Anwälte verwiesen, damit diese Scheinfirmen in Hongkong und Stiftungen in Liechtenstein gründeten, um die wahre Identität der Kontoinhaber zu verschleiern.

Angebliche «Verschwörer»

Kronzeuge Martin Liechti, der als Amerika-Chef der UBS-Vermögensverwaltung direkt an Weil rapportierte, belastete seinen langjährigen Weggefährten und «Freund» am meisten. Er behauptete, seinen Vorgesetzten regelmässig über die Vorgänge und Probleme im Offshore-Geschäft unterrichtet zu haben. Liechti war nach seiner Festnahme in Miami am 21. April 2008 einen Deal mit der US-Justiz eingegangen: Er sollte Beweismaterial liefern und im Gegenzug ohne Anklage davonkommen. Er lieferte. Zwei Monate zuvor hatte er angefangen, Dokumente zu sammeln, die ihn später entlasten würden. «Ich wollte am Ende nicht als Alleinschuldiger dastehen.» Den Ordner beschriftete er mit «CYA», was für «Cover Your Ass» steht. Es ist das, was Manager häufig tun, wenn es brenzlig wird. Sie versuchen, «den eigenen Hintern zu retten». Aber auch der CYA-Ordner enthielt keine stichhaltigen Beweise für Weils Schuld.

Am Ende seiner viertägigen Einvernahme spielte der Kronzeuge sogar noch der Verteidigung in die Hand. Er sagte aus, dass er von den Verfehlungen des Whistleblowers Bradley Birkenfeld, der die ganzen Ermittlungen gegen die UBS und deren Mitarbeiter in den USA überhaupt erst in Gang gebracht hatte, erst aus der Zeitung erfahren habe. Er habe keine Ah-

nung gehabt, dass Birkenfeld bei seinen Besuchen als Kundenberater in den USA gegen Regeln des sogenannten UBS-Länderpapiers verstossen habe. Wie sollte denn Weil, sein Vorgesetzter, davon gewusst haben?

Die Anklage gegen Weil stand von Anfang an auf wackligen Füüssen. Die US-Justiz hatte den Hebel zu weit oben in der UBS-Hierarchie ange-setzt. Sie verliess sich zu sehr auf die Kraft der Belastungszeugen, auf die Show, die den Geschworenen vor Augen führen sollte, wie abgrundtief verwerflich die Schweizer Grossbank und ihre Spitzenmanager gehandelt hatten. Die Arbeit war dafür nicht präzise genug. Die Staatsanwälte rückten Weil zwar immer wieder so nahe wie möglich an den angeblichen Zirkel der «Verschwörer», aber sie verzettelten sich, verloren sich in Details, die die Geschworenen mehr und mehr verwirrten.

Gentleman aus den Südstaaten

Das war für Weil von Vorteil. Eine verwirrte Jury muss im Zweifelsfall für den Angeklagten entscheiden. Das machte Richter James Cohn den Geschworenen in seinen Instruktionen unmissverständlich klar. Die Anklage hätte beweisen müssen, dass sich Weil vorsätzlich und böswillig an den illegalen Machenschaften beteiligt hatte und nicht bloss davon wusste. Nur so wäre ein Schuldspruch und in der Folge eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren möglich gewesen. Richter Cohn forderte die Geschworenen mehrmals auf, sorgfältig abzuwägen zwischen dem Grundsatz von Treu und Glauben, den Weil für sich beanspruchte, und dem vorsätzlichen Betrug, den die Anklage geltend machte. Cohn: «Die Beweislast liegt nicht beim Angeklagten, sondern bei der Regierung. Wenn der Angeklagte wirklich geglaubt hat, dass er keine Gesetze der USA verletzt, ist er freizusprechen.»

Richter Cohn ist ein Gentleman aus den Südstaaten, ein kleines, hageres Männchen mit grauen Haaren, aber mit seinen 66 Jahren von natürlicher Autorität. Er ist mit den Irrungen und Wirrungen um die UBS bestens vertraut. Er war es, der am 16. Februar 2009 einen Deal (Deferred Prosecution Agreement) zwischen der Grossbank und den USA abgesegnet hatte. Die Bank konnte damit einer Strafverfolgung entgehen. Doch der Preis war hoch: Die UBS musste zugeben, das grenzüberschreitende Geschäft mit US-Kunden zwischen 2001 und 2007 nicht regelkonform betrieben zu haben. Zudem wurden, mit dem Segen der Finanzmarktaufsicht (Finma), 285 Dossiers von





Grundsatz von Treu und Glauben: Banker Weil, Gattin Susan Lerch, beim Prozess in den USA.

255 US-Kunden an die amerikanische Steuerbehörde IRS ausgehändigt, und die UBS bezahlte eine Busse von 780 Millionen Dollar.

Interessant, dass dieser Deal im Prozess nicht zur Sprache kam – nicht zur Sprache kommen durfte. Dafür sorgten Weils Anwälte – mit einem Antrag, der vom Richter gutgeheissen wurde. Die Begründung: Die UBS hatte eine Schuld des Topmanagements eingestanden. Würden die Geschworenen davon hören, wäre Weil – als Mitglied des damaligen Topmanagements – bereits vorverurteilt.

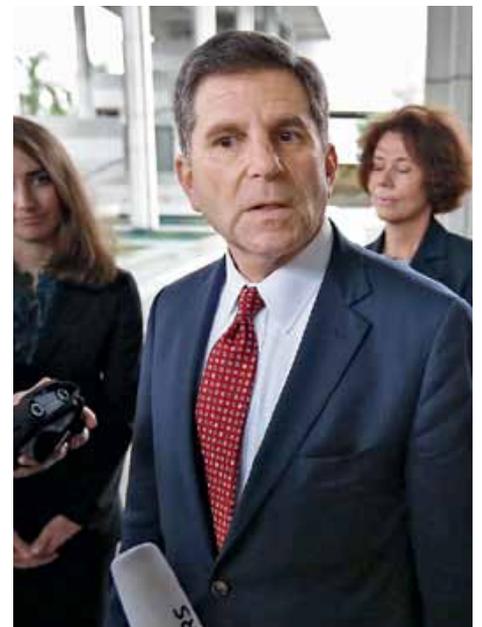
In der Jury sassen Laien, durchschnittliche Amerikaner, die keine Ahnung von all den Gesetzen haben, um die sich der Fall drehte. Deshalb entschied am Ende die Show. Und die Show der Verteidigung war besser. «Kennen Sie diesen Mann?», fragte etwa Anwalt Menchel die

als Zeugen geladenen ehemaligen UBS-Kunden und zeigte auf den Angeklagten. «Haben Sie sich je mit ihm verschwört, um Steuern zu hinterziehen?» Natürlich nicht, musste jeder der Befragten einräumen. Nicht einmal den Namen hätten sie je gehört.

Für Weil war es von Vorteil, dass Geschworene entschieden. Das Risiko beschränkte sich auf Einzelne, die Banken und vermögende Menschen grundsätzlich nicht mögen. So wie ein etwa fünfzigjähriger Mann, ursprünglich aus Kuba. Er machte schon am ersten Prozesstag klar: «Amerikaner sollten ihr Geld nicht im Ausland anlegen, ob versteuert oder nicht.» Mehrere Geschworene stiessen sich daran, dass fast alle Belastungszeugen selber Dreck am Stecken hatten. «Einem Kriminellen kann ich nicht glauben, er hat gelogen, und er wird es



Den Freund angeschwärzt: Kronzeuge Liechti.



Tempo und Struktur: Verteidiger Marcu.

immer wieder tun», sagte eine Frau. Umgekehrt kannten ein paar Geschworene aus eigener Erfahrung die Situation, dass Untergebene nicht immer das tun, was der Chef von ihnen erwartet. Natürlich sei der Vorgesetzte verantwortlich, aber nur, wenn er davon wusste.

Weil kann froh sein, dass er nicht von Schweizer Geschworenen beurteilt wurde. Sie wären wohl zu einem Schuldspruch gekommen. Denn die Schweizer Öffentlichkeit neigt zur Überzeugung, dass selbst die oberste UBS-Spitze von illegalen Machenschaften mit US-Kunden gewusst und nichts dagegen unternommen habe. Die Wahrheit bleibt im Dunkeln. Auch wer im Sinne des Gesetzes nicht schuldig ist, kann Verantwortung nicht abstreifen.

René Sollberger ist Journalist und Buchautor.

Robert Holzachs Vermächtnis

Der legendäre Robert Holzach war von 1980 bis 1988 Präsident der Schweizerischen Bankgesellschaft. Seine Ära setzte Massstäbe an Integrität. Sie könnte dem Schweizer Finanzplatz als Anleitung für die Zukunft dienen. *Eine Biographie von Claude Baumann*

Dieses Buch ist keine Auftragsarbeit, wie sie über so manchen Wirtschaftsführer existiert, dem oft schon zu Lebzeiten ein Denkmal gesetzt wird. Das vorliegende Werk beruht vielmehr auf persönlichen Erfahrungen und meiner langen publizistischen Auseinandersetzung mit der Schweizer Finanzbranche. Dabei stellte ich fest, dass es vergleichsweise wenig Literatur gibt, die über die Tagesaktualität hinausreicht und, ohne einem billigen Alarmismus zu huldigen, den wichtigen Fragen, Entwicklungen und den prägenden Gestalten in diesem Gewerbe nachgeht. Abgesehen von einigen löblichen, aber spärlichen Beispielen hat in der Schweiz eine Aufarbeitung der Bankengeschichte bisher nur rudimentär stattgefunden.

Dieses Vakuum in der Analyse und Reflexion der Schweizer Bankengeschichte ist durchaus begründbar. Es hat damit zu tun, dass das Schweizer Finanzgewerbe seit seinen Ursprüngen im 14. Jahrhundert und abgesehen von den späteren Exzessen nie genügend Projektionsfläche für eine ausführliche Berichterstattung lieferte. Vielmehr war es stets ein Geschäft des Vertrauens, der Redlichkeit und insbesondere der Diskretion.

Entsprechend fühlten sich auch die Protagonisten selbst nie bemüsst, aus dem Nähkästchen zu plaudern. Im Gegensatz zu manchen ihrer angelsächsischen Berufskollegen lebten die grossen Schweizer Bankiers getreu der Maxime des römischen Dichters Ovid: «Bene vixit, bene qui latuit» – Glücklich lebte, wer sich gut verborgen hielt. Oder anders gesagt: Sie folgten auch im Privaten der beruflich propagierten Zurückhaltung und Bescheidenheit, und sie stellten sich bis zu ihrem Tod kompromisslos in den Dienst ihrer Bank – und nicht in den der Imagepflege in der Öffentlichkeit. Das mag auch der Grund sein, dass es bis heute keine Biografie über Robert Holzach gibt. Sicherlich hätte auch dieser Ausnahmehändler genügend Argumente gefunden, um jemanden von einem solchen Vorhaben abzubringen.

Der holzachsche Wertekodex

Selbst wenn der Wunsch nach Privatsphäre und Diskretion respektiert werden soll, so lässt sich doch einwenden, dass wir heute in einer anderen Zeit leben. Weil uns die Medien inklusive Internet pausenlos mit Informationen überfluten, wännen wir uns in einer Kultur der Transparenz, obwohl die vielen Daten uns den Blick auf die grossen Zusammenhän-

ge im Gegenteil erst so richtig verstellen. Und noch etwas: Trotz der vermeintlich totalen Digitalisierung kommen uns zahlreiche bisweilen höchst wertvolle Zeugnisse abhanden. Einerseits, weil manche Leute nicht mehr leben, die über die entsprechenden Geschehnisse berichten könnten, und andererseits, weil wichtige Dokumente oder Aufzeichnungen keinen Eingang in die elektronischen Archive gefunden haben. Das zeigte sich bei meinen Recherchen: Die Zeit von Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre ist ganz besonders davon betroffen. Sie scheint noch zu wenig historisch zu sein, als dass sie flächendeckend digitalisiert worden wäre.

Dieser Befund trifft auch auf Robert Holzachs Vermächtnis zu. Der Bankier hat in der erwähnten Zeitspanne die wichtigsten Etappen in seiner Karriere zurückgelegt. Obschon er der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG)

«Es sind brutale Ernüchterungen für allzu eifrige Finanzalchimisten zu erwarten.»

fast ein halbes Jahrhundert lang aufs Engste verbunden war und das Institut in denjenigen Jahren leitete, als es mit Abstand am erfolgreichsten war, existieren eher wenige öffentlich zugängliche Quellen, die dies dokumentieren.

Ebenso verhält es sich mit den übrigen Tätigkeiten Holzachs, die weit über die Bankbranche hinausreichen und diesen Mann zu einer äusserst vielseitigen Figur machen. Denn Holzach betätigte sich auch als Kulturförderer, indem er Künstler unterstützte, Stiftungen (mit-)initiierte und als Bauherr zahlreiche Liegenschaften errichten liess oder erneuerte; mit dem Zürcher Augustinerquartier sanierte er gar ein ganzes Stadtviertel. Als nimmermüder Schreiber hat er sein Denken und Verstehen in verschiedenen Publikationen dargelegt. Von all dem ist aber nur noch ein verschwindend kleiner Teil im öffentlichen Bewusstsein präsent.

Das ist bedauerlich, zumal der Bankensektor weltweit und der schweizerische im Besonderen seit einigen Jahren in einer tiefen Sinnkrise stecken. Die Protagonisten ringen um eine Glaubwürdigkeit, die ihnen und ihrer Branche abhandenkam, aber unerlässlich ist, um eine neue Legitimation zu erlangen. Das hat sehr viel mit dem holzachschen Wertekodex zu tun, den man in den vergangenen

25 Jahren zunehmend ausblendete und stattdessen bloss noch einem dem Zeitgeist verpflichteten Banking nachging. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Holzach bereits in den 1980er Jahren vor den späteren Exzessen gewarnt hat. So stellte er 1987, wenige Monate vor dem ersten Börsenkrach nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Black Monday, fest:

Die Reaktionen der neuen Märkte auf aussergewöhnliche Belastungen sind noch unbekannt. Es sind deshalb brutale Ernüchterungen für allzu eifrige Finanzalchimisten zu erwarten.

Er erkannte auch klar, wie sich das Berufsbild des Bankiers wandelte. Ebenfalls 1987 sagte Holzach:

Eine gewisse Irritation kann aus dem Umstand entstehen, dass in den USA die Harvard-Absolventen in nie gekannten Mengen sich dem Finanzzentrum Wallstreet zuwenden, um ihre elitäre Berufung als «Fast-Track-Kids» unter Beweis zu stellen. Ohne irgendwelche berufsethische Verpflichtung wollen sie möglichst innert Monaten ein Millionen-Plansoll im persönlichen Dollareinkommen erreichen oder übertreffen. Wen wundert's, dass die Zahl der Finanzskandale in etwa gleichem Rhythmus zunimmt?

Meine einzige Begegnung

Insofern war er nicht nur ein besonnenes Vorbild für die Bankbranche, sondern gleichsam ein Visionär, dem man leider zu wenig Gehör geschenkt hat. Selbst die Frage, ob ein Finanzinstitut mit Steuergeldern gerettet werden soll, wie dies im Oktober 2008 mit der UBS geschah, thematisierte er bereits 1984 in einer Rede:

Wollen wir die Prinzipien aufrechterhalten, die am massgeblichsten zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes beigetragen haben – eben die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft –, dann geht es nicht an, nur die Chancen einer liberalen Wirtschaftsordnung in Anspruch zu nehmen und die damit verbundenen Risiken dem Staat und damit letztlich dem Steuerzahler zu überlassen.

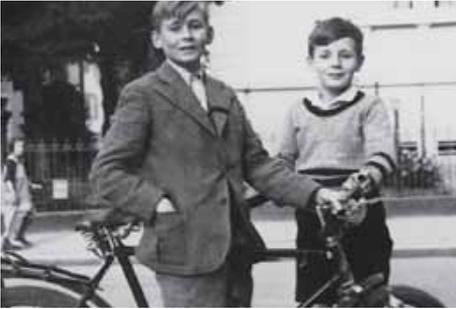
Dass gerade «seine» Bank – oder zumindest das, was von ihr übriggeblieben war – vom Staat gerettet werden musste, hat Holzach rund sechs Monate vor seinem Tod aufgewühlt. Es war ein Schock für ihn, dass eine kleine Gruppe ignoranter und extrem kurzfristig denkender Manager ausgerechnet die-



Besonnenes Vorbild: Banker Holzach (1922–2009).



Mit Kaspar Villiger (l.) und Nikolaus Senn (r.), 1987.



Robert Holzach (l.), um 1936 in Kreuzlingen.



Rekrutenschule, Sommer 1942 in Herisau.

jenige Institution fast in den Ruin trieb, der er sein ganzes Leben so konsequent gewidmet und die er zum Erfolg geführt hatte.

Ich kann mit gutem Gewissen über Holzach schreiben, da ich niemandem verpflichtet bin. Die sukzessive Annäherung an ihn erfolgte in meiner Tätigkeit als Journalist. Persönlich bin ich Robert Holzach nur ein einziges Mal begegnet. Das war im Frühjahr 1995, als ich zwischen zwei Arbeitsstellen einige Monate im SBG-Konferenzgebäude Grünenhof in Zürich aushalf. Gemeinsam mit Kurt Walder, der mir den temporären Job bei der SBG vermittelt hatte, und der über lange Jahre für dieses Konferenzgebäude verantwortlich war, stand ich vor dem Eingang zum Grünenhof, als der Bankier, damals noch Ehrenpräsident der SBG, mit zwei weiteren Personen auf uns zukam. Beiläufig sah ich, wie Walder eine Art Achtungstellung einnahm.

Mischung aus Autorität und Respekt

Natürlich hätte Holzach an uns vorbeigehen können, da uns bestenfalls die Funktion von Türstehern zufiel. Doch er grüsste uns, worauf Walder, der die Umgangsformen innerhalb der Bank immer gerne etwas ausreizte, unvermutet sagte: «Mon Colonel, willkommen im Grünenhof. Alles ist bereit, wie Sie es gewünscht haben.» Für den Bruchteil einer Sekunde herrschte eine geradezu andächtige Stille. Holzachs klare blaue Augen blickten mich an; sie drückten eine seltene Mischung aus Autorität und Respekt aus. Zunächst blieb er stumm, vielleicht um seinem Status innerhalb der Bank Nachdruck zu verleihen und wohl auch, um die Distanz zu wahren, die er im Umgang mit seinen Untergebenen stets gepflegt hat. Die Begegnung erinnerte kurz an

den Truppenbesuch eines Kommandanten, der sich über die Lage an der Front ins Bild setzt. Holzach nickte und sagte dann zu Kurt Walder: «Das ist gut so.» Er bedankte sich und wünschte uns einen schönen Tag. Walder öffnete die schwere Glastür in den Eingangsraum des Grünenhof, so dass der Ehrenpräsident auf dem kürzesten Weg zum Lift gelangen konnte, der ihn in die erste Etage führte. «Das war Robert Holzach», sagte Walder mit einem gewissen Pathos.

Die Erinnerung ist frisch. Doch es blieb das einzige Mal, dass ich Holzach begegnet bin, der im Militär tatsächlich Colonel, also Oberst,

Von seinen Mitmenschen forderte er dieselbe überdurchschnittliche Leistung wie von sich selbst.

war. Das kurze Zusammenkommen genügte jedoch, um mein Interesse an dieser Person zu wecken. Da sich mein persönlicher Kontakt mit Robert Holzach auf das erwähnte Treffen beschränkt, nehme ich für mich in Anspruch, mit der erforderlichen Unvoreingenommenheit über ihn schreiben zu können.

Damit sollte auch gewährleistet sein, dass meine Auseinandersetzung mit dieser Person keine hagiografischen Züge annimmt. Die Gespräche, die ich mit allen möglichen Weggefährten und Familienangehörigen Holzachs führen durfte, haben weiter dazu beigetragen, ein im Positiven wie im Negativen vielgestaltiges Bild dieses Mannes zu entwerfen, der selbst am peinlichsten darauf geachtet hätte, dass es der Wahrheit verpflichtet ist – und gerne Goethe zitierte: «Wo Licht ist, ist auch Schatten.» (Im Original: «Wo viel Licht ist, ist starker

Schatten – doch war mir's willkommen.») Diese Bedingungen haben es verständlicherweise nicht einfach gemacht, Robert Holzach zu beschreiben, zumal seine Biografie auch Brüche aufweist und er, wie jede facettenreiche und einflussreiche Persönlichkeit, nicht ohne Widersprüche, Mythen und Kritiker blieb.

Auch unter ihm passierten Fehler: Der bisweilen übertrieben soldatisch auftretende Chef konnte ein Pedant sein, der von seinen Mitmenschen dieselbe überdurchschnittliche Leistung forderte wie von sich selbst. Er hat mit manchen Untergebenen einen Umgang gepflegt, der heute nicht mehr möglich wäre und in die öffentliche Kritik geriete. Er hat andere Menschen seine Macht spüren lassen und einige von ihnen sogar sehr verletzt. Er bewies nicht selten zu wenig Menschenkenntnis und war nachtragend. Wenn er anderen seine Meinung eintrichtern wollte, fiel es ihm manchmal schwer, sein Temperament zu zügeln. Da zerbrach in einem Anfall von Holzachs Wut schon mal ein Telefonhörer, blieb ein Brieföffner in der Tischplatte stecken oder flog ein Papierkorb durch die Luft ...

Obschon mir solche Dinge durchaus bekannt sind, entziehen sich die tieferen Beweggründe dafür meiner Kenntnis. Daher möchte ich mich in dieser Hinsicht eines Urteils enthalten – gerade weil es zum Teil sehr persönliche Dinge sind, die man zu Holzachs Zeiten möglicherweise auch noch nicht als so störend empfand wie heute. In gewissem Sinn war dieser Mann ein Patriarch – mit allen Vor- und Nachteilen –, nur ohne eigenes Unternehmen. Dieses Buch soll kein Psychogramm sein, weil es nie meine Absicht war, psychologische Erklärungen für Holzachs Verhalten oder für seine Persönlichkeit zu finden. Vielmehr galten im Rahmen meiner Arbeit getreu den Prinzipien Holzachs die Prämissen Redlichkeit, Respekt und Wahrheit. Unter diesen Voraussetzungen war es mein Ziel, ein adäquates Bild vom Leben und Schaffen dieses Mannes entstehen zu lassen.

Am Vorabend einer epochalen Zäsur

Als ich ihm 1995 begegnet bin, stand die Finanzwelt sozusagen am Vorabend jener epochalen Zäsur, die den Schweizer Bankenplatz folgenswer verändern würde. Als Ausgangspunkt dieser Entwicklung kann die Mitte 1998 vollzogene Fusion der Schweizerischen Bankgesellschaft mit dem Schweizerischen Bankverein betrachtet werden, der Holzach stets skeptisch gegenüberstand und über die er dem damaligen Verwaltungsratspräsidenten Robert Studer am Tag ihrer Bekanntgabe am 8. Dezember 1997 schrieb:

In der VR-Sitzung vom 5. Dezember 1997 wurde nach 85-jähriger Existenz der SBG über das Ende dieser Bank gesprochen und entschieden. Mit diesem Entscheid kann ich mich nicht befreunden. Eine derzei-

tige Schwäche endet mit der Selbstaufgabe. Ein Heer, das sich lange Zeit zu den stärksten zählen durfte, entscheidet sich für die Kapitulation. Alle Erklärungen und Begründungen führen nicht daran vorbei, dass die heutige Führungsgeneration einhalb Jahre nach ihrem Amtsantritt den Glauben an die eigene Kraft verloren hat. [...] Der vorgeschlagene und nun vorgesehene Weg erweckt den Eindruck einer megalomanen Fluchtlösung. Diesem Entscheid kann man nur wünschen, dass ihm die geschichtliche Wertung dereinst gnädig sei.

Die Fusion der beiden Grossbanken, die tatsächlich nie die in Aussicht gestellten Erwartungen erfüllt hat, geht auch einher mit dem stillen Rauswurf Holzachs aus der UBS, der symptomatisch ist für die Unvereinbarkeit der alten und der neuen Bankenwelt. Es ist bis heute kaum zu fassen, mit welcher Durchtriebenheit und mit welchem unreflektierten Profitstreben die Bankoberen der UBS nach der Fusion das Vermächtnis Holzachs demontiert haben, um schliesslich doch nur selbst zu scheitern.

Keine Sympathien an der Wall Street

Holzach ist nie der Bankier gewesen, der die Verantwortung im Geschäft an irgendwelche mathematischen Modelle delegierte, wie das später in der Finanzwelt zunehmend der Fall war. Stets hat er vor dem Übergriff der Maschinen gewarnt. Für ihn zählte der direkte Kon-

takt mit den Kunden und mit den Entscheidungsträgern. Darauf verliess er sich, genauso wie auf seine Erfahrung und seine Intuition. Blickte er in die Zukunft, war er skeptisch:

Was ich fürchte, sind Situationen des Ungleichgewichts, der Unangemessenheit und der Unverhältnismässigkeit. Die Megalomanie, der Wahnwitz der

«Der Wahnwitz der unkontrollierten Grösse hat schon immer ins Unglück geführt.»

unkontrollierten Grösse, hat schon immer ins Unglück geführt. Der kleine Kopf der riesenhaften Dinosaurier hat schliesslich nicht ausgereicht, die Gattung vor dem Aussterben zu bewahren.

Dass er sich mit solchen Äusserungen bei den Bankern, die den Lockrufen der Wall Street verfallen waren, keine Sympathien holte, wusste Holzach selbst am besten.

Seit der Eskalation der Finanzkrise und der alsbald um sich greifenden Orientierungslosigkeit auf dem Schweizer Finanzplatz stelle ich bei zahlreichen Vertretern der Branche ein Bedürfnis nach denjenigen Werten und Tugenden fest, die man zuvor weit von sich geschoben hatte und stattdessen der angelsächsischen Anything-goes-Kultur huldigte. Das hat

mich in meiner Absicht bestärkt, Robert Holzach publizistisch aus der Vergessenheit zu holen. Natürlich wäre es verfehlt, in diesem Buch die Vergangenheit zu verklären. Stets sind Dinge schiefgelaufen, gab es Ungereimtheiten, Verluste; auch in der Ära Holzach. Und dennoch scheint diese Epoche von einer Integrität geprägt zu sein, die es seither nie mehr gegeben hat und die als Grundlage für das Swiss Banking von morgen dienen könnte.

Robert Holzach verstarb am 24. März 2009. Konrad Hummler, Holzachs bevorzugter Assistent und persönlicher Mitarbeiter bei der SBG, gab an der Abdankungsfeier am 30. März 2009 in der Zürcher St.-Peter-Kirche der Trauergemeinde folgende Worte mit auf den Weg:

Wenn wir nun mit dem vollendeten Leben Robert Holzachs umzugehen haben, dann wissen wir eines ganz sicher: Die beste Erinnerung an ihn wird sein, dass wir zurückgehen an unsere Arbeit und das tun, was uns auferlegt ist.

In diesem Sinne ist dieses Buch vielleicht doch eine Auftragsarbeit.

Claude Baumann: Robert Holzach: Ein Schweizer Bankier und seine Zeit. Mit einem Vorwort von Henry Kissinger. Verlag Neue Zürcher Zeitung, 352 S., Fr. 36.–



GEMEINSAM SETZEN WIR EIN ZEICHEN DER HOFFNUNG



IKRK

Wir leben in einer von Krieg gezeichneten Welt, in der Menschen schreckliche Leiden erdulden müssen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist meist die einzige Hoffnung. Wir sind aber vermehrt auf unsere Spenderinnen und Spender angewiesen. Wollen Sie uns heute unterstützen?

- **In Syrien** ist zur Gewalt der letzten Jahre die Wasserknappheit hinzugekommen. 2014 haben wir den lokalen Behörden weiter geholfen, Millionen von Menschen mit Trinkwasser zu versorgen. Aber unsere Arbeit ist auch hier noch längst nicht getan.
- **Im Irak** hat sich der Konflikt ausgeweitet. Bis September 2014 verliessen mehr als 1,5 Millionen Zivilisten ihr Zuhause und flohen vor den Kämpfen. Das IKRK hat seit Januar mehr als 1,3 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln und sonstiger Hilfe unterstützt.

Mit Ihrer Hilfe können wir so viel mehr tun.

**Herzlichen Dank für Ihre Spende auf ICRC.org/
Hoffnung oder telefonisch unter: 022 304 06 17**

«Das erste Teil des Puzzles»

Vor zwölf Jahren gründete Max Levchin das Online-Bezahlsystem Paypal. Mit der Fruchtbarkeits-App Glow hilft er jetzt Frauen, schwanger zu werden. Für den 38-jährigen Amerikaner ist das erst der Anfang einer Revolution im Gesundheitswesen. *Von Christine Brinck*

Max Levchin, 38, wurde in Kiew geboren und ging 1991 wie viele andere Juden nach dem Zerfall der Sowjetunion mit seiner Familie nach Amerika. Nach der Highschool in Chicago machte er den Bachelor in Computerwissenschaften an der Universität von Illinois. Bald schon nannte ihn die *New York Times* «einen der jungen Prinzen im Silicon Valley». Zusammen mit Peter Thiel gründete er 1998 Paypal, den Online-Bezahldienst. Als Paypal an Ebay verkauft wurde, war Levchin 27 Jahre alt – und Multimillionär. Wie viele seiner Start-up-Kollegen im Valley ist Levchin ein Besessener, ein unermüdlicher Arbeiter, der mit ein paar Stunden Schlaf pro Nacht auskommt. «Wenn ich nicht dauernd neue Firmen aufbauen könnte, würde ich mir wahrscheinlich die Pulsadern aufschneiden», sagt der Mann, der Slide und Yelp gegründet hat.

Wenn er ein Hobby hat, dann sind es seine Fahrräder. Sein neuester Liebling ist tief-schwarz. Er besteigt es im Morgengrauen, um sich fit zu halten und nachzudenken. Auf Reisen ist es auch dabei. Gegenwärtig arbeitet er in der Altstadt von San Francisco in einem Büro, das der sprichwörtlichen Start-up-Garage mit nackten Ziegelwänden und hohen Balken nur entfernt ähnelt. Hier verfeinert er gerade seine Fruchtbarkeits-App Glow, die Frauen seit 2013 hilft, schwanger zu werden. Die Mitarbeiter tragen Silicon-Valley-Uniform: T-Shirts, Sweatshirts und Sneakers. Auf der Ziegelwand prangen die Neon-Buchstaben HVF – der Name seines Unternehmens, das halb Think-Tank, halb Investmentbank ist. Die Buchstaben stehen für «Hard Valuable Fun» – Spass, der zugleich schweisstreibend und renditeträchtig ist. Wertvoller Spass. Levchin ist verheiratet mit Nellie Minkova und hat zwei kleine Kinder.

Herr Levchin, wie alle im Silicon Valley wollen Sie die Welt verbessern. Wieso ausgerechnet mit einer Schwangerschafts-App? Gibt es nicht schon genug davon?

Unser Ding ist Fruchtbarkeit, was nicht das Gleiche ist wie Schwangerschaft. Ich bin ein riesiger Fan von Selbstvermessung. Man kann gar nicht genug über sich selber wissen, intellektuell, physiologisch, psychologisch. Selbstverbesserung ist leichter, wenn man weiss, was im eigenen System passiert. Dank der fortgeschritteneren Sensortechnik ist das heute leichter als früher. Ich bin Radfahrer, und ich habe sieben verschiede-

ne Sensoren an meinem Fahrrad. Ich kann jederzeit wissen, wie warm es draussen ist, wie schnell ich bin, wo ich bin, wie viel Energie ich verbrauche. Ich habe also eine feine Datensammlung. Am Computer kann ich dann herausfinden, wie ich ein noch besserer Fahrer werden kann. Ich kann meine Messungen mit denen anderer Leute vergleichen und lernen, dass ich fester im Sattel sitzen oder anders in die Pedalen treten muss.

Also ist Ihr Fahrrad eine Art Powerband?

Mein Fahrrad ist eine Art Versteck, in dem ich über die Welt nachdenke. Ich fahre jeden Tag und nehme das Radfahren sehr ernst. Zunächst war ich nur neugierig, dann merkte ich, wie nützlich das Datensammeln war. So bin ich im Laufe eines Jahres ein viel stärkerer Fahrer geworden. Die Daten haben mir geholfen, mein «System» zu optimieren und besser einzusetzen.

Wie lange haben Sie gebraucht, um das zu erkennen?

Ein paar Monate. Aber noch wichtiger: Mir wurde klar, dass jeder das machen könnte.

Nennt man das nicht «Quantified Self»?

Ja, das ist so ein Schlagwort. Ich sage: Sensoren und Werte führen erst zur Selbsterkenntnis, dann zur Selbstverbesserung. Das gilt für Diäten, Sport. Um mich herum sehe ich viele Menschen, die diese Quantifizierung beim Joggen, Klettern und Essen betreiben. Sie sind alle sehr fit, alle darauf aus, die letzten fünf Prozent Extrafett loszuwerden, die nächsten zehn Prozent mehr Kraft aufzubauen.

Ich nenne das Obsession.

Es ist eine gesunde Obsession. Der Punkt ist, dass die Jagd nach den letzten zehn Prozent das «quantifizierte Selbst» besser macht, und zwar in dem Sinne, dass ich sofort spüren kann, wie die Anstrengung sich auszahlt. Diese Zahlen sagen einem, dass man richtig gut ist, dass es sich gelohnt hat, das letzte Glas Wein nicht zu trinken oder das letzte Stück Brot liegenzulassen. Aber ich rede von Leuten, die fit sind. Das berühmte eine Prozent...

... das fit, gesund und besessen ist. Die anderen 99 Prozent sind Faulpelze?

Ich meine alle, die dick, diabetisch, herzkrank sind. Die könnten vom quantifizierten Selbst sehr profitieren.

Warum tun sie es denn nicht?

Weil sie eben doch den Hamburger gegessen haben, auf den sie hier und jetzt Lust hatten. Wenn man aber jeden Tag seine Messungen

macht, ist der kurzfristige Gewinn nur minimal, aber jeden Tag wird man ein bisschen gesünder, schneller, dünner.

Erklären Sie uns, was das mit Ihrer App zu tun hat.

Ich dachte, es muss doch einen Weg geben, die Welt durch dieses quantifizierte Selbst zu verbessern. Nicht für das eine Prozent, das total gesund und fit ist, sondern für Leute, die länger und besser leben oder einfach nur überleben wollen. Ich hatte lauter Ideen zum Abnehmen oder zur Vorbeugung von Herz-erkrankungen. Wir reden so viel über die gewaltigen Kosten unserer Gesundheitspolitik und so wenig über Vorsorge. Wir reden auch immer nur von Umverteilung von den Gesunden auf die Kranken.

Was ist schlecht an der Umverteilung?

Umverteilung ändert grundsätzlich nichts an den Kosten. Ich möchte die Kosten verringern. Vorsorge ist die einzige Lösung und billiger für alle.

Wie würde das funktionieren?

An Messungen kann man leicht erkennen, wer ein Risikopatient für Herzkrankungen ist. Der muss dann seine Gewohnheiten ändern und könnte damit die Kosten im ganzen System nach unten fahren. Also habe ich mir die Zahlen angeschaut, die bei solchen Leuten auffällig sind. Zum Beispiel: Wer regelmässig über einen längeren Zeitraum zunimmt, ist ein wahrscheinlicher Kandidat für eine Herzkrankung. Landet der in der Notaufnahme, wird es sehr teuer. Dagegen ist der Besuch einer Schwester, die ihm zu Hause Blutverdünner spritzt, sehr viel billiger. Folglich sollte eine Krankenversicherung ihre Kunden dazu animieren, täglich auf die Waage zu steigen.

Die Badezimmer dieser Welt sind voller Waagen, was soll das bringen?

Wir haben eine Badezimmermatte mit Sensoren entwickelt, auf der man sowieso jeden Morgen steht. Das Ding wiegt Sie und schickt die Werte an Ihren Arzt. Steigen die Werte stetig über zehn Tage, schickt die Klinik eine Schwester ins Haus. Zwölf Dollar kostet diese Waage, fünf Dollar das Wi-Fi.

Haben sich die Versicherungen um diese Wiegematten gerissen?

Für die Patienten könnte dies ein lebensrettendes Instrument sein, für die Versicherungen eines, das viel Geld spart. Dennoch wollten sie nicht so richtig; sie seien noch nicht so weit, liessen sie uns wissen. Dass Prävention



«Weil Frauen immer so schön strahlen»: Firmengründer Levchin.

billiger ist als Behandlung, war denen egal, weil ja Herzerkrankungen in ihre Prämien schon eingepreist waren.

Und Ihre Reaktion?

Okay, dann eben nicht, habe ich mir gesagt; dann baue ich mein eigenes komplettes System auf – immer von der Idee getrieben, dass Messen und Vorbeugen weit besser sind als Behandeln. Dann braucht man eine Datensammlung, Infrastruktur, ein Produkt, und du musst dem Konsumenten erklären, warum er genau dieses braucht. So haben wir ein universelles Produkt gesucht, das bei Krebs genauso funktioniert wie bei Herzerkrankung. Während des Brainstormings warf jemand «IVF» in den Raum ...

... **In-vitro-Fertilisation – künstliche Befruchtung ausserhalb des Körpers. Die Fruchtbarkeits-App wäre eher ein Nischen-**

produkt, weil die meisten Frauen ja nicht schwanger werden wollen?

IVF braucht eine Extra-Versicherung im US-Gesundheitssystem. Wenn man die nicht abgeschlossen hat, kann es sehr teuer werden. Der erste Zyklus kostet 12 000 Dollar, statistisch braucht es vier Zyklen, bis man schwanger wird. 50 000 Dollar sind für die meisten nicht drin. Also sind wir auf die App gekommen. Nicht aus emotionalen oder sentimentalen Gründen, wir fragten uns: Wie können wir es billiger machen für Leute, die keine Sonderversicherung abgeschlossen haben?

Wieso heisst die App nicht IVF?

Weil Frauen immer so schön strahlen und leuchten, wenn sie schwanger sind.

Wie halten Sie sich die Gesundheitsbürokratie vom Leibe? Sie arbeiten in einem medizinisch und ethisch umstrittenen Gebiet.

Wir machen ja keine Diagnostik. Wir haben sorgfältig darauf geachtet, keine Grenzen zu überschreiten, die nicht überschritten werden dürfen.

Was machen denn Frauen, welche die hohen Kosten nicht aufbringen können, die eine Fruchtbarkeitsbehandlung kostet?

Wir halten uns vorweg an die gute alte Natur. Wir lassen die Frauen per App ihren Rhythmus messen.

An der Spanne der Fruchtbarkeit hat sich sehr wenig geändert. Nur sagt das den Frauen niemand. Sie sind mit ihrer Ausbildung und ihrem Beruf beschäftigt, und plötzlich sind sie 36 oder 39 und wollen ein Kind, und nichts geht. Und dann kommen Sie mit Glow?

Vor fünfzig Jahren galt eine Frau als Rebellin, wenn sie mit 25 noch keine Kinder hatte. Heute entscheidet sie sich oft sehr spät oder

gar zu spät. Also sagten wir uns, wir können den Frauen wenigstens helfen, herauszufinden, wann sie am fruchtbarsten sind. Der Abfall der Fertilität ab Mitte dreissig ist beträchtlich. Auch ältere Frauen verhalten sich immer noch so, wie sie es als Teenager gelernt haben: ja nicht schwanger werden. Das ist auf dem Gipfel der Fruchtbarkeit richtig. Mit 37 indes, wenn ein Paar schwanger werden will, und nichts geschieht...

Aber Sie sind keine Fruchtbarkeitsklinik. Was ist denn so toll an Glow?

Wenn nichts passiert, zerstört das die schönste Beziehung. Alles dreht sich nur noch um die Fortpflanzung, kein Spass mehr, fünf Minuten zu spät, kein Baby. Da habe ich mich auf meine Rennerfahrung besonnen, mit all den Messungen. Keine Sorge, sagen wir den Paaren, wir können euch zumindest darüber informieren, wann die Frau am fruchtbarsten ist. Aber nicht mit einem Zettel und zwei angekreuzten Tagen. Wir wollten auch die Romantik erhalten, was ja bei der Fortpflanzung nicht ganz unwichtig ist.

Und wie?

Die Frauen wollen ein Baby, kein Kalenderblatt – und schon gar nicht ausgetüftelte Mathematik. Also haben wir den besten Designer geholt, und auf der App sind

Babyfüsschen und -händchen zu sehen. Die Seite ist emotional und ein wirklich schönes Erlebnis. Sie sagt den Besuchern auch: «Du bist nicht allein.»

Weil die Website so schön ist, haben Sie ja auch einen Preis dafür kassiert.

Das hat uns sehr gefreut – dass wir es geschafft haben, eine Balance zwischen wissenschaftlich-nüchterner Arbeit und dem Wunsch nach einem Kind herzustellen und so die Voraussage für den Moment der höchsten Fruchtbarkeit anzubieten. Das Thema ist ja immer noch tabuisiert, so viele Menschen mögen immer noch nicht darüber sprechen. Die Frauen, die auf unsere App kommen, sagen uns etwa: «Ich bin 37, seit Monaten versuche ich jeden Dienstag und Donnerstag schwanger zu werden, und nie klappt es.» Dann sagen wir: «Die Sache mit Dienstag und Donnerstag ist kompletter Unsinn, wir brauchen erst mal ordentliche Daten.» Wir sagen nicht: «Mittwoch oder nie», sondern nennen eine Wahrscheinlichkeit gemäss der Daten, die uns die Frauen über ihren Zyklus geben.

Das Thema ist privat und heikel. Wie schaffen Sie es, dass die Frauen Ihnen Daten anvertrauen? Wir regen uns über die Nationale Sicherheitsbehörde NSA auf, die aber kaum unser Innerstes berührt.

Wir haben die striktesten Datenschutzregeln. Anonymität nehmen wir sehr ernst.

Sie wollen ja nicht nur wissen, was die Leute wiegen oder welche Temperatur sie wann im Zyklus gemessen haben. Sie fragen nach der Diät, nach Sport, nach der Häufigkeit des Sex. Nach dessen Güte, nach emotionaler Befindlichkeit, Stress, eigentlich nach allem.

Ja, und manche unserer Nutzer beantworten vieles nicht. Sie geben einen vagen Zyklus an, und das war es. Dann sagen wir ihnen, dass wir aufgrund solcher mageren Informationen nichts Genaueres vermitteln können. Wir erklären unumwunden, dass mehr gleich besser ist. Je länger die Nutzer bei uns bleiben, desto mehr Informationen geben sie.

Wie alt sind Ihre Nutzer?

Der grosse Durchschnitt sind Paare, die um die 37 Jahre alt sind.

Nun ist es ja bei weitem nicht immer die Schuld der Frauen, wenn es nicht zur Befruchtung kommt. Wird das berücksichtigt?

Auch diese Information erhalten die Frauen von uns. Von Anfang an sagen wir ihnen, dass der Partner mit von der Partie sein muss. Wenn seine Spermien zu alt oder wenn es zu wenige sind, ist das so wichtig wie ihr Eisprung.

Sie haben ja auch eine Partnerfunktion eingebaut, damit die Männer teilnehmen können. Finden die Frauen das denn gut?

Alles ist freiwillig, wir bieten es nur an. Es ist interessant, wie sehr die Partner sich einbrin-

Silvio Borner

«Wo Politik versagt»

Marktversagen ist ein beliebtes Schlagwort in der öffentlichen Debatte. In Wahrheit sind viele Missstände aber auf Politikversagen zurückzuführen.

Borner schaut hin: Von der Energiewende über die Landwirtschaftspolitik und den Freihandel bis zur Bildungs- und Sozialpolitik analysiert der langjährige Weltwoche-Kolumnist die politischen Trends. Er deckt Stimmungen und Weichenstellungen auf, die die ökonomische Realität ignorieren und hoffnungslos an ihr scheitern.

Borner zeigt auf, wie teuer das politische Wunschdenken den Bürger zu stehen kommt und wo grundlegende Veränderungen nötig sind.



1. Auflage 2014
290 Seiten, kartonierter Einband. ISBN 9783643801876



Platin-Club-Spezialangebot

Silvio Borner:
Schweizer Politik im ökonomischen Praxistest
Edition Liberales Institut

Spezialpreis für Weltwoche-Abonnenten:
Fr. 18.– statt Fr. 24.80 (inkl. Versand)

Bestellung:
Online auf www.libinst.ch, per E-Mail unter libinst@libinst.ch oder per Post an:
Liberales Institut, Rennweg 42, 8001 Zürich.
Bitte Stichwort Weltwoche angeben.

www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH



gen wollen, ihre Frauen auffordern, doch mehr Daten beizusteuern, um ans Ziel zu gelangen.

Im Dezember konnten Sie die ersten tausend Schwangerschaften, die im Zuge der Benutzung Ihrer App gelungen waren, bekanntgeben.

Ja, unsere ersten Babys sind längst geboren. Wir bitten die Frauen, uns die Geburten mitzuteilen, dann schicken wir ihnen Strampler, auf denen wahrscheinlich Glow stehen wird. Mittlerweile ist die Zahl der Schwangerschaften auf mehr als 25 000 gestiegen.

Und wenn Mathematik und Quantified Self die Frau nicht schwanger machen?

Dann muss sie einen richtigen Arzt, einen Spezialisten, aufsuchen. Wir können dabei helfen.

Wie?

Neben Glow kann man Glow First beitreten, der weltweit ersten Fruchtbarkeitsgemeinschaft, die mit Crowdfunding arbeitet. Wer freiwillig bei Glow First mitmacht, zahlt einmal 500 Dollar, das sind 50 pro Monat, in den Fonds ein. Wer schwanger wird, dessen Einzahlungen bleiben drin. Wir verdienen dabei keinen Cent. Alles, was im Pool bleibt, kommt denen zugute, die nach zehn Monaten nicht schwanger geworden sind. Das heisst, sie kriegen stets

ihre 500 Dollar wieder und ihren Anteil aus dem Pool. Das ist also eine klassische Umverteilung, bei der die Schwangeren jene subventionieren, die mehr Hilfe brauchen, um schwanger zu werden. Wir schicken das Geld dann einem Arzt oder einer Klinik mit gutem Ruf.

Kann man die App auch in Europa nutzen?

Absolut. Nur der Beitritt zu Glow First ist einsteilen nur hier in Amerika möglich.

«Die Frauen wollen ein Baby, kein Kalenderblatt – und schon gar nicht ausgetüftelte Mathematik.»

Die App ist umsonst, Glow First ist «not for profit». Sie haben eine Million Ihres eigenen Geldes in den Fonds gesteckt. Womit wollen Sie denn Geld verdienen? Die Risikokapitalisten Andreessen und Horowitz, die sechs Millionen in Glow investiert haben, wollen doch keine Charity finanzieren?

Wir sind noch nicht aufs Geldverdienen aus. Das Ziel ist, bekannt zu werden und Partnerschaften mit weitsichtigen Arbeitgebern zu knüpfen. Wir bieten Glow First Firmen als Police an, die sie für ihre Angestellten abschliessen. Schliesslich glauben wir, dass die Arbeitgeber einen kleinen Teil der eingesparten Gesundheitskosten an uns überweisen.

Wer will denn, dass der Arbeitgeber weiss, wer sich bemüht, schwanger zu werden?

Das erfährt der gar nicht.

Dafür ermuntern Sie aber die Frauen, die schwanger geworden sind, ihr Glück mit der Glow-Gemeinschaft im Netz zu teilen.

Klar sind die Frauen glücklich, und wir freuen uns für sie. Jede Frau, die durch Glow schwanger geworden ist, hat ihren Kinderwunsch kostengünstiger realisiert, als ihr das in einer Fertilitätsklinik möglich gewesen wäre. Aber meine Vision geht über Glow hinaus. Meine Company HVF soll helfen, *machine learning* und Big Data bei der Lösung grosser Menschheitsprobleme einzusetzen – insbesondere der exponentiell wachsenden Gesundheitskosten. Wir konzentrieren uns dabei auf Frauen. Fruchtbarkeit ist nur das erste Teil des Puzzles.

Was sagen Sie dazu, dass auch Apple in die Krankenvorsorge einsteigen will?

Grossartig, das wird die Sensorentwicklung beschleunigen.

Und dass Facebook und Apple den Frauen die Kosten des sogenannten *social freezing* erstatten wollen?

Eier einfrieren – eine fabelhafte Idee. Andere Firmen werden sich jetzt fragen: Was bieten wir, um das Vertrauen der weiblichen Angestellten zu gewinnen, insbesondere von denen in gehobenen Positionen? ○



Die führende
Militärzeitschrift der Schweiz

**SCHWEIZER
SOLDAT**

Aktuell, informativ, mutig und kritisch – Mit dem SCHWEIZER SOLDAT erhalten Sie wertvolle Informationen und Hintergründe, die in keiner Tageszeitung stehen.

Sichern Sie sich diesen militärischen und sicherheitspolitischen Vorsprung.

Jetzt den SCHWEIZER SOLDAT bestellen!

Bestellcoupon

- Schnupper-Abonnement, 3 Ausgaben für Fr. 20.–
 Jahres-Abonnement, 11 Ausgaben für Fr. 62.50 (Ausland: Fr. 95.–)

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Einsenden an: **SCHWEIZER SOLDAT, Abo-service, Fürstenlandstrasse 122, Postfach 2362, CH-9001 St. Gallen, oder per E-Mail an abo-service@schweizer-soldat.ch**



Leicht verrutschte Dramatik: Schauspielerin Bellucci, 2009.



Stil & Kultur

Italienische Kleopatra

Von Daniele Muscionico

So soll man sich den letzten weiblichen Pharao vorstellen. Kleopatra aus Mittelitalien, die Frau mit den Katzenaugen und den endlos langen Fingern, mit welchen sie die Männer von ihren Kopfkissen pflückt. Kleopatra aus Città di Castello, die Frau mit der herzförmigen Oberlippe, auf der die Schwärmer ihren Landeplatz suchen, als wäre ihr Lippenbogen das Hochseil zum Paradies.

So hat der deutsche Fotograf Peter Lindbergh 2009 die Schauspielerin Monica Bellucci fotografiert: die Hände expressiv an die Schläfen gelegt. Die Symmetrie ihres Gesichtes betonend und die Kühnheit der hohen Stirn. So agiert ein Stummfilmstar, und die Dramatik der Geste fasst die Augen zu unergründlichen Zisternen. Wer sich in sie fallen lässt: avanti!

Peter Lindbergh wird am 23. November siebzig Jahre alt, und diesen Grossen als Fotografen der Frauen zu bezeichnen, ist gerechtfertigt. Die Zuschreibung kann als Prädikat verstanden werden, an dem selbst in der Schale hartgekochte Feministinnen nichts vorsätzlich Sexistisches bemängeln können. Peter Lindbergh ist der Frauen-Versteher hinter der Kamera, dessen Bilder sich nicht durch Glamour und Nacktheit, sondern durch Glaubwürdigkeit und Nähe auszeichnen; und er ist der Fotograf, der das Supermodel-Phänomen in Schwung, weil als Erster ins Bild brachte: Für das Cover der britischen Ausgabe der *Vogue* inszenierte er 1990 das geschichtsträchtige Gruppenbild mit Dame, Tatjana Patitz, Linda Evangelista, Christy Turlington, Naomi Campbell und Cindy Crawford. Doch Lindbergh zeigte keine *living dolls*, sondern ein selbstbewusstes Sixpack!

Peter Lindbergh wird siebzig Jahre alt, Monica Bellucci feierte kürzlich ihren 50. Geburtstag – Gründe genug, eine Publikation in die Hand zu nehmen, die nächstens beim Buchhändler Ihres Vertrauens steht. Sie heisst knapp und korrekt «Peter Lindbergh's Women 2005–2014», und damit könnte bereits alles gesagt sein.

Doch in diesem Fall sind nicht nur Lindberghs Bilder elektrisch von A wie Nadja Auermann bis W wie Kate Winslet; Spannung verspricht auch, was die Textautoren enthüllen werden: Es sind der Filmer Wim Wenders, der Schriftsteller Peter Handke und der Kunstprofessor Werner Spies. Als 2008 der Fälscherskandal um das Ehepaar Beltracchi aufflog, erlebte der weltweit renommierte Experte seinen tiefen Fall, er hatte falsche Bilder als echt taxiert. Fotografie als ideale Täuschung oder täuschendes Ideal – Werner Spies hat das Wort.

Peter Lindbergh: Images of Women: 2005–2014, Schirmer-Mosel.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Paulo Coelho**: Untreue (*Diogenes*)
- 2 (2) **Nele Neuhaus**: Die Lebenden und die Toten (*Ullstein*)
- 3 (3) **Lori Nelson Spielman**: Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 4 (-) **Sebastian Fitzek**: Passagier 23 (*Droemer Knaur*)
- 5 (5) **Michael Hjorth, Hans Rosenfeldt**: Das Mädchen, das verstummte (*Wunderlich*)
- 6 (4) **Ken Follett**: Kinder der Freiheit (*Bastei Lübbe*)
- 7 (-) **Jussi Adler-Olsen**: Erwartung – Der Marco-Effekt (*DTV*)
- 8 (-) **Graeme Simsion**: Der Rosie-Effekt (*Fischer Krüger*)
- 9 (6) **Bernhard Schlink**: Die Frau auf der Treppe (*Diogenes*)
- 10 (8) **Guillaume Musso**: Vielleicht morgen (*Pendo*)

Sachbücher

- 1 (1) **Pascal Voggenhuber**: Zünde dein inneres Licht an (*Giger*)
- 2 (2) **Giulia Enders**: Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 3 (3) **Hape Kerkeling**: Der Junge muss an die frische Luft (*Piper*)
- 4 (-) **Karoline Arn**: Elisabeth de Meuron von Tschärner (1882–1980) (*Zytglogge*)
- 5 (4) **Guinness World Records 2015** (*Hoffmann und Campe*)
- 6 (-) **Marlise Pfander**: Hinter Gittern (*Wörterseh*)
- 7 (5) **Wilhelm Schmid**: Gelassenheit (*Insel*)
- 8 (8) **Hans Küng**: Glücklich sterben (*Piper*)
- 9 (10) **Yotam Ottolenghi**: Vegetarische Köstlichkeiten (*Dorling Kindersley*)
- 10 (-) **Meret Bissegger**: Meine Gemüseküche für Herbst und Winter (*AT*)

Quelle: SBVV/Mediaincontrol

Apropos: Gleichheit

Eine Statistik über die Spielpläne der 21 grössten US-Sinfonieorchester zeigt auf, dass nur 1,8 Prozent aller gespielten Stücke von Frauen komponiert sind. Nun gut, im Durchschnitt sind die gespielten Kompositionen 128 Jahre alt, vor so langer Zeit war die Gleichberechtigung noch kaum ein Thema. Bei den Werken von lebenden Komponisten liegt der Frauenanteil auch höher, nämlich bei 14,8 Prozent. Das ist immer noch wenig, und wenn man einen Blick auf die Dirigentenpulte der grossen Orchester wirft, so ist auch dort kaum je eine Frau anzutreffen. Dies dürfte der gelernten Konzertpianistin Simonetta Sommaruga kaum entgangen sein. Ob sie nach der Lohnpolizei, die Ungleichheiten bei den Gehältern ahnden soll, auch noch eine Musikpolizei einführen möchte, ist uns aber nicht bekannt. (rb)

Literatur

«Wie man sich den Himmel vorstellt»

Der schwedische Jahrhundertautor August Strindberg (1849–1912) lebte lange in der Schweiz. Er propagierte das Land als Vorbild für ein neues Europa. Von Bruder Gerold Zenoni OSB

Felix Moeschlin schrieb 1912 in der Zeitschrift *Die Schweiz*, dass die Alpenrepublik dem seelisch gemarterten August Strindberg ein Himmel auf Erden gewesen sei, dem Weltverbesserer ein glückliches Arkadien und dem Politiker das nachahmenswerte Beispiel und Vorbild eines wahrhaft demokratischen Volksstaates. Moeschlin hatte einige Jahre in Schweden gelebt und war mit einer schwedischen Künstlerin verheiratet. Später wurde er Nationalrat und Ehrendoktor der Universität Zürich. Zudem präsidierte er den Schweizerischen Schriftstellerverband. Zu seinen bekanntesten Werken gehören die Romane «Der Amerika-Johann» und das grosse Gotthardbahn-Buch «Wir durchbohren den Gotthard». Moeschlin unterstellt in seinem Aufsatz, dass Strindberg den Schweizer Schriftsteller Jeremias Gotthelf nicht gekannt habe. Das stimmt nicht. Strindberg äusserte sich in einem Brief vom 10. Oktober 1886 im Hinblick auf sein Romanprojekt zu Mensch und Natur der Stockholmer Schären folgendermassen: «Studiere zu diesem Zweck Jeremias Gotthelf, einen göttlichen Schweizer, der seiner Zeit in vielem voraus war.»

Wie ein Eichhörnchen

1884 kam Strindberg mit seiner Familie in die Schweiz, an den Genfersee. Der Anblick der Alpen wurde zu einem singulären Erlebnis: «Es war ein guter Gedanke von mir, hierher zu reisen. Stellt euch vor, ich hatte noch nie die Alpen gesehen! Als wir nach einer entsetzlichen Reise am frühen Morgen über das schneeige Juragebirge und in die sonnige Schweiz hinabfuhren, glaubten wir zunächst, wir hätten Wolkengebilde vor uns – als aber unser Verstand uns sagte, es seien Berge, ging eine Umwälzung in unseren Gehirnen vor sich, und wir wurden so benommen, dass meine Frau weinte und ich im Abteil wie ein Eichhörnchen hin- und herrannte, um gleichzeitig aus beiden Fenstern blicken zu können.» So schrieb Strindberg in einem Brief vom 25. Januar 1884 enthusiastisch. Die Landschaft fand er so schön, «wie man sich den Himmel vorstellt». Selbst Gott, den er verloren hatte, wird dem 35-Jährigen wieder zu einer tröstenden Gewissheit und felsenfesten Wirklichkeit, «denn wie sollte man sich diese herrliche Schöpfung ohne Schöpfer denken können?»

1886 wohnte Strindberg ein paar Monate in Othmarsingen im Kanton Aargau. Als eine Art Prophet in Sachen EU schrieb er: «In der

Schweiz ist die soziale Frage gelöst [...] Sie ist das Ideal eines Volksstaates [...] Dort ist das Experiment eines Staatenbundes schon ausgeführt und geglückt [...] Sie ist Europas besseres Ich, sein Gewissen [...] Warum sind die Menschen in diesem schönen Lande friedlicher? Warum sehen sie zufriedener aus als anderwärts? Weil sie in einem Volksstaate wohnen. Die Schweiz ist das kleine Miniaturmodell, nach dem das zukünftige Europa aufgebaut werden wird.» In Brüssel hat offenbar niemand Kenntnis von diesem Text aus der Weltliteratur.

Moeschlin relativiert am Schluss seines Artikels die Begeisterung Strindbergs für die Eidgenossenschaft, wenn er auf die fehlende politische Mitbestimmung der Frauen verweist und andere Mängel anführt, die allerdings Strindberg nicht davon abgehalten haben, zu schreiben, dass sein Aufenthalt in der Schweiz wie ein jahrelanger Sonntag gewesen sei. Friedrich Dürrenmatts Diktum von der Schweiz als Gefängnis hätte er entschieden von sich gewiesen. Hier befand man sich nicht hinter schwedischen Gardinen.

Im Roman «Der Sohn der Magd» heisst es mit Bezug zur Schweiz: «Hier gibt es Religionsfreiheit, Presse-, Meinungs- und Äusserungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, hier gibt es kaum Klüfte zwischen den Gesellschaftsklassen, hier gibt es, wenn nicht Gleichheit, so doch Gleichstellung, und hier gibt es

«Hier gibt es, wenn nicht Gleichheit, so doch Gleichstellung.»

sparsame Menschen, die zwei Centimes zurücklegen, wenn sie vier verdienen; hier gibt es einen sozialen Gemeinsinn und eine leidliche Einigkeit; hier gibt es Mitleid mit Armen und Kranken; hier gibt es allgemeinen und gemeinsamen Unterricht für alle [...]

Der Schweizer Historiker, Schriftsteller und Publizist Jean Rudolf von Salis bewohnte das Schloss Brunegg im Kanton Aargau, in dessen Rittersaal sich August Strindberg mit seinem schwedischen Landsmann Verner von Heidenstam traf. Heidenstam war ebenfalls Schriftsteller. 1916 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen. Diese Ehre blieb Strindberg versagt. Von Salis schreibt dazu: «Die Masslosigkeit, die Strindbergs Anklagen und Polemiken oft fragwürdig erscheinen lässt, kostete



Eine Art Prophet in Sachen EU: Autor Strindberg mit seinen Töchtern in Gersau.

ihn den Nobelpreis für Literatur. An seiner Stelle hatte ihn 1909 Selma Lagerlöf erhalten. Nachträglich erscheint dieser Ostrazismus der Schwedischen Akademie grotesk; sie hat sich selber um die Ehre gebracht, den grössten, nimmt man alles in allem, der damaligen schwedischen Dichter auf ihrer Liste verzeichnen zu können.» Wie Strindberg war Heidenstam mit seiner Gattin in die Schweiz gezogen. Die Zimmer auf Schloss Brunegg taxierte Heidenstam als unordentlich und dürrtig. Den

Ausblick aus denselben fand er allerdings göttlich. Brunegg war ein Spukschloss mit Eulen und Fledermäusen. «Natürlich hatte auch Brunegg seine Gespenstergeschichte: Eine weisse harfenspielende Dame ging des Nachts um [...] Ich hoffte lange auf ein Rendezvous mit der weissen Dame, am liebsten, wenn meine Frau fort war. Aber sie kam nie.» Ambivalent urteilend bezeichnet Heidenstam in seinem Buch «Landschaften und Menschen» den Schweizer zuerst als kleinbürgerlich und attestiert ihm

kurze Beine und einen ungefügigen Oberkörper, um ihn später auf ein Piedestal zu stellen und den Idealmenschen zu nennen. Insgesamt stimmten Heidenstam und Strindberg in ihrer Bewunderung für die Schweiz als Musterstaat aber überein.

In «Landschaften und Menschen» fühlt sich Heidenstam bemüssigt, das Handtuch zu schwenken und sich zu verneigen vor diesem kleinen, vortrefflichen Volk, das sich eine Freiheit zu bewahren wusste, mit welcher nicht ein-



«Roheste Utopie»: Heidenstam.

mal die der alten Athener einen Vergleich auszuhalten vermöchte. «Hier in einer versteckten Gebirgsgegend ist das ein vollendetes Faktum, was in unseren grössten Kulturländern noch die roheste Utopie ist.» Verblüfft war Heidenstam vom Schweizer Bundespräsidenten, der an einer Freilichtaufführung in Sempach auf der Ehrentribüne ein Schinkenbrot ass.

Heidenstam schätzte das Werk des Schweizer Schriftstellers Carl Spitteler sehr. Moeschlin hatte ihn auf Spitteler aufmerksam gemacht. In seinem Heimatland setzte sich Heidenstam für ihn ein. Das scheint Veranlassung und Voraussetzung für die Verleihung des Literaturnobelpreises 1920 an Spitteler gewesen zu sein.

1886 nahm Strindberg nacheinander in Othmarsingen, Weggis und Gersau Quartier.

Von Gersau aus schrieb er begeistert seinem Verleger Albert Bonnier: «Hier ist es nun herrlich zu sein. Schnee auf der Alp, Hering und Kartoffeln, Schnaps, Bier und Preiselbeeren (!) sowie Kachelöfen und Innenfenster.» Strindberg plagten ständig Geldsorgen. Karin Naumann schreibt in «Utopien von Freiheit – Die Schweiz im Spiegel schwedischer Literatur», dass sich Strindberg, um seiner Finanzmisere entgegenzuwirken, in Gersau aufs Fotografieren verlegt habe. Es gelang ihm sogar mit Hilfe eines Schlauches einen Selbstausröser so zu konstruieren, dass er sich selber fotografieren konnte! Doch herrschte nicht nur eitel Sonnenschein. Es kriselte in der Ehe mit Gattin Siri. Bald würden sie sich trennen.

Im gleichen Jahr wie Felix Moeschlin schrieb der Schriftsteller Johannes Jørgensen in einem Artikel über August Strindberg in der führenden intellektuellen katholischen Zeitschrift Deutschlands *Hochland* folgende Zeilen: «Ein Kenner seiner Werke hat einmal gesagt, die tiefste Sehnsucht dieses Auführers, dieses Weltenwanderers, dieses Friedlosen war die Idylle. Und es ist die Wahrheit. Für den, der die Werke Strindbergs durchliest (eine Riesearbeit, denn seine unermüdliche Hand hat eine Bibliothek geschrieben!) und mit sympathischem Ohre hineinlauscht, ist dieser Drang nach Frieden, nach Stille und Sonnenschein unverkennbar.»

Der Kulminationspunkt von Strindbergs Begeisterung für die Schweiz offenbart sich in der Erzählung «Das Märchen vom Sankt Gottward». Das Geschehen dreht sich um eine in die Zeit des grossen Tunnelbaus verlegte Romanze zwischen dem Tessiner Stollenbohrer Andrea und der Urner Amtmannstochter Gertrud. Karin Naumann schreibt dazu: «Nicht der anrührenden Liebesgeschichte gilt freilich das Hauptanliegen des Autors, sondern es geht ihm um eine Hommage an die Alpenrepublik

und ihre Bewohner. In der überschwänglichen Huldigung an das Schweizerland und Schweizervolk, das schönste Land und tapferste Volk – einmalig im Werk des notorischen Gesellschaftskritikers und Oppositionellen –, gipfelt Strindbergs eigenartige Faszination von der Eidgenossenschaft.»

Wie ein Loblied auf ein paradiesisches Gemeinwesen tönen die Schilderungen Strindbergs tatsächlich, wenn er vom Zusammen-

«Die tiefste Sehnsucht dieses Aufrührers, dieses Friedlosen war die Idylle.»

treffen der Menschen aus Göschenen im Garten des Wirtshauses «Zum goldenen Rössli» spricht. «Sie plaudern über Saat und Melken; und sie singen zusammen, Lieder, die in einfachen Dreiklängen dem Weidehorn und den Kuhglocken gleich klingen. Sie singen vom Frühling und dessen reinen Freuden, so treuegrün und hoffnungsblau. Und sie trinken das blonde Bier.» Nach dem Tunneldurchstich erreicht Andrea mit einem der ersten Züge Göschenen, wo er seine Schritte zum Haus von Gertrud lenkt, die all die Jahre auf ihn wartete. «Und sie gingen Hand in Hand! Aber sie gingen nicht durch den Tunnel. – Auf den Berg hinauf! Sagte Andrea, und lenkte in den alten Passweg ein. Durchs Dunkel ging mein Weg zu dir; jetzt will ich in Licht leben mit dir, für dich!»

Bruder Gerold Zenoni (geb. 1958) ist gelernter Typograph und Mönch im Benediktinerkloster Einsiedeln. 2009 erhielt er von der SRG Zentralschweiz den Förderpreis für seine Arbeit als Autor und Ausstellungsmacher.

August Strindberg: Bis ans offene Meer. Romane und Erzählungen. Mare. 792 S., Fr. 105.–

Alexander Fehling André Szymanski Friederike Becht und Gert Voss

„Ein bewegender und wichtiger Film“
DER SPIEGEL

„Eine Wucht, die sprachlos macht ...“
ARD ttt

„Ergreifend und ermutigend“
FOCUS

IM LABYRINTH DES SCHWEIGENS

JETZT IM KINO

ImLabyrinthdesSchweigens.ch

FFP Bayern FFA UNIVERSAL

Wunderbares Sittenbild

Letztes Jahr erhielt Pierre Lemaitre den wichtigsten französischen Literaturpreis. Jetzt ist sein schelmischer Weltkriegsroman auf Deutsch erschienen. *Von Rico Bandle*

Der Prix Goncourt sei kein Literaturpreis, sondern ein Tsunami, sagt Pierre Lemaitre. Er weiss, wovon er spricht: Seitdem der 63-jährige Autor letztes Jahr die Auszeichnung für «Wir sehen uns dort oben» erhalten hat, ist sein Leben ein anderes. Über eine halbe Million Exemplare des Romans hat er allein in Frankreich verkauft, weltweit reissen sich Verlage und Filmstudios um die Rechte an dieser ebenso faszinierenden wie eigenartigen Geschichte. Lemaitre, der erst im Alter von 56 Jahren zu schreiben begonnen hat, ist durch das Buch auf einen Schlag bekannt und wohlhabend geworden, kürzlich hat er seine einfache Wohnung verlassen und ist standesgemäss in ein schickes Apartment im noblen Pariser Courbevoie-Quartier gezogen.

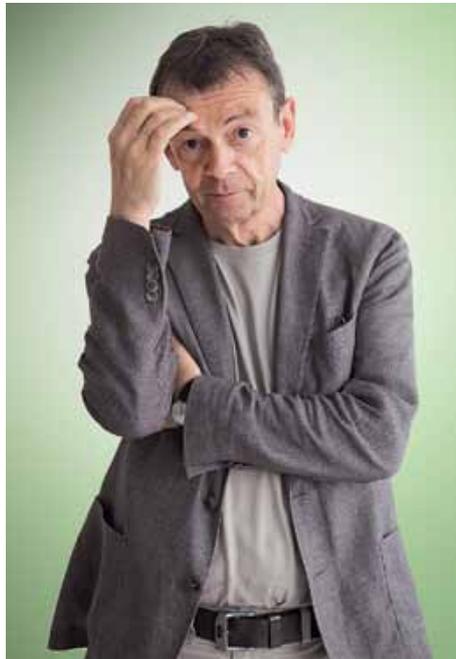
Jetzt ist das Buch auf Deutsch erschienen – und man kann nur sagen: Wer fähig ist, eine solch bewegende Kriegs- und Gesellschaftsatire zu schreiben, ein Buch, das man kaum mehr weglegen kann, dem sei jeder Erfolg der Welt gegönnt.

Im Zentrum stehen zwei Kriegsheimkehrer, die unter einem machtgierigen Leutnant gedient hatten. Einer von ihnen, Albert, wäre in den letzten Tagen fast vom Leutnant umgebracht worden. Nur dank einer selbstlosen Rettungsaktion seines Kollegen Edouard überlebte er knapp.

Aus Dankbarkeit verhilft Albert seinem verkrüppelten Retter zu einer neuen Identität. Der Leutnant durchschaut die illegale Aktion – und so kommt es zu einem unseligen Pakt: Die beiden Soldaten verschweigen die Kriegsverbrechen des Leutnants, dieser wiederum den Identitätswechsel Edouards.

Die Toten verwechselt

Das Ende des Kriegs bedeutete noch lange nicht das Ende des Irrsinns – im Gegenteil. Der Leutnant, mittlerweile hochdekoriert, gehört zu den Kriegsgewinnlern. Nicht nur hat er mit Edouards Schwester, die ihren Bruder tot glaubt, eine Frau aus gutem Haus gehehlicht, durch Beziehungen und Korruption schafft er es, an einen lukrativen, staatstragenden Auftrag zu gelangen: die provisorischen Feldfriedhöfe aufzuheben und die Kriegshelden zentral zu begraben. Aus Gier bestellt der Leutnant viel zu kleine Särge, und er verpflichtet chinesische Billigarbeiter, um die verwesenen Körper zu bergen. Es kommt zum Chaos, Leichen werden verwechselt, die Namen auf den Gräbern stimmen längst nicht



Blick auf eine krankhafte Gesellschaft: Lemaitre.

mehr mit den begrabenen Leichen überein. Trotz grosser Schmiergeldzahlungen ist der Skandal bald nicht mehr unter dem Deckel zu halten.

Edouard und Albert, seit Kriegsende in erbärmlicher Armut in einer Zweckfreundschaft lebend, wollen ebenfalls von dem Kult um die toten Soldaten profitieren: Sie verkaufen den Kommunen gegen Vorauszahlung Denkmäler für die gefallenen Soldaten im Sonderangebot. Natürlich kommen die Denkmäler nie an – auch das ist ein Skandal von nationalem Ausmass. Dass die Betrüger auffliegen, ist unvermeidlich, die Frage ist nur, wann, entsprechend spannend bleibt das Buch, bis zur letzten Seite.

Pierre Lemaitre zeichnet wunderbare Figuren, besonders der entstellte Edouard, der ohne Unterkiefer seine Zigaretten durch das linke Nasenloch raucht, bleibt wohl jedem Leser unwiderrufflich in Erinnerung. Vor allem aber ist sein Buch ein wunderbares Sittenbild einer krankhaften Gesellschaft, die einen riesigen Kult um die Verstorbenen macht, von den Überlebenden aber möglichst nichts wissen will.

Pierre Lemaitre: Wir sehen uns dort oben. Klett-Cotta. 521 S., Fr. 33.90

Virtuoses Understatement

Von Peter Rüedi

Von ihm stammt einer meiner Lieblingsätze zur Musik, die er seit seinen Anfängen in den sechziger Jahren auf ebenso diskrete wie beispielhafte Weise spielt: «If you don't make mistakes, you don't play jazz.» Auf den Einwand, bei ihm seien aber keine Fehler zu hören, pflegte Kenny Barron zu antworten: «Ihr hört sie nur nicht.» Barron ist mit Jahrgang 1943 nach dem Tod von Hank Jones, Hampton Hawes, John Hicks, Tommy Flanagan, Cedar Walton und anderen Nachfolgern des grossen Bud Powell mit Barry Harris einer der letzten *no nonsense*-Pianisten, die im Auge des Taifuns und der Moden in zahllosen *straight ahead*-Settings für die «klassische» Kontinuität des modernen Jazzpianos standen, immer mehr auf Sein aus als auf Schein. Ein Teil seiner Virtuosität bestand darin, diese in geistreichem Understatement im Zaum zu halten. Barron geht es als Improvisator wie als Partner im *interplay* immer um die Substanz, seit seinen frühen Jahren mit Dizzy Gillespie oder in der dem Andenken von Monk gewidmeten Gruppe Sphere (mit dessen einstigem Tenoristen Charlie Rouse); und, versteht sich, in der fabelhaften letzten Formation von Stan Getz, mit dem zusammen er kurz vor dessen Tod das Duo-Doppelalbum «People Time» einspielte. Überhaupt suchte Barron immer wieder das Duo-Format, die Herausforderung dieses improvisatorischen Offenbarungseids (weil sich da, in der Auseinandersetzung mit einem Partner, weniger verstecken lässt als bei einem Solo-Auftritt, bei dem sich einer leichter in die selbstgewählten Klischees retten kann). So fügt sich die CD mit dem zutreffenden Titel «The Art of Conversation», ein Duo von Barron mit dem ihm wahlverwandten Dave Holland am Bass, ganz selbstverständlich in einen logischen künstlerischen Zusammenhang. Sie ist ein sehr lockeres, aber dichtes Zwiegespräch zweier «Essenzialisten» über gegenseitige schöne Eigenkompositionen und zwei Stücke von Thelonious Sphere Monk und je eines von Charlie Parker und Duke Ellington/Billy Strayhorn. Spannende, folgerichtige Dialoge. Null Effekthascherei. Ein unaufgeregtes, spannendes Vergnügen.



Kenny Barron/Dave Holland: The Art of Conversation. Impulse 602537946594

Top 10

Knorrs Liste

1	Deux jours, une nuit	★★★★★
	Regie: Jean-Pierre und Luc Dardenne	
2	Gone Girl	★★★★★
	Regie: David Fincher	
3	The Judge	★★★★☆
	Regie: David Dobkin	
4	Calvary	★★★★☆
	Regie: John Michael McDonagh	
5	Monsieur Claude und seine...	★★★★☆
	Regie: Philippe de Chauveron	
6	Love, Rosie	★★★☆☆
	Regie: Christian Ditter	
7	Wish I Was Here	★★★☆☆
	Regie: Zach Braff	
8	The Cut	★★★☆☆
	Regie: Fatih Akin	
9	Northmen – A Viking Saga	★★★☆☆
	Regie: Claudio Fäh	
10	Cure – The Life of Another	★★★☆☆
	Regie: Andrea Staka	

Kinozuschauer

1 (1)	Monsieur Claude und seine Töchter	12 418
	Regie: Philippe de Chauveron	
2 (2)	The Maze Runner	10 652
	Regie: Wes Ball	
3 (3)	Northmen – A Viking Saga	8 820
	Regie: Claudio Fäh	
4 (4)	Gone Girl	7 690
	Regie: David Fincher	
5 (5)	The Equalizer	6 579
	Regie: Antoine Fuqua	
6 (-)	Love, Rosie	5 454
	Regie: Christian Ditter	
7 (6)	Teenage Mutant ... (3-D)	5 182
	Regie: Jonathan Liebesman	
8 (7)	Annabelle	3 687
	Regie: John R. Leonetti	
9 (9)	Yalom's Cure	2 355
	Regie: Sabine Gisiger	
10 (10)	The Boxtrolls	2 250
	Regie: A. Stacchi, G. Annable	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Edge of Tomorrow (Warner)
2 (2)	A Million Ways to Die in ... (Universal)
3 (5)	Maleficent – Die dunkle Fee (Disney)
4 (4)	Urlaubsreif (Warner)
5 (3)	Das Schicksal ist ein mieser ... (Fox)
6 (6)	Need for Speed (Rainbow)
7 (7)	X-Men: Zukunft ist Vergangenheit (Fox)
8 (10)	Lone Survivor (Impuls)
9 (-)	Eiskönigin: Völlig unverfroren (Disney)
10 (8)	Tinkerbell und die Piratenfee (Disney)

Quelle: Media Control



Licht-und-Farben-Besitzgier: «Mr. Turner».

Kino

Der malende Berserker

William Turner, Englands grosser Romantiker, wird in Mike Leighs «Mr. Turner» zum rastlosen Exzentriker.

Von Wolfram Knorr

Er war vom Licht besessen, das wie Sirup an ihm zu kleben schien und das er mit Farben und Pinseln auf Leinwände «wegstrich». Es machte ihn, von zerleuchtender Helle bis zu undurchdringlicher Düsternis, rastlos, trieb ihn hinaus an Küsten und noch weiter, wo das Licht wie ein ewiger High Noon strahlte und seine Synapsen zum Glühen brachte: William Turner (1775–1851), das britische Malergenie, dem Mike Leigh, ein Virtuose bohrender Sozialdramen («Secrets & Lies»), ein eindringliches Porträt widmet. Sein zweieinhalbstündiges Epos ist weniger ein Biopic als der Versuch einer Durchdringung dieser Lichtobsession. Leigh tunkt Turner in magische, traumgespinntige Tableaus, wie in seine eigenen Gemälde, als würde er sich in ihnen verlieren. Und weil Leigh ihn zugleich als soziales Wesen zeigt, blitzten auch Tiefen seiner Seele auf, sein eigensinniges Verhalten. Wie ein Bulldozer räumt er alles – Gattin, Töchter, Freunde, Nachbarn – beiseite, was seinem exzentrischen Drang nach Natur- und Weltgestaltung im Wege ist. Das gibt «Mr. Turner» eine irrlichternde Kraft.

William Turner begann als romantischer Landschaftsmaler und bohrte sich in immer abstraktere Wirklichkeitsdurchdringungen. Er war seiner Zeit voraus, verachtete viele Kollegen der Royal Academy und wurde seiner-

seits von vielen verachtet. Ein Eigenbrötler, der brummelnd in bornierten Kreisen verkehrte, aber im Alter Gesellschaft zu meiden begann. Ein besonders enges Verhältnis hatte er zu seinem Vater, der sein Talent erkannte, ihn förderte und die Farben besorgte und präparierte. Nach dessen Tod zog er sich vollends zurück und fand privaten Trost bei Sophia Booth. Mike Leigh konzentriert sich ausschliesslich auf die letzten 25 Jahre, um den Bruch vom Romantiker zum Vorläufer des Impressionismus und abstrakter Malerei wie unter einem Brennspeigel zu bündeln.

Schlachtross mit irrer Präsenz

Nicht nur die Bildgestaltung (Kamera: Dick Pope) ist von hoher Faszination, ganz besonders natürlich Timothy Spall, der das verbohrt Schlachtross mit irrer Präsenz auf die Leinwand wuchtet. Treibt es ihn, wie so häufig, rastlos hinaus, ähnelt er, beim Anblick eines kobaltblauen Bandes über dem grauen Horizont oder einer Sonne, die wie eine gelbe Rose durch einen regenverhangenen Himmel prangt, einem Kugelfisch, der am Angelhaken seiner Licht-und-Farben-Besitzgier zappelt. Einmal lässt er sich während eines wüsten Sturms an den Mast binden, um sich die wilden, düsteren Schattierungen von tosendem Regen und Wind einzuverleiben. Seinem ewig

grimmigen Gesicht ist zu entnehmen, dass die Wut sein Lebenselixier war; sie ätzt sein Getriebensein, seine Gier nach der vollkommenen, wahren Gestaltung aus seiner Seele direkt auf die Leinwand. ★★★★★

Weitere Premieren

Interstellar — Als bekannt wurde, dass Christopher Nolan («The Dark Knight», «Inception») die Regie eines Projekts übernehmen würde, das der Astrophysiker Kip S. Thorne mit seiner Theorie über Reisen durch Wurm Löcher (dank des «gekrümmten Raums») angeregt hatte, wurde sogleich geraunt, da werde wohl Kubricks Weltraumklassiker «2001: A Space Odyssey» überboten werden. Und weil die Idee schon lange köchelte und sich zunächst Steven Spielberg dafür erwärmte, aber ausstieg und Christopher Nolans Bruder Jonathan als Autor gewonnen wurde und der hochverehrte «Inception»-Regisseur schliesslich die Regie übernahm, schossen gleich die Erwartungen gewaltig ins Kraut. Was nie gut ist, denn zu häufig werden die Erwartungen dann doch nicht erfüllt. Christopher Nolan erging's nicht anders. Ein neuer «Meilenstein» ist seine weit über zwei Stunden dauernde Science-Fiction-Oper nicht geworden, auch wenn unentwegt der Ehrgeiz zum Übertrumpfen spürbar ist.

In einer fernen Zukunft geht das Leben auf der Erde zur Neige. Nix funktioniert mehr,



Hummeln im Hintern: «Interstellar».

das Klima ist am Ende, Sandstürme sind an der Tagesordnung, die Menschen auf der Flucht, das Ende naht. Unermüdlich und im Verborgenen bosseln nur Wissenschaftler an der Idee, ein Raumschiff durch ein Wurmloch zu schicken, um jenseits unserer Galaxie Planeten zu finden, auf die sich die Menschheit retten könnte. Ein Wurmloch bietet ja eine geniale Abkürzung, wenn es wieder nach alter Westenmanier heisst: «Go West, young man!» Cooper (Matthew McConaughey), Ex-Astronaut, Landwirt und vor allem Familienvater, ist ein solcher moderner Westerner, ruhelos, mit Hummeln im Hintern. Klar, dass er sich für eine Expedition hinaus ins Nirgendwo als erfahrener Pilot zur Verfügung stellt – und so rauschen sie hinaus. Die Tochter (Anne Hathaway) des Projektleiters (Michael Caine) ist dabei, und noch ein paar andere Promis haben dann auch Auftritte.

Wie Ikarus der Sonne zu nahe

«Interstellar» wirkt wie eine Rakete mit zu viel Mach und Tragflügelproblemen: Beim Flug schlägt, rüttelt und stösst es. Zu viel Treibstofftanks beschweren nur: vom John-Steinbeck-artigen Farmerfamiliendrama («Of Mice and Men») über Walt Whitmans Pioniergeist von «Pflicht» und «Glaube» und «Vaterland» bis zum Moralismus, der fast alle SF-Werke prägt, die Wissenschaft nicht zu missbrauchen oder wie Ikarus der Sonne zu nahe zu kommen. Und weil natürlich der «gekrümmte» Raum die Relativität der Zeit und die Dimensionen verändert, erweitert, verkürzt oder quantenmässig verquirlt, ähnelt Nolans Film zunehmend einer extrem ambitionierten Wirrnis über Raum- und Zeitverzerrungen, alles mit hohem philosophischem Anspruch und getunkt in sakral verpöpte Orgelklänge. Das ist visuell faszinierend, bedeutungshuberisch aber überfrachtet. Da lob ich mir dann doch «Raumschiff Enterprise», das mit simpler Warp-Geschwindigkeit auch schon durch Wurm Löcher ist. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Am Zürcher Filmfestival wirkte Diane Keaton sehr sympathisch. Im Film «And So It Goes» mit Michael Douglas fand ich sie schrecklich enttäuschend. Dabei ist sie eine tolle Schauspielerin. Sehe ich das falsch? M. J., Zofingen



Nein, das sehen Sie richtig. Aber angesichts ihres Profils sind interessante Rollen eher rar. Sie ist gewissermassen die weibliche Variante des Stadtneurotikers (schliesslich war sie mit Woody Allen liiert) und bevorzugt Accessoires (Filz-

hut, Weste, Schlips etc.), die ihr ein intellektuelles, urbanes Image geben. Sie verkörpert die emanzipierte, grosstädtische Mittelklasse, lebt alleine, schlägt sich mit Beziehungen herum, liebt hektische Betriebsamkeit, ist zugleich zerbrechlich und stark und eine modische Variante von Chaplins Tramp. Eine Metropolen-Traumtänzerin. Solche Rollen sind schwer zu finden. Da muss auch sie nehmen, was angeboten wird.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Publizität gegen Pseudo-Primeur

Von Rico Bandle

Jede Woche dasselbe Spiel: Ein Sonntagsblatt verbreitet in grossen Lettern eine «brisante Forderung» eines Politikers oder einer Partei. Ob Asylstopp für Afrikaner, Gratis-Kinderkrippen, Reduktion der Arbeitszeit für Beamte – alles taugt zur Schlagzeile. Dabei handelt es sich um einen für beide Seiten lohnenden Tauschhandel: Der Politiker erhält Publizität, die Zeitung kommt ohne Aufwand zu einem Pseudo-



«Hoffnungslos quer»: Redaktor Trütsch.

Primeur, der mit grosser Wahrscheinlichkeit von anderen Medien aufgenommen wird, selbst wenn er sich, wie so oft, als Rohrkrepierer herausstellt.

Letzten Sonntag stufte die «Tageschau» des Schweizer Fernsehens eine solche Forderung als dermassen bedeutend ein, dass sie ihr gleich den ersten Beitrag widmete. Die ehemalige Schweizer Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz (FDP) hatte in der *Zentralschweiz am Sonntag* die Idee geäussert, den grossen Parteien die Lancierung von Volksinitiativen zu verbieten, um der «Übernutzung der Volksrechte» entgegenzutreten.

Zwei Minuten wertvolle Sendezeit beschäftigte sich das SRF-Nachrichtenflaggschiff mit dieser Forderung, bis Bundeshausredaktor Hanspeter Trütsch vor der Kamera feststellen durfte: «Dieser jüngste Vorschlag liegt so hoffnungslos quer in der Landschaft, dass man ihn gleich wieder ad acta legen kann.»

Mit anderen Worten: Die Vorschlag ist saublöd. Noch blöder ist allerdings, ihn dennoch zur wichtigsten Nachricht des Tages zu erklären.

Tagesschau: 2. Nov., 10.30 Uhr, SRF 1

Ein lustiges Hotel

Schluss und Neustart beim Zürcher Hotel «Claridge»; ein Maler und eine Verlegerin in Festlaune. *Von Hildegard Schwaninger*



«Enge Zusammenarbeit»: Hotelier Rusterholz.

Das Hotel «Claridge» in Zürich wurde am 31. Oktober geschlossen, das Inventar wird am nächsten Wochenende verkauft. Die Schliessung kam etwas überraschend; **Beat R. Blumer**, der das Haus vierzig Jahre lang geführt hat, hat noch einen Vertrag bis Mitte Dezember. Blumer, ein tüchtiger Hotelier, durfte hier eine Menge interessanter Gäste empfangen. Früher hiess das Hotel «Tiefenau»; wegen seiner Nähe zu Schauspielhaus und Kunsthaus stiegen dort viele Künstler und berühmte Schriftsteller ab. Das «Claridge» profilierte sich mit guter Küche, man sass gemütlich im schattigen Garten vor dem Haus, in dem man sich mehr in einer Privatvilla fühlte als in einem Hotel. Wer jetzt buchen will, wird weitergeleitet zu **John Rusterholz**, General Manager des Hotels «Zürcherhof» an der Zähringerstrasse. Rusterholz: «Ich übernehme seine Gäste. Wir haben immer eng zusammengearbeitet.»

Neue Besitzerin ist die Welschschweizer Hoteliersfamilie Fassbind. Diese ist in der Schweiz gut positioniert in der Drei- bis Viersternehotellerie in Stadtzentren. Sie besitzt drei Hotels in Lausanne, drei in Genf, zwei in Bern, in Zürich das Hotel «Senator» und, mit der Akquisition des «Claridge», ihr zehntes Hotel.

Die Brüder Eric und Marc Fassbind haben 2010, nach dem Tod ihres Vaters **Georges Fassbind**, der 1960 mit dem «Alpha» in Lausanne

den Grundstein für das Fassbind-Vermögen legte, neunzig Millionen Franken in die Expansion investiert, darunter den Kauf des «Senator» in Zürich und des «Les Nations» in Genf.

Eric Fassbind teilte uns auf Anfrage aus London telefonisch seine Pläne für das «Claridge» mit. «Das «Claridge» hat noch einen Vertrag bis Mitte Dezember, wir wollen, nach kurzem Umbau, das Haus Mitte Januar 2015 wieder als Hotel eröffnen.» Vermutlich unter dem Namen «Swiss Flowers», der Name ist laut Eric Fassbind noch ein Arbeitstitel, jeden-



Tradition: Regina Wartmann, Max Zuber.

falls soll es «ein lustiges Hotel» werden, «mit typischem Schweizer Flair». Ähnlich dem «Swiss Night» in Lausanne, das auch zur Fassbind-Gruppe gehört, «wo wir mit Schweizer

Themen spielen, wo immer etwas Unerwartetes geschieht, wo wir neue Aspekte der Schweiz entdecken». Die Fassbind-Gruppe hat sich Engagement für Nachhaltigkeit (ökologisch und kulturell) auf das Banner geschrieben. Fassbind: «Das Haus wurde 1820 gebaut und war immer eine Gaststätte; damals lag der Kreis 7 ausserhalb der Stadt, hatte einen ländlichen Charakter mit grossem Blumengarten. Die Natur und den Garten wollen wir kultivieren, das ist das Potenzial des Hauses.» Restaurant wird es in dem Hotel keines mehr geben.

«In Wechsel ist immer gut», findet der Maler **Max Zuber** und macht seine traditionelle Jahresend-Vernissage erstmals statt im «Kaufleuten» (ganz früher war sie in seinem Atelier am Talacker) im Zelt von «Fischer's Fritz», direkt am Zürichsee. Zubers Feste sind legendär, weil so lustig. Es gibt Champagner bis zum Abwinken, und die Gäste kennen sich alle, was vor unnötiger Verkrampftheit schützt und der Fröhlichkeit förderlich ist. 120 Gäste sind geladen, Zuber wird das Zelt opulent dekorieren (sein Markenzeichen), nur zum Essen gibt es diesmal statt des traditionellen Hackbratens eine *tavola* mit Wiener Schnitzel. Zuber und seine Partnerin **Regina Wartmann** laden Freunde und Sammler ein, 22 Werke werden gezeigt. Zuber: «Ich freu mich, wenn die Leute Bilder kaufen, aber ich freu mich auch, wenn sie kommen und sich anschauen, was ich im letzten Jahr gemacht habe.»



33-mal in den Top 10: Ehepaar Baumann-von Arx.

Am 1. Dezember ist es zehn Jahre her, dass **Gabriella Baumann-von Arx** im Wörterseh-Verlag ihr erstes Buch herausbrachte. «Madame Lotti – Im Slum von Abidjan zählt nur die Liebe». Seither hat die Frau des TV-Entertainers **Frank Baumann** 61 Bücher verlegt; 33 schafften es in die Top Ten der Schweizer Bestsellerlisten. Der Erfolg muss gefeiert werden: Gaby Baumann lädt zum kleinen Fest im «Weissen Wind». Das Fest ist Zugabe, hat nichts mit dem «Wörtersehnacht» zu tun, der traditionell im Januar stattfindet.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Kuss und Schlüssel

Die Übersetzerin Sandra Meister, 23, und der Aussendienstler Maurizio Di Benedetto, 36, haben vor wenigen Wochen geheiratet. Die grosse Hochzeit kommt später.



Füreinander da: Paar Meister-Di Benedetto.

Sandra: Es gibt viele kleine Anzeichen dafür, dass man den anderen wirklich liebt: nicht einschlafen können, wenn der andere nicht da ist. Dem anderen Gutes tun und dies nicht als Arbeit, sondern als Bereicherung sehen. Zusammen weinen und lachen können. In Panik ausbrechen beim Gedanken, dass der Partner einmal nicht mehr da ist. Zuhören, wenn der andere einem etwas mitteilen will. Füreinander da sein, in guten und in schlechten Zeiten.

Maurizio: Es hat eine Weile gedauert, bis unsere Liebesgeschichte so richtig in Gang kam. Während einiger Wochen trafen wir uns einfach im Salsa-Kurs, haben miteinander geredet und unerschrocken wohl auch miteinander gefirtet.

Sandra: Als es schliesslich zu einem ersten Date kam, waren wir auf Anhieb auf der gleichen Wellenlänge und konnten uns über Gott und die Welt unterhalten. Am gleichen Abend fand eine Salsa-Party statt. Maurizio hat mich abgeholt, mir die Autotür aufgehalten und hat sich den ganzen Abend sehr um mich bemüht. Als er mich nach Hause gefahren hat, haben wir einfach stundenlang im Auto gesessen und geredet. Einige Tage später folgte der erste Kuss, eine Woche später waren wir ein Paar und nach drei Wochen bekam ich nicht nur

den Schlüssel zu seinem Herzen, sondern auch zu seiner Wohnung.

Maurizio: Wir waren beide das Alleinsein gewohnt. Die grösste Herausforderung eines Singles ist es wohl, zu lernen, sich alleine zu genügen, das heisst, zu lernen, auch ohne Partner glücklich zu sein. Dann hat man auch realistischere Ansprüche an eine Beziehung, weil man vom anderen nicht erwartet, dass er einen glücklich machen muss. Wenn man selbst glücklich und ausgeglichen ist, dann strahlt man eine innere Zufriedenheit aus – das kann auch ein Vorteil sein für die Partnersuche.

Sandra: Gemeinsamkeiten sind wichtig, aber nicht in allen Bereichen. Es ist schön, wenn man die gleiche Musik mag oder das gleiche Lieblingsessen hat, aber diese Dinge sind nicht ausschlaggebend für eine gute Beziehung. Viel wichtiger ist es, dass man ähnliche Ansichten hat in Sachen Zukunftsplanung, Wertvorstellungen und Lebenseinstellung. Da wir unsere Zukunft nicht in der klassischen Reihenfolge – zusammenziehen, heiraten, Kinder – geplant hatten, gab es bei uns noch keinen klassischen Heiratsantrag. Da wir im Dezember unser erstes Kind erwarten, entschieden wir gemeinsam, zuvor standesamtlich zu heiraten.

Maurizio: Wir heirateten auf dem Standesamt in Volketswil in Anwesenheit unserer Eltern, Geschwister und Trauzeugen. Nach der Zeremonie im Standesamt überraschten uns Maurizio's Freunde vom italienischen Verein mit einem kleinen Apéro. Dann ging es mit der Limousine zur eigentlichen Hochzeitslocation. Dort erwartete uns ein wunderschön gedeckter Tisch im Wintergarten – weiss mit einem Rosengesteck. Wir hatten den ganzen Nachmittag Zeit, um ein viergängiges Menü mit Salat, Suppe, Hauptgang und Nachspeise zu geniessen. Insgesamt war es ein unvergesslicher und wunderschöner Tag im Kreise unserer Liebsten, und wir freuen uns bereits auf die kirchliche Hochzeit, die wir in den kommenden zwei Jahren im ganz grossen Rahmen feiern möchten.

Hochzeitslimousinen: www.stretch.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Weltausstellung

Von Andreas Thiel —
Die hohe Kunst des Regierens.

Willkommen im Schweizer Pavillon für politische Aktionskunst. Gleich hier vorne kniend an der Badewanne sehen Sie einen unserer bekanntesten Künstler. Er heisst Johann Schneider-Ammann und versucht schon seit Tagen, mit einem Sieb Wasser zu schöpfen. Damit möchte er zeigen, dass man auch mit der falschen Wirtschaftspolitik viele Arbeitsplätze schaffen kann.



Gleich daneben sitzt seine Kollegin Doris Leuthard und zersägt ein Teleskop. Sie will die Sterne untersuchen, die sie darin gesehen hat. In der Mitte des Pavillons sitzt der Künstler Ueli Maurer in einem Sarg in einem Loch im Boden und trinkt Portwein. Er will damit aussagen, jeder sei seine eigene Leiche im Keller. Der Künstler, der dort drüben wilde Tiere enthaupet und den Nilpferden und Zebras Teile von Giraffenhälsen einsetzt, heisst Alain Berset. Sein Projekt heisst Gerechtigkeit. Alle Tiere sollen gleich lange Hälse erhalten, damit alle an die gleich hoch hängenden Früchte rankommen. Und der Mann, der mit ernster Miene auf die Zuschauer zugeht, allen die Hände schüttelt und sich mit allen fotografieren lässt, ist Didier Burkhalter. Er zeigt damit, dass man mit Humorlosigkeit am wenigsten aneckt.

Achten Sie bitte auf die gefesselten Menschen am Boden, die sich hier stöhnend winden. Es handelt sich um eine Aktion der Künstlerin Eveline Widmer-Schlumpf unter Einbezug des Publikums. Sie präsentiert eine Methode, Entfesselungskünstler zu entlarven, indem sie Zuschauer fesselt, die sie verdächtigt, es könnte sich um Entfesselungskünstler handeln. Wer sich nach zwei Stunden immer noch nicht selbst befreien konnte, gilt bis auf weiteres als unschuldig und wird unter Verdacht zurück ins Publikum entlassen.

Die Schranken und Barrieren, die Ihnen im Wege stehen, hat übrigens Simonetta Sommaruga aufgestellt. Sie will die Menschen damit ermahnen, der Einschränkung keine Schranken zu setzen.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Fendant vs. Petite Arvine

Von Peter Rüedi



Die Traubensorten in einem Weinberg wechseln der Winzer nicht wie sein Hemd. Natürlich gibt es auch beim Wein Moden. Die diktiert nicht der Produzent. Der kann mit den Geschmacksgezeiten des Endverbrauchers schlecht mithalten. Bis eine neu bestockte Rebfläche Ertrag abwirft, ist der launische König Kunde womöglich schon bei der nächsten Delikatesse. So hinkt der Winzer immer eine Synkope hinter dem jüngsten Hype her. Das ist auch gut so – unter jedem Gesichtspunkt ausser dem des Marketings. Bei welchem Metier wäre denn «Nachhaltigkeit» so wichtig wie beim Weinbau? Mittelfristig machen sich freilich die wechselnden Moden auch da bemerkbar. Eines der für mich deutlichsten Beispiele: der tiefe Fall des Chasselas aus der Gunst der Kundschaft, namentlich in der deutschen Schweiz. Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe seit den finsternen frühen Achtzigern, als nicht nur, aber vor allem die Walliser ihre auf Masse produzierten Fendants selbst bei den Hardcore-Literflaschen-Käufern in der *Üsserschwiz* nicht mehr loswerden konnten. Komplementär zu diesem Imagezerfall verlief der Aufstieg der «Spezialitäten». So gelangte, neben dem roten Cornalin, der weisse Petite Arvine zu Ruhm und Ansehen, so sehr, dass er im Wallis auch dort anstelle von ausgerissenen Fendant-Stöcken gepflanzt wurde, wo die Bedingungen für die diffizile autochthone Traube gar nicht gegeben waren. Ende des Lamentos eines unverbesserlichen Chasselas-Freaks. Natürlich gibt es tolle Weine aus Petite Arvine, mit einer breiten Palette zwischen schlank-delikat, nach Heu und Blüten duftenden Varianten und weiter ausladenden, breiter fruchtigen, oft mit etwas Restzucker vinifizierten. Solch eine letztere rettete Denis Mercier, mit seiner Frau Anne-Catherine ein eigentlicher Spezialitäten-Spezialist, aus dem mengenmässig schwierigen Jahr 2013. Ein gewichtiger, aber ausgewogener Petite Arvine, vorausgesetzt, ich trinke ihn eine Spur kälter als im Lehrbüchlein vorgesehen. Übrigens: Auch der Fendant von Mercier ist spitze. Hat im Übrigen den Vorteil, dass er in etwas grösseren Quantitäten verfügbar ist.

Denis Mercier: Petite Arvine 2013, 14,5 %, Fr. 26.–.
Fendant 2013, 12,5 %, Fr. 15.60. Beide über
denis.mercier@netplus.ch

Das gewisse Etwas

Mit neuem Koch katapultiert sich der «Kunsthof» in Uznach gleich an die Spitze der besten Schweizer Restaurants. Von David Schnapp



Weltläufige Geschmackskombinationen: Koch Geisler.

Seit Marcus G. Lindner sich von der Position als Gastronomie-Star aus dem Zürcher «Mesa» verabschiedet hat und als Executive Chef im edlen «The Alpina Gstaad» amtiert, ist der frühere Zwei-Sterne-Koch weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden. Nun kehrt er in einer interessanten neuen Rolle ins Flachland zurück: als neuer Pächter des «Kunsthof» in Uznach SG und als kulinarischer Mastermind des Restaurants.

In der Küche hingegen steht Lindners österreichischer Landsmann und ehemaliger Souschef im «Mesa», Christian Geisler, der zuvor im «Heimberg» in Zermatt die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Geisler, erst dreissig Jahre alt, hat in der kurzen Zeit seit der «Kunsthof»-Neueröffnung im Juni schon viel erreicht: Der «Gault Millau» gab ihm auf Anhieb siebzehn Punkte, den Titel «Aufsteiger des Jahres» und das Prädikat «hochbegabt».

Kabeljau mit Rotkraut und Ei

Nach einem Abend in Uznach, ein Ort im einkommensstarken Bermudadreieck des oberen Zürichsees, wo die Kantone St. Gallen, Zug und Zürich aneinanderstossen, steht zweifellos fest: «Der Kunsthof» stösst in meiner persönlichen Liste der besten Schweizer Restaurants ziemlich weit nach vorne Richtung Spitze.

Das Menü aus sieben Gängen (Fr. 190.–) bindet tolle Produkte in leichte, weltläufige Ge-

schmackskombinationen ein, ist technisch auf hohem Niveau zubereitet und wird zeitgemäss produziert. Viel zu kritisieren gibt es daran grundsätzlich nicht, höchstens vielleicht, dass man Dinge wie den Brotgang mit einem besonders knusprigen Gebäck aus glutenreichem, kanadischem Manitobamehl sowie einer Nussbutter mit Röstzwiebeln oder den gedämpften Hefe-Bun mit Schweinebauch auch schon andernorts gesehen hat. Auch wenn das natürlich nichts daran ändert, dass gerade diese kleinen Auftaktgänge ausgezeichnet schmecken.

Den geschmacklichen Höhepunkt erreicht Geisler dann aber mit Gerichten wie dem *sous vide* gegarten Kabeljau in Kombination mit fermentiertem Rotkraut sowie einem in Nussbutter langsam und sanft gegarten Eigelb. Oder mit einer gebratenen Taubenbrust, die er mit verschiedensten Randenzubereitungsarten und einer frischen Verveine-Sauce kombiniert.

Die meisten von Geislers Kreationen wirken in sich stimmig, haben aber immer das gewisse Etwas, das sowohl durch die Kombination der Aromen als auch durch die variantenreichen Zubereitungsarten entsteht. Damit hat er als guter Koch schon viel erreicht.

Der Kunsthof, Zürcherstrasse 28, 8730 Uznach;
Telefon 055 290 22 11, www.derKunsthof.ch
Mittags täglich ausser dienstags, abends Mittwoch bis Sonntag. Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Velo

Schönheit aus Aluminium

Unser Auto-Tester fährt fremd: auf einem «Ludwig VIII» von Schindelhauer, dem schönsten Fahrrad zurzeit. *Von David Schnapp*

Man mit unmotorisierten Zweirädern kann man mich nicht so schnell beeindrucken. Bei der Wahl meines Fahrrads bin ich verhältnismässig unpräventiös. Das Velo, das bei mir vor der Tür steht, habe ich für etwa 300 Franken als Occasion bei der Auktionsplattform Ricardo ersteigert.

Dann aber sah ich «Ludwig», den mir ein Freund vorstellte. Ich entwickelte eine spontane, starke Zuneigung – jedenfalls im Rahmen der Gefühle, die man für eine Aluminiumkonstruktion entwickeln kann. Ludwig ist ein typischer deutscher Hipster-Name für

ein Fahrrad, aber man muss ihn trotzdem mögen. Von den Velos, die ich bisher gesehen habe, sind jene der Berliner Manufaktur Schindelhauer (benannt nach einem der Gründer der Marke) die formal, handwerklich und technisch mit Abstand schönsten auf dem Markt.

Ironischerweise wollten die Markengründer, vier Studienfreunde aus Magdeburg, ursprünglich einen Sportwagen bauen, wegen der Finanzkrise sprangen 2008 aber die Investoren ab. So wechselte man von vier auf zwei Räder und entwickelte Fahrräder, die zu den besten ihrer Art gehören.

Objekt im Wohnzimmer

Die Schindelhauer-Bikes gibt es in sechs Bauweisen für unterschiedliche Einsätze, vom Ein-Gang-Fixie («Viktor») über das Tourenvelo mit verschiedenen Übersetzungen («Ludwig») bis zur Damenversion («Lotte»). Mir gefiel «Ludwig», und für die Stadt reichen die acht Gänge der flüsterleisen Alfine-Nabenschaltung von Shimano vollends aus. Das technische Herz des Velos ist sein Car-

bon-Riemenantrieb, der anstelle einer Kette die Pedale mit dem Hinterrad verbindet. Riemenantriebe sind lautlos, wartungsfrei (kein Öl) und langlebig. Wer auf einem so angetriebenen Velo sass, wird für schmierige, mitunter lärmige Stahlketten nur noch Verachtung übrighaben.

Die Hochwertigkeit des «Ludwig VIII» wird in jedem Detail zelebriert: ein lackloser Aluminiumrahmen (wahlweise auch in Blau oder Weiss), Griffe und Sattel (von Brooks) aus edlem Leder, silbrig polierte Aluminiumteile wie die Pedale, die Felgen oder der Lenker. Nachdem ich das Velo abgeholt hatte, stellte ich es zunächst ins Wohnzimmer, wo sein objekthafter Designcharakter ziemlich gut wirkte. Meine Frau sah das etwas kritischer, aber Frauen sind möglicherweise auch weniger leicht entflammbar für Schönheiten aus Aluminium.

Irgendwann fuhr ich mit dem «Ludwig» aber natürlich durch die Stadt. Da war einerseits die Gewissheit, auf einem wirklich aussergewöhnlichen Velo zu sitzen, die mir Genugtuung verschaffte, aber auch die Art der Fortbewegung: Die Schindelhauer-Räder sind so ästhetisch wie robust, und weil keine Kette Geräusche macht, hörte ich nur den eigenen Atem, während mir der kühle Herbstgegenwind ins Gesicht blies – eine nahezu transzendente Erfahrung.

Schindelhauer «Ludwig VIII»

Rahmen: Aluminium

Antrieb: Gates Carbon Drive™ Center Track

Schaltung: Shimano-Alfine-8-Gang-Nabenschaltung

Preis: Fr. 2300.–





«Wen interessiert's, ob man Rot oder Grün trägt?»: Vogue Italia-Chefin Sozzani.

MvH trifft

Franca Sozzani

Von Mark van Huisseling — Weshalb die Mailänderin keine Modemagazine mag. Und wie sie dienstälteste Vogue-Chefin wurde.

Sie sind die dienstälteste Vogue-Chefredaktorin, nicht wahr?» – «Ja, ich habe meine Stelle einen Monat länger als Anna Wintour [Chefin der amerikanischen Vogue]; meine erste Ausgabe erschien im Juli 1988, ihre im September.» – «Was ist Ihr Rezept für diese lange Laufbahn?» – «Ich weiss nicht, ich bin immer Risiken eingegangen, Sicherheit war mir nie besonders wichtig. Am Anfang haben meine Chefs sich wahrscheinlich überlegt, mich rauszuwerfen, weil ich mich nicht an die [im Konzern geltenden] Regeln hielt; ich war kontrovers, aber nicht mit Absicht, sondern weil ich das durchzog, was mir gefiel. [«Fotostrecken der furchtlosen Chefin schockieren und flössen Ehrfurcht ein», Wall Street Journal.] Es ist so, dass ich mich nie sehr ernsthaft nur um Mode gekümmert habe. Mich haben immer Bilder mehr interessiert. Dafür habe ich hart gearbeitet: neue Fotografentalente zu finden. Mein Talent ist, Talente zu erkennen.»

Franca Sozzani ist Chefredaktorin von Vogue Italia; neben der monatlichen Ausgabe, in der es um Damenmode geht, ist sie auch verantwortlich für die Männer-, Schmuck-, Braut- und Kindermodeausgaben, die mehr oder weniger häufig erscheinen. Unter ihr ist die Vogue Italia – von Vogue gibt es in über zwanzig Ländern eigene Ausgaben – wohl zu der Zeitschrift geworden, die am wenigsten, wie man sagt, serviceorientiert ist. Sie liefert eher selten Tipps, was man kommende Saison anziehen soll, bildet dagegen Stimmungen ab, die für sie im Augenblick wichtig sind; während viele italienische Designer tragbare, also sich verkaufende Mode entwerfen, macht die Chefin der italienischen Vogue eigentlich ein Magazin, das marktfern ist, fast mehr Kunst- als Modeheft. Andererseits hat sie einige der zurzeit erfolgreichsten Fotografen entdeckt und bekannt gemacht: Peter Lindbergh, Bruce Weber, Paolo Roversi, Craig McDean oder Tim Walker. Soz-

zani ist geschieden und hat einen erwachsenen Sohn, sie lebt in Mailand. Das Gespräch, das auf Englisch geführt wurde, fand statt in dem von ihr gestalteten Duplex-Apartment im Hochhaus «Hard Turm Park» in Zürich-West.

«Sie sind Tochter einer grossen Mailänder Familie; Ihre Schwester Carla [Galeristin und Betreiberin von 10 Corso Como, dem Concept Store] hat gesagt, es wäre nicht das Ende der Welt gewesen, falls die Geschäfte nicht gelaufen wären... War das auch Ihre Haltung, als Sie Vogue-Chefin wurden?» – «Genau, ich meine, ich nahm alles schon ernst, aber ich sagte immer: «Sie können mich höchstens rauswerfen.»» – «Ihre Vogue, denke ich, funktioniert, weil das italienische Publikum eine Lockerheit hat, was Mode angeht.» – «Wahrscheinlich, es ist eine gute Überlegung. Aber ich will alle ansprechen, nicht nur die Branche in Italien; Italienisch wird nur in Italien gesprochen, meine Muttersprache, die ich liebe, setzt enge Grenzen. Darum setze ich auf Bilder – wir verkaufen 40 Prozent der Auflage im Ausland. Wenn man ein Magazin macht wie Vogue, muss man nicht Service anbieten, auch wegen des Internets. Vogue soll visionär sein, nicht sagen, wie man den Ehemann zurückgewinnt oder schön aussieht und abnimmt. Wen interessiert's, ob man diese Saison Rot oder Grün trägt? Heute geht's um Stil.» – «Baz Luhrmann, der Regisseur, hat getextet: «Lesen Sie keine Beauty-Magazine, Sie werden sich danach bloss hässlich fühlen.»» – «Haha, ja, Baz ist ein Freund, er ist witzig. Und er hat recht. Aber es kommt auf die Haltung der Leserin an.» – «Lesen Sie Beauty- oder Modehefte?» – «Nein, ich mag Interior-Magazine. Und Bücher.»

«Gehen Sie gern einkaufen?» – «Ja.» – «Was passiert, wenn Sie in Mailand in ein Kleidergeschäft treten?» – «Die Angestellten glauben es kaum, weil sie denken, ich könnte alles gratis haben, ich müsste nur den Designer anrufen. Aber ich kaufe mehr in New York und Paris ein, dort hab ich mehr Zeit.» – «Und warum lassen Sie nicht Samples liefern, gratis?» – «Wenn ich einkaufe, bin ich nicht mehr Chefredaktorin, sondern eine Frau und zahlende Kundin. Dann kaufe ich nur, was mir steht. Und ich will niemandes Testimonial sein.» – «Was hat sich am meisten geändert in den vergangenen 25 Jahren, seit Sie Vogue-Chefin sind?» – «Damals war Mode etwas für relativ wenig Leute, heute ist es ein globales Geschäft. Und jeder kann sich Mode leisten.» – «Eine Frage über Mode: Welches Stück muss die stilvolle Frau für diesen Winter haben?» – «Den Mantel eines Mannes, auf feminine Art getragen.» (Sie trug einen Mantel aus Pythonhaut über dem Arm.)

Ihr Lieblingsrestaurant: «Ich mag am liebsten die japanische Küche, neben der italienischen natürlich.» Trattoria «Torre di Pisa», Via Fiori Chiari, 21, Mailand, Tel. +39 02 87 48 77

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
11			12									13
14								15				16
17			18									
		19	20						21			
22	23				24	25		26				
27				28					29	30		31
			32	33				34	35			
36		37				38	39					40
41								42				
43						44				45		
46								47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Zwischen Hilfe und Mord

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Das US-Verteidigungsministerium aus dieser Sicht. 8 Ein wirklich Grüner, der bekannte Kletterer. 11 Beim Sportfest ist er Teil der ausgelassenen Massen. 12 Was Schiffe und Sportler machen. 14 "Da muss man durch" wird zum gleichbedeutenden Infinitiv. 15 Auf der Seife ausgerutscht: kann man wörtlich nehmen. 17 In der Art von 45 waagrecht, nur dass es dieses Mal ihm gilt. 18 Macht man zum Beispiel bei Briefmarken. 19 Kaum steht sie im Raum, wird heftig über sie diskutiert. 21 Das Knie wäre ohne ihn kein Bild wert. 22 Ganz und gar, mit Haut und Haar. 24 Mexiko: ... ist Hauptstadt des Bundesstaates ... 27 Wer so ist, so Oscar Wilde, kennt nur die triviale Seite der Liebe. 28 Blick zurück: Greene, der von Bonanza. 29 Steht sie vor dem Ball, wird aus Chemie Sport. 32 Konstantin, der Tatort *Abgründe* ist sein Produkt. 34 Folgt darauf der Zug, muss man ihn unbedingt nehmen. 36 Einladend ist dann wohl eher diametral. 38 Architektonische Erinnerung. 41 Königlich, die von Dänemark. 42 Vielleicht war Uranos' Sohn Namensgeber der türkischen Grossstadt. 43 Tokio stand in Japan für genau diese Zeit. 44 Wiegt im städtischen Verkehr vergleichsweise schwer. 45 Wir ist hier das, was man in Italien dafür sagt. 46 Baggio wie Blanco reagieren bei solchem Ruf. 47 Horizontale Variante des Echolots.

Senkrecht — 1 Mit dem Pelz kann man nicht viel anfangen. 2 Die Eigenheit findet weit und breit keine Anhänger. 3 Wo Bud Spencer schwimmen lernte. 4 Ordnung soll bei ihnen auch im digitalen Leben sein. 5 Lager, unverteuert und unverzollt. 6 Auf Schatzsuche? Den Schlüssel findet man in Lausanne. 7 Womit das Futter für jede Mutter unerträglich ist. 8 Theodor war ihr Vater im Geist, vor 120 Jahren. 9 Vergnügungszeit oder Erschöpftheit, je nachdem. 10 Der Eismond schaut in Spanien anders aus. 11 Das Rohr mit den Löchern wird bei ihm immer breiter. 13 Ist alles wurst, kommt er gerade recht. 16 Monica, Jugoslawien, Tennis – Nachname bitte. 20 Am Bullenmarkt lässt sich Geld verdienen. 23 Paladino kommt bei Haydns Oper nicht allein. 25 Da geht's doch ziemlich weit in die Vergangenheit. 26 Er freut sich nicht so auf Baby, dafür tierisch auf den Honey. 28 Klasse, so wie die spielen. 30 Ein Schneider ist Amtmann, und das auf höchster Stufe. 31 Aus Brandteig machen wir einen Blitzkuchen – et voilà! 33 Für Sandburg ist die Vergangenheit einer voll Asche. 35 Zirkel und Kreise weisen in dieselbe Richtung. 36 Sie entsteht spätestens heute aus einem Märchen. 37 Für ihn ist das Beste gerade schlecht genug. 39 Mancher muss seinen Kopf verlieren, um es zu finden. 40 Kein hiesiger Hornochse, sondern ein asiatisches Rindvieh.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 391

M	E	S	A		N	E	S	S		P	A	L	E	O	
O	T	I	U	M		L	I	E	D		R	A	N	D	
C	H	A	R	A	K	T	L	R	I	S	T	I	K	A	
A	I	M	E	R	O	M	A	N	A	B	E	L			
	K		O	K	E	N	E		O	M	U		L		
S	E	G	L	E	R		N		S	O	D	A	L		
A	R	I	E		K	A	S	P	A	R		B	A	O	
U		T		B	L	M		A	U	S	S	A	T	Z	
D	I	A	S		R	I	V	E	R		A	R	T	E	
I	R	R	E	N		A		R	I	C	H	T	E	R	
S	E	R	P	E		N	T	I	N	E		L	E	S	E
	N	E	T	T		A		U	R	G	E	N	T		

Waagrecht — 1 MESA (span. f. Tisch) 5 NESS 9 PALEO (Festival Nyon) 14 OTIUM (lat. f. Musse, Müssiggang) 16 LIED (Wunder gibt es immer wieder, von K. Ebstein) 18 RAND (Garnmass, Währung Südafrikas) 19 CHARAKTERISTIKA 20 AIMER (franz. f. lieben) 21 OMAN (Maskat ist Hauptstadt des Sultanats Oman) 22 ABEL (Bruder Kains und Mondkrater) 23 OKENE 25 OMU (Abk. von Originalfassung mit Untertitel) 27 SEGLER 29 SODA 32 ARIE (Singstück, von it. aria: Weise) 33 (Suppen-) KASPAR (dazu: einer der Hl. Drei Könige) 36 BAO 38 BEM (-erkung) 39 AUSSATZ 41 DIAS (port. f. Tage) 44 RIVER (Karte beim Poker) 45 ARTE (it. f. Kunst) 46 IRREN 48 RICHTER (obgenannt: Buchtitel v. F. Dürrenmatt) 49 SERPENTINE 50 LESE 51 NETT 52 URGENT (engl. für dringend)

Senkrecht — 1 MOCA (Museum of Contemporary Art) 2 ETHIKER 3 SIAM 4 AUREOLE 6 ELTON (hiess eigentlich Reginald K. Dwight) 7 SIEMENS 8 SERA (it. f. Abend) 10 ARTAUD 11 LAIB 12 ENKEL 13 ODAL 15 MARKE 17 DINOSAURIER (von griech. f. schrecklich) 24 ERKER 26 MORS (lat. f. Tod) 27 SAUDIS 28 GITARRE 30 ABARTEN 31 LOZERE 34 AMIATA (amata ist it. f. Geliebte) 35 PAERNU 37 ATTEST 40 (Prinz Ermias) SAHLE (-Selassie) 42 IREN 43 SEPT (Pest) 47 NET (engl. Netz, umgekehrt ten: zehn)

Lösungswort — POLARISIERUNG

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

OYSTER PERPETUAL GMT-MASTER II



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com